PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

kommunistische volkszeitung

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J. Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Sandhofer Straße 29, 6800 Mannheim, Telefon: 0621/752015 – Druck: Caro-Druck, Am Ochsenhorn 6, 6831 Plankstadt – Auflage: 32000 – Redaktion: Sandhofer Straße 29, 6800 Mannheim, Telefon: 0621/752014 – Ständiger Ausschuß des ZK des KBW: Telefon: 0621/752012 – Jahresabonnement: incl. Porto 36 DM, In- und Ausland. Abonnementsbestellungen an: Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 5129, 6800 Mannheim 1 – Die Zeitung wurde am Dienstag, dem 28. September 1976, fertiggestellt.

30. September 1976 Jg. 4 Nr. 39 50 Pf.

Edgar Tekere (ZANU):

„Das Volk von Zimbabwe muß die Macht haben“

Am 24. September erklärte Ian Smith, der Häuptling der rhodesischen Kolonialisten, daß er den Plan von US-Außenminister Kissinger annehme und zur „Übergabe der Macht an eine Mehrheitsregierung innerhalb von zwei Jahren“ bereit sei. Die imperialistische Presse stellt das als Kapitulation des Kolonialregimes hin. Nunmehr sei ein friedlicher Ausgleich mit dem Siedlerregime möglich und es hinge nur noch von „den Afrikanern“ ab, ob ein „nicht mehr begrenzbarer Rassenkrieg“ (Kissinger) verhindert wird.

– Damit soll aber bloß den Völkern Sand in die Augen gestreut werden. Die Unterstützung für den revolutionären Volksbefreiungskrieg in Zimbabwe soll geschwächt werden. Tatsächlich fordert der Plan, daß das Volk von Zimbabwe die kolonialen Unterdrücker als „weiße Minderheit“ im Land anerkennt und ihnen und ihren imperialistischen Herren ein Recht auf Ausbeutung bescheinigt. Das Volk von Zimbabwe führt seinen langdauernden Befreiungskrieg aber nicht für einen Ausgleich mit seinen Blutsaugern, sondern für die Zerschlagung des Kolonialregimes und die Vertreibung der Imperialisten, für ein unabhängiges, befreites Zimbabwe.

Auch die Präsidenten von Mozambique, Sambia, Angola, Tansania und Botswana haben den imperialistischen Plan am 26.9. in Lusaka zurückgewiesen und erklärt, er wolle die „kolonialistischen Machtstrukturen in Zimbabwe legalisieren“.

Zimbabwe nimmt „eine Schlüsselrolle im südlichen Afrika ein“, versicherte Kissinger Ian Smith. „Deswegen teilen wir“ (Kissinger und Smith) „ein gemeinsames Ziel und eine gemeinsame Absicht, nämlich die, Rhodesien in der freien Welt zu halten ... “ (aus der Rede Smiths vom 24.9., The Daily Telegraph, 25.9.)

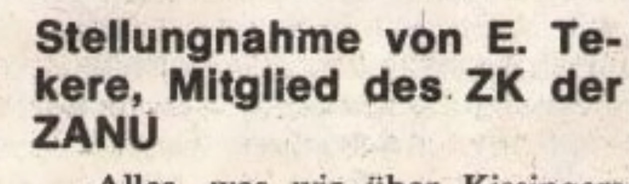
Kissingers Plan soll dem US-Imperialismus unter dem Deckmantel der Entspannung das erneute Vordringen in Zimbabwe ermöglichen. Die von Ian Smith bekanntgegebenen Hauptpunkte sind:

Einsetzung einer „Übergangsregierung“, die aus einem Staatsrat besteht, in dem die Kolonialisten den Vorsitz und die Hälfte der Sitze haben. Er kontrolliert und setzt einen Ministerrat ein, in dem die Afrikaner die Mehrheit haben und den Premier stellen. Die Kolonialisten stellen die Minister für „Verteidigung und Recht und Ordnung“, Beschlüsse sollen mit Zweidrittelmehrheit gefaßt werden.

Das heißt, der koloniale Staatsapparat soll erhalten und in der Hand der Kolonialisten bleiben. Einige käufliche Afrikaner sollen an der Unterdrückung

Fortsetzung Seite 2





Stellungnahme von E. Tekere, Mitglied des ZK der ZANU

„Alles, was wir über Kissingers Plan wissen, kommt aus dem Mund von Smith. Unsere Reaktion Freitag Nacht war sehr klar. Wir weisen den Plan Kissingers vollständig zurück. Er ist nicht wert, in Betracht gezogen zu werden. Wir müssen die Macht in Zimbabwe durch den militärischen Sieg erringen. Das Volk von Zimbabwe muß die Macht haben. Smith will jedoch seine Armee und Polizei aufrechterhalten. Wir kämpfen nicht dafür, daß ein schwarzer Ministerpräsident eingesetzt wird, während das System der Ausbeutung und Unterdrückung erhalten bleibt. Die Hauptschwäche des Plans Kissingers ist, daß er ignoriert, daß wir Streitkräfte haben. Diese müssen in einem befreiten Zimbabwe sein. Wir wollen uns in Kontrolle der Machtinstrumente sehen, der Streitkräfte im Land. Mit Smith gibt es nur Kapitulationsverhandlungen. Der Krieg geht weiter.“ (Telefonisch am 27.9.76 an die Redaktion der KVZ übermittelt)

daktion der KVZ übermittelt)

Erneut führen die palästinensischen Volksmassen einen Generalstreik auf dem Westufer des Jordan und im Gazastreifen durch, beides palästinensischer Boden, von dem Kolonialstaat Israel besetzt. Das palästinensische Volk kämpft gegen neue Besiedlungspläne der Zionisten, gegen ihre Absicht, Palästinenser ihres Grund und Bodens zu enteignen. Die Läden sind geschlossen. Die Losungen des Kampfes sind für die Befreiung Palästinas, die Unterstützung der PLO und für die Solidarität mit dem Teil des palästinensischen Volkes, der gegenwärtig heftigen Angriffen der Reaktion im Libanon ausgesetzt ist. Dienstag, den 28.9., haben die Truppen des syrischen Expansionismus einen Großangriff auf den Zentrallibanon begonnen, um ihn unter ihre Kontrolle Kontrolle zu bringen. Der ägyptische Präsident Sadat hat sich gegen diesen Angriff erklärt, für die PLO und die Selbständigkeit des Libanon. (Siehe Artikel Seite 14)

Fischzug der Finanzbour-

Sonderschulen: Zuchthäuser für die Arbeiterjugend

Der Kampf gegen die staatliche Schulunterdrückung, gegen die Verstümmelung der Fähigkeiten der Jugend hat die Sonderschulen erfaßt. Schüler und Eltern führen Aktionen gegen die Sonderschulen durch. In der letzten Woche haben die meisten Schüler der Sonderschule Offenburg/Baden gestreikt.

Sie hatten genug von den Demütigungen, dem Stumpfsinn in der Schule. Jetzt sollte auch noch ihre Lehrerin entlassen werden. Diese stand auf ihrer Seite statt sie zu schikanieren. (Siehe Bericht auf Seite 8) Ähnlich in Westberlin, wo Sonderschüler gegen die Entlassung ihrer Lehrerin zum Rathaus demonstriert haben.

Die Bourgeoisie presst ständig mehr Kinder und Jugendliche aus den Grund- und Hauptschulen in die Sonderschulen. Sie will sie dort zu billigsten Arbeitskräften für die kapitalistische Produktion zurichten. Seit 1950 hat die westdeutsche Bourgeoisie die Zahl der Sonderschüler um 400 % von 98000 auf 385000 im Jahre 1974 gesteigert. 1950 wurden von 1000 Jugendlichen im Alter von 6 bis 15 Jahren dreizehn auf die Sonderschule gepreßt, 1974 von 1000 Jugendlichen bereits 43 (siehe Schaubild auf Seite 8). Bei den Sechsjährigen gingen 1974 gerade 0,4 % auf die Sonderschule, von den Neunjährigen schon 4 % und von den Vierzehnjährigen 6,9 %. Nach dem Bildungsgesamtplan sollen künftig auch bei den Sechsjährigen gleich 5 % in die Sonderschulen. Die Zahlen stehen fest; entsprechend haben die Lehrer die Ausscheidung durchzuführen.

Schon die Zahlen zeigen, daß Sonderschüler zu sein keine Natureigenschaft ist. Sondern das Ergebnis der bewußten Auslese der Schulbehörden des bürgerlichen Staates entsprechend dem Verlangen des Kapitals nach billigen Arbeitskräften für die einfachsten und stumpfsinnigsten Tätigkeiten. In die Sonderschulen gepreßt werden die Kinder der Arbeiterklasse. Natürlich nicht die Bourgeoissöhne oder die Kinder der hohen Beamten. Die Sozialdemokraten sagen dazu, das sei Milieu bedingt; die Arbeiterklasse sei nicht in der Lage, ihre Kinder richtig zu erziehen, weshalb zum Ausgleich die Sonderschule oder womöglich Heimerziehung hermüsse.

Die bürgerliche Schule produziert die Sonderschüler. Sie muß das Kunststück vollbringen, die Jugend der besitzlosen Klassen zur Anerkennung des Privateigentums an Produktionsmitteln und der Ausbeutung zu bringen und deshalb die Erkenntnis verhindern, daß die gemeinsame Anwendung ihrer Fähigkeiten in der Produktion die Grundlage der Gesellschaft ist. Das geht nur durch Unterdrückung.

Wer hat Aussicht, in die Sonderschule gepresst zu werden? „Eine weitere Guppe von nicht intelligenzschwachen Lernbehinderten sind die neurotischen Kinder. Ihr Verhältnis zur Autorität, zur sozialen Mitwelt, zur Schule ist belastet,“ erklärt Baden-Württembergs Kultusminister Hahn.

Vom Lernen kann in der Sonderschule keine Rede sein, wenn über 3 Jahre dieselben Aufgaben im Rechnen gemacht werden, oder wenn nach dem Westberliner Rahmenplan Lesen und Schreiben in der Sonderschule frühestens ab dem 3. Schuljahr gelehrt werden darf. Dafür umso mehr Religion: im 150 seitigen Bildungsplan für Baden-Württemberg nimmt diese 50 Seiten ein. Und vor allem die Peitsche der Unterdrückung: „Es ist bei uns öfters üblich, daß wir Ohrfeigen bekommen, daß wir mit Namen wie Drecksau, dumme Nudel, Dubel, vergammelter Mensch beschimpft werden“, schreiben die streikenden Offenburger Sonderschüler in einem Flugblatt. Sie malen Plakate, auf denen sie ihre Schule als Zuchthaus und den Direktor als Oberwachtmeister darstellen.

Schülervertretungen gibt es nach dem Gesetz an Sonderschulen nicht. Die Bremer Schulbehörde hat die Zahl derjenigen, die sitzenbleiben sollen, an den Sonderschulen in einem Jahr von 30 auf 180 erhöht. Über jeden Sonderschüler sind vertrauliche Personalbögen angelegt, die offen sind für Jugendamt, Polizei und für die Kapitalisten, geheim sind für Schüler und Eltern.

Nach dem, was die Sonderschüler erleben, ist klar, daß das Schwänzen eine beliebte Form der Gegenwehr ist, oft von einem Drittel bis zwei Drittel der Schüler praktiziert. Dagegen muß die Schulaufsicht durch die Lehrer lückenlos sein; gegen die Eltern schwänzender Schüler werden Strafanträge verhängt; die Schüler werden mit Polizeigewalt in die Schule gebracht werden.

Die Rebellion gegen die Sonderschule ist gerecht. Daß jetzt der bewußte Kampf dagegen aufgenommen wird, ist ein wichtiger Schritt im Kampf gegen die bürgerliche Schulunterdrükkung, gegen die Spaltung. Die streikenden Offenburger Schüler haben gefordert: „Weg mit der Sonderschule! Einheitsschule unter Volkskontrolle!“ Unter dieser Forderung wird in den Schulen der Klassenkampf, der Kampf gegen die Reaktion entfaltet, die beste Erziehung für die Arbeiterjugend, die befähigt zur Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates als Voraussetzung der Entfaltung der produktiven Kraft der Arbeiterklasse beim Aufbau des Sozialismus.

Proletarischer Internationalismus

Der erste schwere dreiachsige Lastwagen für den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe unter Führung der ZANU wird in diesen Tagen verschifft. Die drei weiteren Lastwagen sind in Fertigung. Das Ziel, die Übergabe der vier Lastwagen bis zum 3. Oktober finanziell zu sichern und den Wahlkampf dafür zu nutzen, ist erreicht. Diese 550000 DM, gesammelt in vier Monaten, zeigen die große Kraft, die die Massen für gerechte Ziele entfalten. Die 550000 DM stehen für den Lohn aus Tausenden von Arbeitsstunden in der Fabrik, im Büro, im Kaufhaus oder im Klassenzimmer, für den Lohn aus Akkord- und Schichtarbeit. Sie stehen für Wehrsold, den sich Soldaten der Bundeswehr vom Mund abgespart haben. Sie bedeuten den Verzicht auf zahlreiche Gebrauchsgegenstände zugunsten der Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes in einem scheinbar entfernten Land. Gesammelt werden konnte die halbe Million DM durch eine kollektive Anstrengung, auf Grundlage der revolutionären Interessen der Arbeiterklasse. Das zeigt, daß auf der Linie des proletarischen Internationalismus und gestützt auf die Massen die Marxisten-Leninisten große Erfolge im Klassenkampf erringen können.

Das Volk von Zimbabwe führt den Kampf für seine Befreiung im Vertrauen auf die eigene Kraft. Deshalb waren die bewaffneten Befreiungskräfte Zimbabwes in der Lage, das erste Entspannungsmanöver zu zerschlagen, deshalb werden sie auch das zweite Entspannungsmanöver der Imperialisten und jeden Einmischungsversuch der beiden Supermächte zerschlagen können. „Wir sind unsere eigenen Befreier“, das ist ein proletarisches Prinzip und findet

ein proletarisches Prinzip und findet

deshalb bei den Proletariern aller Länder Anerkennung und Unterstützung.

Der BRD-Imperialismus hat Millionen DM in Zimbabwe investiert wie im ganzen südlichen Afrika. Diese Summen haben ihn keine andere Anstrengung gekostet als die Anstrengung der Ausbeutung fremder Arbeitskraft. Die BRD-Imperialisten wollen diese Millionen, die sie aus den Arbeitern in Westdeutschland ausgepreßt haben und die sie durch die Ausbeutung der afrikanischen Arbeiter vermehrt haben, auf jeden Fall behalten, um sie weiter „arbeiten“ zu lassen. Deshalb bereiten sie sich direkt auf militärische Intervention vor. Tief beunruhigt sind sie, daß auch andere Summen ins südliche Afrika fließen. Gelder, die nicht aus fremder, sondern aus eigener Arbeit stammen, Gelder, die nicht der Ausbeutung und bewaffneten Unterdrückung dienen, sondern der Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung durch den revolutionären Volkskrieg. Jede Mark zeigt ihnen, daß jede ihrer Interventionen auf heftigen Widerstand im eigenen Land stoßen wird, daß ihre Stunde auch im eigenen Land schlagen wird. Nur wer sich selbst befreien will, unterstützt die Befreiung. Das wissen die Imperialisten.

Der erste Lastwagen wird jetzt verschifft. Beim Zoll werden Schwierigkeiten gemacht. Man kann sich gut denken, daß über die vier Lastwagen bis in die verschiedenen Ministerien hinein beratschlagt wird. Es sind Werkzeuge der Befreiung. Sie werden auf jeden Fall an ihren Bestimmungsort kommen. Sie werden auf jeden Fall ihren Zweck erfüllen.

Das Volk von Zimbabwe muß die Macht haben

Fortsetzung von Seite 1
und Ausbeutung des Volkes von Zimbabwe teilhaben.

Mit diesem Plan und den Verhandlungen darüber wollen die Imperialisten hinarbeiten auf eine Spaltung der Befreiungsbewegung des Volkes von Zimbabwe, der Front der afrikanischen Staaten und der OAU. Deshalb spricht Kissinger von „vernünftigen und unvernünftigen" „afrikanischen Regierungen" und „Nationalisten", deswegen behauptet er, diese seien uneinig und zersplittert. Da die Imperialisten wissen, daß die Massen im bewaffneten Befreiungskampf geeint sind, versuchen sie, einzelne, von den Massen isolierte afrikanische Politiker abzuspalten. Deswegen führt Kissinger bei jedem seiner Besuche in Lusaka mit Nkomo, dem Führer der ZAPU, gesonderte Gespräche. Die englische Zeitung „The Daily Telegraph" hofft auch schon: „Wenn die Nationalisten sich unter sich nicht einigen können, könnte Smith gezwungen sein, mit Fraktionen zu verhandeln wie der ZAPU von Mr. Nkomo, die zwar nicht vollständig repräsentativ sein würde, aber wenigstens gemäßigte Ansichten hat." (25.9.)

Der britische Imperialismus: Kolonialmacht

Mit der Annahme des Plans hebt Smith die „Einseitige Unabhängigkeitserklärung" der Siedler von 1965 auf. Großbritannien würde erneut offiziell Kolonialmacht und soll die Verfassung Zimbabwes festlegen. Dadurch wollen die Imperialisten sich ein offizielles Recht auf Intervention und Durchsetzung einer neokolonialen Lösung schaffen.

Entsprechend sieht der Plan auch gleich die Aufhebung der Wirtschaftsblockade und Errichtung „eines internationalen Fonds" vor, „um 1,5 bis 2 Mrd. US-Dollar in die Entwicklung Rhodesiens zu pumpen".

Supermächte ringen um Hegemonie im südlichen Afrika!

Mit Zimbabwe haben die westlichen Imperialisten viel zu verlieren. Hier beuten sie reiche Vorkommen von Nickel, Chrom, Kupfer, Asbest, Mangan und anderen strategischen Rohstoffen aus. Die USA, die von 30 strategischen Metallen 25 einführen müssen, haben alleine einen jährlichen Chrombedarf von 1,4 Millionen Tonnen. Die Bundesrepublik ist bezüglich der strategisch wichtigen Rohstoffe so gut wie zu 100 Prozent vom Import abhängig. Ein großer Teil, zum Beispiel bei Chrom 52 Prozent, bei Vanadium 60 Prozent, bei Uran 40 Prozent, kommt aus dem südlichen Afrika.

Dazu kommt, daß das Kolonialregime die fast schrankenlose Ausbeutung der Arbeiter und Bauern Zimbabwes ermöglicht und damit dem imperialistischen Kapital Superprofite sichert. Die Arbeiter Zimbabwes müssen in der Landwirtschaft für etwa 800 DM im Jahr und in der Industrie für etwa 2 000 bis 3 000 DM im Jahr für die Imperialisten produzieren.

Außerdem geht im Südatlantik über die Kaproute um Südafrika ein Großteil der Versorgung Westeuropas und der USA mit Erdöl und anderen wichtigen Rohstoffen. Für den US-Imperialismus ist die Beherrschung des südlichen Afrika deshalb auch von wichtiger strategischer Bedeutung im Ringen um Europa mit den sowjetischen Sozialimperialisten. Diese versuchen wegen dieser Bedeutung unter dem Deckmantel der Unterstützung des Kampfes gegen den US-Imperialismus um so verbissener, die afrikanischen Staaten und Völker in ihre eigene Abhängigkeit zu bringen. Nach Angola konzentriert sich so das Ringen der beiden Supermächte um die Beherrschung des südlichen Afrika auf Zimbabwe.

Der Befreiungskampf der Völker des südlichen Afrika hat die Bastion des Imperialismus Rhodesien schwer angeschlagen. Die Wirtschaftssanktionen der Vereinten Nationen von 1965 haben die imperialistischen Monopole nie eingehalten, und die koloniale Ausbeuterwirtschaft wurde ausgedehnt. Der Befreiungskrieg und die Blockade durch die afrikanischen Staaten, vor allem Mozambique, hat dem aber einen Riegel vorgeschoben und droht die Produktion für die Imperialisten zum Erliegen zu bringen.

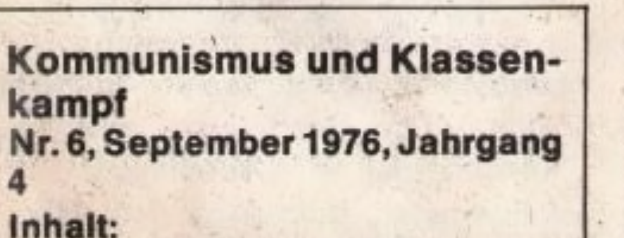
Der Volkskrieg im ganzen Land unter Führung der ZANU hat das Kolonialregime militärisch an den Rand des Zusammenbruchs getrieben.

Organisierung der Konterrevolution

Die Entspannungsmanöver der Imperialisten dienen der Unterstützung der imperialistischen Gewalt. Der Plan legt weiter fest, daß „... alle Kriegshandlungen, der Guerillakrieg eingeschlossen, aufhören werden", aber so wenig, wie die Imperialisten bereit sind, die gerechten Ziele des Volkes von Zimbabwe zu akzeptieren, so wenig rechnen sie mit dem Ende des Befreiungskrieges. Durch die Spaltung der afrikanischen Völker und Staaten wollen sie Kräfte sammeln zur Vernichtung der Revolution in Zimbabwe und im südlichen Afrika, des revolutionären Befreiungskampfes und seines Hinterlandes Mozambique. Offen sagt Smith am 24.9. in seiner Rede, „daß mit einer Steigerung des Terrorismus zu rechnen sei", aber „sie (Kissinger und Vorster) haben uns (gemeint sind die Kolonialisten) versichert, daß sie überzeugt sind, in der Lage zu sein, die Einhaltung auf dieser Bedingung (Einstellung des Guerillakrieges) sicherzustellen". „Die amerikanische und britische Regierung, zusammen mit den wichtigsten westlichen Mächten, haben einen Beschluß über die Art der Lösung gefaßt, die sie in Rhodesien sehen wollen", „sie sind entschlossen, sie auch durchzusetzen."

Aber ungeachtet aller Manöver der Kolonialisten und Imperialisten setzen die Völker des südlichen Afrika den Kampf für die Zerschlagung der Kolonialregimes, für die Vertreibung der Imperialisten und die Beendigung von Unterdrückung und Ausbeutung fort, das zeigt der bewaffnete Befreiungskampf in Zimbabwe und Namibia, das zeigen täglich die Demonstrationen der Massen von Azania.

Präsident Nyerere von Tansania erklärte in Lagos am 19.9.76, „daß die Afrikaner bis zum letzten Mann kämpfen werden, wenn die Supermächte das Risiko auf sich nehmen und den Dritten Weltkrieg auslösen, indem sie die Lage im südlichen Afrika dazu nutzen, ihre militärischen Kräfte zu messen und dieses Gebiet an sich zu reißen". „Wir befreien uns selbst und werden kämpfen, wenn die Supermächte meinen, daß sie in ihrer Rivalität um Hegemonie im südlichen Afrika gegeneinander antreten müssen." (Hsinhua, Lagos, 19.9.76)


Kommunismus und Klassenkampf
Nr. 6, September 1976, Jahrgang 4
Inhalt:



Der erste Lastwagen für die ZANU im Bremer Hafen. Es ist ein schwerer Dreiachser mit 26 Tonnen Gesamtgewicht und dem notwendigen Zubehör wie Winde usw. Die vier Lastwagen für die ZANU dienen der Unterstützung des Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe, sie sind ein Schlag gegen die imperialistische Bourgeoisie. Als Genscher auf der Wahlkundgebung der FDP in Heidelberg zur Außenpolitik erklärte: „In Afrika werden LKWs gebraucht und keine stalinistischen Parolen", war die Antwort: „Vier Lastwagen für die ZANU".

Wahlerklärung des KBW mußte gesendet werden

Am 21.9. und 22.9. jeweils um 21.15 Uhr mußte das ZDF die Wahlsendung des KBW ausstrahlen. Radio Bremen muß ebenfalls senden, hat aber noch keine Sendetermine angegeben. Das Urteil des Verwaltungsgerichts Hamburg auf Ausstrahlung durch den NDR wurde durch die nächsthöhere Instanz, das Oberverwaltungsgericht Hamburg, kassiert.

Die Feststellung: „Parlamentswahlen sind ein Betrugsmanöver" verstoße gegen § 90 a/Abs., Ziff. 1, StGB, sie sei „eine böswillige Verächtlichmachung der verfassungsmäßigen Ordnung". „Die Verächtlichmachung geschieht auch böswillig, da sie auf feindseliger Gesinnung mit der Absicht zu kränken beruht." (BHG NJW 64, 1481, 1483)

Die „verfassungsmäßige Ordnung" ist die Herrschaft der Kapitalistenklasse. Der Westdeutsche Rundfunk erklärt am 22.9.76:

„Betr.: Wahlspot für die Hörfunksendung am 22.9.76
Sehr geehrter Herr Schmierer,
wie wir Ihren Beauftragten bereits mündlich mitgeteilt haben, sehen wir uns nicht in der Lage, den zur Ausstrahlung am 22.9. abgelieferten Hörfunkwahlspot zu senden, da es sich hierbei nicht um eine zulässige Wahlwerbung handelt.

Die Sätze „Parlamentswahlen sind ein Betrugsmanöver" und „Die Parlamente dienen der Unterdrückung" sowie der gesamte letzte Absatz des Textes stellen ein Bekenntnis zur Zerstörung der verfassungsmäßigen Volksvertretung sowie der im Grundgesetz bestimmten freiheitlichen demokratischen Grundordnung dar. Ein solcher Text ist verfassungsrechtlich und rundfunkrechtlich keine Wahlwerbung, die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten sind zu seiner Ausstrahlung nicht verpflichtet. (OVG Münster, Urteil vom 30.4.1975, NJW 76, 125).

Außerdem verstößt der Inhalt des Spots auch gegen Vorschriften des Strafgesetzbuches; z.B. bildet der Satz „Die Parlamente dienen der Unterdrückung" einen Verstoß gegen § 90 b StGB. An der Verbreitung eines strafbaren Inhalts dürfen sich der WDR und seine Mitarbeiter nicht beteiligen.

30.4.1975, NJW 76, 125).
Außerdem verstößt der Inhalt des Spots auch gegen Vorschriften des Strafgesetzbuches; z.B. bildet der Satz „Die Parlamente dienen der Unterdrückung" einen Verstoß gegen § 90 b StGB. An der Verbreitung eines strafbaren Inhalts dürfen sich der WDR und seine Mitarbeiter nicht beteiligen.

Sozialimperialismus: Produktionssteigerung der Schwerindustrie, Rückgang der Lebensmittel

In der Sowjetunion wurde in den ersten sieben Monaten dieses Jahres die Produktion um durchschnittlich 4,9 % gesteigert. Der Schwerpunkt lag bei der Stahlerzeugung, der Chemieindustrie, der Automobilproduktion und bei Erdöl- und Erdgaserzeugung, bestimmt für den Export in die Länder der EG.

Dagegen erreichte im Konsumgüterbereich die Fleischfabrikation nur 79 % der Vorjahresleistung, die Fabrikation von Pflanzenfetten 78 % und die Konservenfabrikation nur 90 %. Die sowjetische Monopolbourgeoisie betreibt die Ausweitung der Schwerindustrie und der Rohstofferzeugung für ihre Kriegsvorbereitungen, indem sie die Versorgung der Massen beständig verschlechtert. (Nach Handelsblatt 21.9.)

Bespitzelung durch Heizölschein

Eine „Verordnung über den Nachweis des Bezugs von leichtem Heizöl" hat die Bundesregierung am 13.9.1976 erlassen.

„Heizölhändler haben Aufzeichnungen darüber zu führen, an welche Abnehmer (Name oder Firma, Anschrift) wann und in welcher Menge sie leichtes Heizöl geliefert haben. (...) Unbeschadet weitergehender Aufbewahrungsfristen sind die Aufzeichnungen nach Absatz 1 zwei Jahre aufzubewahren." (BGBl, 2797) Die Abnehmer sollen die Rechnungen ebenfalls zwei Jahre aufheben. Welche Möglichkeiten sich damit dem Staatsapparat eröffnen, wird zum Beispiel deutlich, wenn der Deutsche Landkreistag zu den Sozialhilfeempfängern feststellt: „Beim Heizen werde zu wenig gespart, da das Sozialamt die tatsächlichen Heizungskosten in voller Höhe übernehme." Über das neue Kontrollsystem kann der Verbrauch jeder Familie genau überprüft werden. Mit dem Energiesicherungsgesetz vom 20.12.1974 hatte sich die Bourgeoisie in ihren Kriegsvorbereitungen die gesetzlichen Möglichkeiten geschaffen, Öl, Gas und andere Energieträger zu rationieren und für ihre Zwecke zu beschlagnahmen. Wer dabei der Überprüfung des eigenen Öls „beharrlich Widerstand" leistet, kann bis zu zwei Jahre eingesperrt werden. Die Nachweispflicht über die Rechnungen und Lieferungen für Heizöl dient der Vorbereitung der Anwendung des Energiesicherungsgesetzes.

CDU und SPD: Propaganda und Politik gegen die Kleinbauern

Fulda. Im Bundestagswahlkampf entdecken die bürgerlichen Parteien auch ihr Herz für die vom Bankrott bedrohten kleinen Bauern. Die osthessischen CDU- und SPD-Politiker machen die tollsten Sprünge, den kleinen und mittleren Bauern zu erklären, sie seien die wahren Garanten, die Bauern vor dem Ruin zu bewahren. 38 000 Bauernhöfe sind nach Angaben von Burkhard Ritz, agrarpolitischer Sprecher der CDU und Mitglied des Bundestags, in den letzten Jahren in der Region Osthessen dem Bankrott anheimgefallen. Ritz meinte auf der agrarpolitischen Kundgebung der CDU am 11.9. in Harzwieden: „Die CDU/CSU sei der festen Überzeugung, daß ein breitgestreutes Netz von bäuerlichem Volk und landwirtschaftlichen Erwerbsquellen erhalten bleiben müsse." (Fuldaer Zeitung, 3.9.76) Kann man sich einen besseren Heuchler vorstellen? Zwischen 1950 und 1960, also während der Regierungszeit der CDU/CSU, sind rund 900 000 selbständige Bauern ruiniert worden, die der mörderischen Konkurrenz und dem Diktat der Konzerne über die landwirtschaftliche Produktion nicht standhalten konnten.

Vormarsch und Konzentration des Kapitals in der Landwirtschaft heißt das Gesetz und nicht „breitgestreutes Netz von bäuerlichem Volk". Auf der gleichen Kundgebung äußerte sich Dregger, CDU, Doktor und deren Landesvorsitzender in Hessen: „Außerdem würden durch die Landwirtschaft Existenz- und Arbeitsmöglichkeiten außerhalb der Ballungszentren geboten." (Fuldaer Zeitung, 13.9.76) Das ist wirklich ein Hohn. Da werden die kleinen Bauern durch den Ruin ihrer Betriebe in die großen Städte getrieben, um als Lohnsklaven in den Fabriken oder als Arbeitslose die „Ballungszentren" zu vergrößern, auf der anderen Seite bleiben immer weniger große und kapitalisierte landwirtschaftliche Betriebe mit rationalisiertem Personal zurück, und Dregger von der CDU spricht von neuen Erwerbsmöglichkeiten auf dem Lande und sozusagen von einer Entlastung der Ballungszentren durch eine aufblühende Landwirtschaft. Von 1950 bis 1973 sank die Zahl der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte von 3,9 auf 1,4 Millionen.

Noch besser wird es, wenn der Bauernfreund Dregger vom Grundbesitz spricht. „Für die Landwirtschaft seien Grundbesitz und Vieh ein Fundament für seine Lebensfähigkeit und für die Produktivität. Gerade für eine gesunde Struktur des Fuldaer Raumes sei eine Vielzahl von landwirtschaftlichen Haupt- und Nebenerwerbsstellen wichtig." (Fuldaer Zeitung, 13.9.76) Wie viele Bauern haben denn überhaupt noch nennenswerten Grundbesitz; die meisten Bauern haben ihn aufgeben müssen oder haben das Land auf Pacht oder der Hof ist an die Banken so verschuldet, daß vom Eigentum keine Rede sein kann. Die kleinen Bauern stehen vor dem Ruin. Die Konzerne beherrschen sie vollends: Landmaschinenhersteller wie Klöckner Humboldt Deutz, Großbanken (sieben vereinigen einen Marktanteil von 75 Prozent auf sich), Düngemittelproduzenten (Hoechst, BASF), Lebensmittelkonzerne (Edeka, Coop, Karstadt usw.) diktieren ihre Lebensbedingungen. Schon sind die letzteren zur Hand, die Dürrefolgen auszunutzen und den Fleischerzeugerpreis z.B. bei Schweinen auf 1,30 DM pro Pfund zu drücken und den Lohnabhängigen mit ganz anderen Preisen das Geld aus der Tasche zu ziehen, wie uns ein Bauer aus dem Kreis Bebra berichtet.

SPD und FDP in der Regierung sorgen mit ihrem „Bauernhilfsprogramm" dafür, daß die kleinen und mittleren Bauern, deren Elend durch die Dürreschäden noch verstärkt wurde, noch mehr in die Fänge der Banken geraten. Der SPD-Landtagsabgeordnete Rudi Riefenhaus fordert die Bauern in Rhon und Vogelsberg auf, „sich um Darlehen zu bemühen". Für Kapitalmarktdarlehen zwischen 5000 und 40 000 Mark könne ein Zinszuschuß von jährlich fünf Prozent für drei Jahre im Voraus in Anspruch genommen werden. (Fuldaer Zeitung, 14.9.76)
Also, ein kleiner Bauer, der 40 000 DM benötigt, um seinen Hof vor dem Ruin zu retten, soll diese Summe als Darlehen bei einer Bank aufnehmen. Der Riefenhaus Rudi läßt ihm 6000 DM zukommen. Wie soll der Bauer die restlichen 34 000 DM plus der Kreditzinsen zahlen, wenn sein Hof ohnehin schon verschuldet ist? Die Banken werden ihn drücken und drücken, bis sein Anwesen in ihr Eigentum übergegangen ist. Zur Plünderung der Bauern durch die Lebensmittelkonzerne fügt die SPD und ihr osthessischer Politiker die Enteignung der kleinen Bauern durch die Banken.

Die großen bürgerlichen Parteien vertreten die Interessen des Monopolkapitals. Kein Wunder, daß Dregger von „den Gefahren einer sozialistischen Landwirtschaft" warnen muß. (Fuldaer Zeitung, 13.9.76) Diese nämlich wird den Schmarotzern an den Früchten der Arbeit der Bauern den Garaus machen und die Landwirtschaft auf der Grundlage des Kollektiveigentums zum Nutzen aller entwickeln. – (d.s., Kassel/Red)

„Netz der sozialen Sicherheit“
Der große Fischzug der Finanzbourgeoisie

Das Schaubild zeigt – mit einiger Vergröberung – die Maschen des hochberühmten Netzes der sozialen Sicherheit und was da so drin hängen bleibt. Das Netz der sozialen Sicherheit ist ein Geflecht von gesetzlichen Zwangsabgaben auf den Arbeitslohn. Sein Wesen sticht heraus, wenn man nachrechnet, was drin hängen bleibt. 1975 waren es mindestens 136 Milliarden DM.

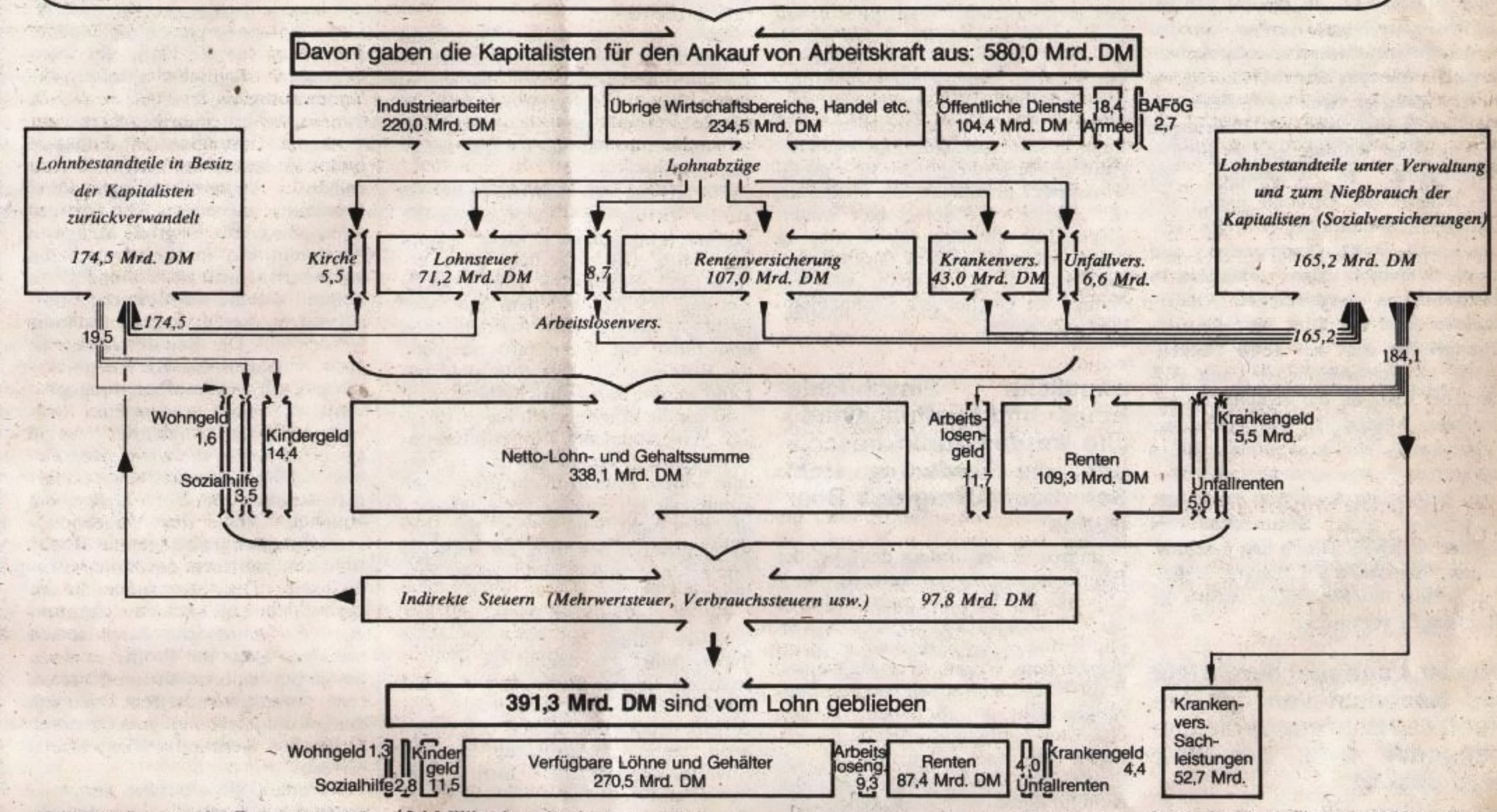
Auf eine Billion beziffert die Bourgeoisie die Werte, die sie im Jahre 1975 durch die Arbeit der Arbeiterklasse in die Krallen bekam. Um an diese Billion heranzukommen, mußte die Bourgeoisie rund 580 Milliarden in Zusammenhang des Ankaufs der für die Profitmacherei grundlegenden menschlichen Arbeitskraft auswerfen.

Die Arbeiterbevölkerung, die besitzlos ist und dementsprechend jedes Lebensmittel von der Kapitalistenklasse kaufen muß, bekam letzten Endes von diesen 580 Milliarden bloß 444 Milliarden. (391,3 in bar und 52,7 Sachleistungen der Krankenversicherung)

Der Betrag von 444 Milliarden begreift allerdings allerhand Gelder ein, die die Arbeiterbevölkerung in Wahrheit nicht hat.

Zum Beispiel begreift er einen Betrag von 52,7 Milliarden als empfangene sachliche Leistungen aus der Krankenversicherung ein. Nimmt man die 43 Milliarden, die an die Krankenkasse gezahlt werden als Geld, mit dem Leistungen der Gesundheitsversorgung an der Arbeiterbevölkerung entgolten würden, so verschließt man vor den horrenden Dividenden der Pharmazeutischen Kapitalisten ebenso sehr die Augen wie vor den Villen, die von den praktizierenden Ärzten besessen und den Luxusautomobilen, die von ihnen gefahren und den Rassepferden, die von ihnen geritten werden.

Ebenso vernachlässigt man, daß der Betrag von 444 Milliarden nicht nur Arbeiterlöhne und Angestelltengehälter, kurzum Entgelt für Lohnarbeit enthält, sondern auch das Salair der höheren Beamten, die Witwenrenten der höheren Beamtenwitwen, die bekanntlich so steinalt werden, daß sie die statistische Lebenserwartung der „Frauen“ grundlegend verfälschen, ferner sind die Gehälter der Generäle enthalten und die Gehälter von Industriemanagern sind auch enthalten.



Die Bereinigung der Bourgeoisstatistik um diese Verfälschungen ist ein uferloses Werk, fragt sich, ob man damit fertig wird, bevor dieser ganze Staatsapparat durch die proletarische Revolution zerschlagen wird. Man hofft anders.

Tatsache bleibt, im Netz der sozialen Sicherheit sind 1975 136 Milliarden DM *Minimum* hängen geblieben.

Diese 136 Milliarden DM wurden aus Lohngeldern herausgefiltert. Die unverfrorene Bosheit, ein *Minus* von 136 Milliarden als „hervorragende soziale Leistungen“ auszugeben, wird von allen Bourgeoispolitikern an den Tag gelegt.

Die *Aneignung* solcher Lohnbestandteile durch die Bourgeoisie läßt noch ganz außer Acht, daß die Kapitalistenklasse von den Geldern ja den Nießbrauch hat, das heißt, auch was sie sich nicht ein für allemal unter den Nagel reißen, benutzen sie als Kapital für geraume Zeit, bevor sie es – reduziert versteht sich – weiterfließen lassen.

Es lohnt sich, die verschlungenen Pfade zu studieren, auf denen die imperialistische Bourgeoisie ameisenfleißig Körnchen um Körnchen Lohnbestandteile in ihr Nest schafft.

Das erste, was man daraus entnimmt, ist das dringende Bedürfnis, den imperialistischen Staatsapparat so rasch wie möglich zu zerschlagen. Das zweite, daß man auf dem Wege dahin sich um die Forderung nach Abschaffung aller indirekten Steuern, nach Bezahlung der Versicherungskosten durch die Kapitalisten und Verwaltung der Kassen durch die Arbeiter selber zusammenschließen muß. Denn, es stecken auch allerlei Spaltungsmöglichkeiten in diesem widerlichen imperialistschen Gespinst, die die Arbeiterklasse im Kampf überwinden muß.

Arbeitsheft Nr. 9
zu Kommunismus und Klassenkampf
„Das Netz der sozialen Sicherheit“
erscheint am 13. Oktober 1976

Die Expansion der westdeutschen Eisen- und Stahlkonzerne in Afrika

Die westdeutsche Eisen- und Stahlindustrie ist hochkonzentriert. Sechs Konzerne beherrschen die Produktion und den Markt in der BRD. Thyssen, Mannesmann, Klöckner, Krupp, Hoesch und Peine/Salzgitter. Längst ist der Markt in der BRD für die Profitsucht dieser Konzerne zu klein. Die Krisen, von denen die Stahlindustrie periodisch erschüttert wird, haben ihre Ursache darin, daß das Kapital nicht mehr profitträchtig in der BRD angelegt werden kann. Der Weg, den die Konzerne beschreiten, ist der Kapitalexport, der Aufbau eigener Fabriken im Ausland, wobei sie aufgrund der Ausbeutung der Arbeiterklasse in den jeweiligen Ländern die Mittel anhäufen zur verstärkten Ausbeutung der Arbeiterklasse in der BRD und umgekehrt.

Der afrikanische Kontinent ist neben Südamerika, wo der Hauptteil der Investitionen der westdeutschen Stahlkonzerne außerhalb Westeuropas hingeht, ein wichtiges Expansionsgebiet. Die Tradition dieser Expansion besteht lange: „Die Rentabilität einer Stahlindustrie (in Azania) wurde 1924 durch eine Studie der Gutehoffnungshütte Aktienverein erwiesen.“ (Nachrichten für Außenhandel, 27.9.72)

Zwei Schwerpunkte hat der Einfluß der Stahlindustrie in Afrika: Azania und Westafrika, vor allem Nigeria und Liberia. Während in Azania die westdeutschen Stahlkonzerne vor allem eigene Stahlwerke aufgebaut haben oder Beteiligungen haben, sehen sie Liberia als ihre „Rohstoffbasis“ an.

Ausplünderung der Eisenerzlager Liberias

17 % aller Eisenerzimporte der BRD stammen 1974 aus Liberia. Damit ist Liberia der zweitgrößte Lieferant von Eisenerz hinter Brasilien. Knapp 10 Millionen Tonnen Eisenerz wurden 1974 aus Liberia importiert. Über eine Million Tonnen wurden ebenfalls aus Mauritien und Angola importiert.

Den Abbau des Eisenerzes in Liberia betreiben die westdeutschen Stahlkonzerne wesentlich über Beteiligungen an liberianischen Firmen. Eine der größten Minengesellschaften in Liberia ist die Bong-Mining-Company. Der liberianische Staat hat inzwischen 50 % der Anteile an dieser Gesellschaft, den Rest haben im wesentlichen die westdeutschen Stahlkonzerne. Der Umsatz der Bong-Mining-Company betrug 1974 265 Millionen DM, ausgebeutet wurden 2876 Arbeiter. Hoesch-Estel hat über die Liberia-Erz-Beteiligungsgesellschaft 8 % Anteil an der Bong-Mining-Company und ein Bezugsrecht auf 16 % der Produktion. Der Geschäftsbericht von Hoesch-Estel stellt 1975 fest: „Das Ergebnis war zufriedenstellend.“ Der Thyssen-Anteil an der Bong-Mining-Company beträgt 21,4 % (1975). Die Krupp-Hüttenwerke haben 30 % der Liberia-Erz-Beteiligungsgesellschaft, über die sie mit 8,6 % ebenfalls an der Bong-Mining-Company (Liberia-Erz ist mit 30 % an der Bong-Mining-Company beteiligt) beteiligt sind. Über die Bong-Mining-Company deckt Krupp ca. 10 % seines Erzbedarfs. „Die Liberia-Erz-Beteiligungsgesellschaft schloß ihr Geschäftsjahr 1974/75 – u.a. aufgrund der Dividendenausschüttung der Bong-Mining-Company für 1974 – mit einem höheren Gewinn als im Vorjahr ab, der an die Gesellschafter abgeführt wurde.“ (Krupp-Geschäftsbericht 1974/75)

Der Profit, den die Stahlkapitalisten aus der nigerianischen Arbeiterklasse pressen, kann man nur schätzen. Der Reingewinn der größten liberianischen Eisenerzgesellschaft betrug 1974 106 Millionen DM, der Profit aus der Bong-Mining-Company dürfte nicht viel niedriger sein.

Die BRD importiert gegenwärtig rund 90 % ihres Eisenerzbedarfes, davon rund 20 % aus Afrika. Neben der direkten Ausbeutung ziehen die Stahlkapitalisten ihren Vorteil aus dem Handel über den kapitalistischen Weltmarkt.

Der Preis pro Tonne Eisenerz betrug 1965 12,3 Dollar, 1971 fiel er auf 10,3 Dollar (1).

Allein aus dem Preisrückgang hat Liberia dadurch zwischen 1965 und 1971 132 Millionen DM verloren.

Die eisenerzproduzierenden Länder haben sich inzwischen in der AIEC zusammengeschlossen und kontrollieren 60 % des Welthandels an Eisenerz. Seit 1971 sind die Preise für Eisenerz gestiegen.

Daß die westdeutsche Stahlindustrie gewillt ist, die Ausplünderung durch direkte Produktion in den eisenerzreichen Ländern aufrechtzuerhalten und auszubauen, belegt der Geschäftsbericht der Thyssen AG 1974/75: „Es bleibt eine Zielsetzung von überragender Bedeutung für die deutsche Stahlindustrie, ihre wichtigsten Rohstoffe – Kohle und Erz – zu international vergleichbaren Preisen beziehen zu können. Dies erfordert verstärktes eigenes Engagement der Thyssen-Gruppe in dieser Richtung.“

Westdeutsches Stahlimperium in Azania

Die westdeutschen Stahlkonzerne waren schon am Aufbau der südafrikanischen Stahlindustrie in den zwanziger Jahren beteiligt.

Die folgende Aufstellung der Klöckner-Werke und -Beteiligungen in Azania zeigt, wie gerade in den sechziger Jahren das Imperium ausgebaut wurde. Der Umsatz der 8 Tochtergesellschaften und Beteiligungen betrug 1973 33 Millionen DM. 1965 wurde von Klöckner die „Klöckner-Ferromatik South-Africa“ in Johannesburg gegründet. 1968 übernahm Klöckner die Aktienmehrheit der „South West African Lithium Mines“, die in Namibia zwei ertragreiche Lithium-Minen ausbeutet. 1969 zusammen mit der USCO (Union Steel Corp. of South Africa) Gründung der „National Materials“, ein Kundendienst- und Stahlhandelsunternehmen. Des weiteren gehört Klöckner die „Premier Kiln Products“ in Pretoria, die „Plant und Equipment Projects“, die „Humboldt South Africa“ und 3 Motoren- und Nutzfahrzeugfabriken. (2)

Mannesmann hat 5 Firmen in Azania, Thyssen 7 Firmen, Salzgitter ist an 3 Firmen beteiligt. Im Bergbau, wo die meisten westdeutschen Firmen investiert hatten, betrug der durchschnittliche Monatslohn 1973 30 Rand, was ungefähr 90 DM entspricht. Für Weiße sind im Jahre 1973 die Durchschnittslöhne dreizehnmal so hoch, Mischlinge verdienen im Durchschnitt 300 DM.

Solche Ausbeutung regt die Stahlkapitalisten zu Investitionen an. Allein 1972 haben sie 18,2 Millionen DM in Azania investiert. Klöckner wird 1976 15 Millionen DM für eine Fabrik in Klerksdorp investieren. Innerhalb von 2 Jahren sind Erweiterungen von rund sechs Millionen DM geplant. (Stuttgarter Zeitung, 28.9.76)

Diese brutale Ausbeutung der afrikanischen Arbeiterklasse ist nur möglich mit Hilfe des Siedlerregimes Vorster.

In den heldenhaften Kämpfen des Volkes von Azania gegen das Vorster-Regime in den letzten Wochen bildete die Kernkraft des Volkes gerade das Proletariat aus den Minen und Bergwerken.

Expansion im ganzen Südlichen Afrika

In Nigeria ist die Korf-Gruppe eine der größten Unternehmen des Landes. 1969 betraf der Jahresumsatz 120 Millionen DM, ausgebeutet wurden 1500 nigerianische Arbeiter. Seit 1960 hatte sich bis 1970 der Jahresumsatz jeweils verdoppelt.

Einen dominierenden Einfluß im Südlichen Afrika übt der Krupp-Konzern aus. In Cassinga (Angola) hatte der Krupp-Konzern Anfang der sechziger Jahre für 41 Millionen Dollar die Schürfrechte für riesige Eisenerzlager gekauft. Mehrere Millionen DM sind in dieses Projekt investiert worden. Ebenso nahm Krupp teil an der Ausbeutung der Erzlager in Mozambique, woraus ihn das Volk von Mozambique durch den Sieg im Volkskrieg und die Gründung der Volksrepublik Mozambique inzwischen vertrieben hat.

Der Imperialismus ist faulender Kapitalismus

Durch den Kapitalexport wollen die Stahlkapitalisten den Ausweg aus der Krise in der Stahlindustrie suchen.

„Für die Stahlproduzenten im alten Europa freilich und hier nicht zuletzt für die deutsche Stahlindustrie bedeutet das jedoch zugleich, daß sich das Schwergewicht des Wachstums immer mehr in junge Stahlländer der Dritten Welt verlagern wird. Hüttenwerksbeteiligungen wie in Brasilien (Mannesmann und Thyssen) oder Projekte dazu wie in Südafrika (Klöckner und Hoesch) signalisieren hier auch für die deutsche Stahlindustrie den Anfang einer Entwicklung, an deren Ende der Tiefstand im Stahlzyklus nicht mehr durch eine Krise der Exportlastigkeit potenziert werden braucht.“ (Welt 7.11.75)

Der Kapitalexport verschärft jedoch alle der Krise zugrundeliegenden Widersprüche, die Krise wiederholt sich nur auf höherer Stufe. Die Monopolisierung und Konzentration in der westdeutschen Stahlindustrie hat einen so hohen Grad erreicht, daß die Stahlkapitalisten durch Kapitalvernichtung und Kapitalentwertung nicht mehr aus der Krise herauskommen. Stagnation kennzeichnet die gegenwärtige Periode. So sind die Aufträge für die Stahlwerke in Westdeutschland in den letzten Monaten schon wieder gesunken. Einige Betriebe kündigen wieder Kurzarbeit an.

Der Kapitalexport in „junge Stahlländer“ soll der Ausweg sein. Mit dem aus der westdeutschen Arbeiterklasse gepreßten Profit sollen die Mittel für die Ausbeutung der afrikanischen Arbeiter bereitgestellt werden.

Mit dem Kapitalexport plündern die Imperialisten die Völker Afrikas aus, schaffen aber gleichzeitig in der Fabrikarbeiterschaft ihre eigenen Totengräber.

Schon 1941 hatten die Arbeiter und Angestellten der „Union Minière“ in Zaire in einem Generalstreik den Imperialisten einen heftigen Schlag versetzt und den Befreiungskampf des Volkes gegen die belgische Kolonialmacht ungeheuer beschleunigt. Zaire ist heute ein unabhängiges Land. Ebenso bilden die Minen- und Fabrikarbeiter in den jetzigen Kämpfen in Azania die treibende und führende Kraft.

Die internationale Arbeiterklasse und die Völker der Welt schließen sich zusammen und werden den Imperialismus besiegen. – (ds)

(1) International Bank for Reconstruction and Development Bank Staff Working Paper No 1, August 1973

(2) Angaben nach R. Rode, Die Südafrikapolitik der BRD 1968 bis 1972, München 1975

Niedersachsen:

Heftiger Kampf der Volksmassen gegen geplante Atommüllanlage

Seit Anfang dieses Jahres treiben sich in Niedersachsen Bohrtrupps herum. Sie suchen den günstigsten Standort für eine zentrale Atommüll-Wiederaufbereitungsanlage. Gebohrt wird nach Salzstöcken, in die radioaktive Abfälle eingelagert werden können, und nach Grundwasser, das die Anlage in großen Mengen braucht. Überall, wo in Erwägung gezogen wird, diese Anlage zu bauen und wo Bohrungen durchgeführt werden, gibt es breiten Widerstand. In Wippingen bei Aschendorf im Emsland haben die Bauern dreieinhalb Meter breite Gräben um das Bohrgelände gezogen und so die Probebohrungen verhindert. In Lutterloh im nordöstlichen Niedersachsen fand am 18.9. eine Protestkundgebung statt mit 3500 Teilnehmern. In Lichtenmoor wird seit Wochen der Platz für das geplante Atommüllager besetzt. In der Nähe von Lichtenmoor, bei Frankenfeld, sollte in der letzten Woche wieder gebohrt werden. Unverrichteter Dinge mußte der Bohrtrupp einer Brunnenbaufirma wieder abziehen. Durch den geschlossenen Widerstand der Bauern, Arbeiter, Schüler und Studenten wurden die Bohrungen verhindert.

Wie ein Lauffeuer durchzieht die Nachricht von der Ankunft des Bohrtrupps die umliegenden Orte: der Platz wird besetzt

Aufmerksame Bauern hatten die Einrichtung der Bohrstelle beobachtet und sofort das Wach- und Informationslager Lichtenmoor verständigt. Alarm wird ausgelöst. Der Telefonalarmdienst funktioniert. Bis nach Bremen und Hannover werden die Initiativen gegen den Bau eines Atommüllagers benachrichtigt. Gleichzeitig fahren Informationstrupps von Haus zu Haus. Überall werden Hinweisschilder zum Bohrplatz angebracht. Die Bauern sind empört: Ohne ihr Wissen war ein für 5 Tonnen zugelassener Weg, der auf ihre Kosten instandgehalten wird, unter Begleitung von Polizei von den 12 Tonnen schweren Fahrzeugen der Bohrfirma benutzt worden. Sofort benachrichtigten sie ihre Nachbarn. Noch am Abend wird der Platz von zirka 30 Menschen besetzt. Am nächsten Morgen sind es zirka 200.

Die Solidarität zwischen den

Die Solidarität zwischen den Arbeitern der Bohrfirma und den Platzbesetzern wird hergestellt

Der Chef der Bohrfirma erscheint auf der Bildfläche. Er fordert die Anwesenden auf, den Platz zu verlassen, indem er darauf hinweist, daß die Bohrergebnisse dem Wasserwerk Hannover zugeleitet werden und nicht der Atommüllfirma KEWA (Kernbrennstoff-Wiederaufbereitungs GmbH). Aber ein angereister Vertreter vom Wasserwirtschaftsamt Hannover läßt sich entlocken: „Eine Zusage kann ich Ihnen natürlich nicht geben, daß die Bohrergebnisse nicht auch der KEWA dienlich sein können.“ Die Antwort der Besatzer ist eindeutig: „Auch Trinkwasserbohrungen werden solange verhindert, bis klar ist, daß die Wiederaufbereitungsanlage nicht gebaut wird.“ Der Chef der Bohrfirma gibt nicht auf. Jetzt versucht er es mit Erpressung der Arbeiter. Er will ihnen die Auslösung von 36 DM täglich für ihre ständige Anwesenheit am Bohrplatz und die Vergütung für die vorgesehenen Überstunden streichen, wenn sie nicht sofort mit den Bohrungen beginnen. Auch dieser dreiste Angriff wird zurückgeschlagen. Die Forderung der empörten Platzbesetzer lautet: „Keine Lohneinbußen für die Arbeiter der Baufirma!“ In den Diskussionen erklären sich die Arbeiter mit dem Kampf der Gegner der Atommüllanlage solidarisch.

Sämtliche Einschüchterungs- und Spaltungsversuche werden zurückgeschlagen, die Forderung steht: Sofortiger Abzug des Bohrtrupps

Immer wieder fordern der Chef der Bohrfirma und der Vertreter des Wasserwerks die Besatzer zum Verlassen des Platzes auf. Der Förster erscheint und verbietet das Parken auf zwei angrenzenden Wegen. Der stellvertretende SPD-Landrat will von den Bohrungen nichts gewußt haben. Von den empörten Menschen zur Rede gestellt, macht er sich schnell wieder aus dem Staub. Ein Bauer: „Wir lassen uns nicht für dumm verkaufen. Wir müssen die Sache selbst in die Hand nehmen.“

Zahlreiche Vertreter der Presse und des Fernsehens erscheinen. Spitzel- und uniformierte Polizei taucht auf, macht sich ans Fotografieren, notiert Autonummern, nimmt Fahrzeugüberprüfungen vor und stellt Bußgeldbescheide aus. Ein Hubschrauber umkreist mehrfach den Bohrplatz.

Die Entschlossenheit der Gegner des Atommüllagers kann auch durch diese Einschüchterungsversuche der Polizei nicht gebrochen werden. Der Platz bleibt besetzt. Am Abend stellen über 300 Menschen gegen die Bedenken eines führenden Juso-Vertreters aus Bremen, der die Kräfte für die Platzbesetzung für zu schwach hält, geschlossen die Forderungen auf: Sofortiger Abzug des Bohrtrupps – Kein Atommüllager in Lichtenmoor.

Auf der Linie dieser Forderung wird ein Flugblatt erstellt, das am nächsten Tag in allen umliegenden Dörfern und Städten zur Stärkung der Kampffront Städten zur Stärkung der Kampffront aufrufen soll.

Die Stärke der Bewegung nimmt zu: der Bohrtrupp muß abziehen

Ständig kommen Bauern und Arbeiter aus den umliegenden Dörfern zum Bohrplatz. Sie bieten den Besatzern Nachtplätze an und bringen Kisten mit Obst und große Töpfe mit Suppe. Wenn sie weggehen, nehmen sie Flugblätter mit. Ein Arbeiter will sie im Betrieb verteilen und den Betriebsrat auffordern, eine Stellungnahme gegen diese Bohrungen und den Bau des Atommüllagers abzugeben.

Ein Bauer sagt: „Sollten die anfangen zu bohren, treiben wir unsere Rinder auf das Gelände oder wir kommen mit unseren Traktoren, oder wenn alles nicht hilft, dann jagen wir die Bohrgeräte in die Luft.“

Dieser entschlossene Widerstand zwingt die Landesregierung zum Rückzug. Der Bohrtrupp wird abgezogen, bleibt aber in Hagen, einem Ort nicht weit von Lichtenmoor. Von dort kann er jederzeit wieder einen neuen Bohrplatz aufsuchen.

Der Abzug des Bohrtrupps ist ein großer Erfolg im Kampf gegen die Aufbereitungsanlage. Doch der Kampf geht weiter. Die bürgerliche Klasse erwartet ein „Superwyhl“ (Süddeutsche Zeitung, 9.9.76). Mit dem Bau oder Nichtbau einer solchen Anlage stehen und fallen die Kernkraftwerkspläne der Bourgeoisie: „Der Bund und das Land werden sich wahrscheinlich recht bald vor die Frage gestellt sehen, ob sie den Widerstand der Bürgerinitiativen mit staatlicher Gewaltanwendung brechen sollen. Dem Problem ausweichen können sie bei einem einzelnen Reaktor, aber nicht beim Projekt des Entsorgungsparks, der Mitte der achtziger Jahre stehen muß.“ (Süddeutsche Zeitung, 9.9.76)

Die niedersächsiche Polizei hat Anfang des Jahres bei Peine Manövei durchgeführt, bei denen das Niederschlagen solcher Bewegungen geübt wurde. Bundeswirtschaftsminister Friderichs drückt die Sorgen der Bourgeoisie in einer Ansprache vor dem Energiewirtschaftlichen Institut der Universität Köln aus: „Aber die Frage des Ausbaus von Kernenergie ist eben nicht nur eine Frage von Ökonomie und Technik. Die Leistungsfähigkeit der entsprechenden Anlagenhersteller wird von mir nicht bezweifelt. Zweifel in die Erreichbarkeit des gesteckten Ziels ergeben sich vielmehr im Bereich der Genehmigungsverfahren und hier insbesondere durch Aktivitäten der Bevölkerung.“

Versammlung am besetzten Bauplatz in Lichtenmoor: die Kämpfe an den drei geplanten Standorten müssen zusammengefaßt werden

Am Sonntagmorgen treffen sich über 400 Menschen auf dem Lager an dem schon seit Wochen besetzten Bauplatz in Lichtenmoor. Bei der Auswertung der Vorgänge um die Verhinderung der Wasserbohrungen wird herausgestellt, daß die Kapitalisten und ihr Staat alles unternehmen und alle Mittel einsetzen werden, um die Wiederauf- einsetzen werden, um die Wiederauf- bereitungsanlage und das Atommüllager zu bauen. Alle Versammelten sind sich einig, daß der Widerstand an den drei möglichen Standorten in Lutterloh, Aschendorf und Lichtenmoor zusammengefaßt werden muß, um die Kampffront zu stärken.

Einstimmig verabschieden die Versammelten eine Empfehlung an die Bürgerinitiativen, eine Großveranstaltung durchzuführen, die von allen Initiativen an den drei Standorten getragen wird. Außerdem wird vorgeschlagen, diese Großveranstaltung für die Vorbereitung einer gemeinsamen Demonstration in Hannover zu nutzen. – (ma, Achim/Red.)

In Niedersachsen gibt es heftigen Kampf zwischen den Volksmassen und dem bürgerlichen Staat um den geplanten Bau einer zentralen Atommüll-Aufbereitungsanlage für die westdeutschen Kernkraftwerke. Diese Anlage ist von entscheidender Bedeutung für die Pläne der westdeutschen Kapitalistenklasse, die Stromerzeugung bis 1980 zu 29,3 % und bis 1990 zu 56,6 % in Kernkraftwerken zu betreiben (zur Funktion dieser Anlage siehe unten). Bisher wurde der Atommüll in England und Frankreich aufbereitet. Die dortigen Anlagen sind für die große Menge an Atommüll, der in Westdeutschland anfallen soll, nicht ausreichend. Dazu kommt, daß die westdeutsche Bourgeoisie in dieser Frage selbständig werden will. Der Bau der Anlage ist nach Aussagen der KEWA (Kernbrennstoffwiederaufbereitungsgesellschaft) ein „existenzielles Problem der BRD“. An der KEWA sind Bayer, Hoechst, die wichtigsten Firmen der Kernindustrie und der bürgerliche Staat über Veba-Gelsenberg beteiligt. Hinter dem angeblichen „existentiellen Problem der BRD“ steht die Profitsucht der Monopolkapitalisten. Der Strom aus Atomkraftwerken soll nach den Hoffnungen der Bourgeoisie durch seinen niedrigen Preis die Profite erhöhen und in der imperialistischen Konkurrenz Vorteile verschaffen. Dazu soll ein Teil des jetzt benötigten Öls durch Strom aus Kernkraftwerken ersetzt werden.

Nachdem die Ölländer der Ausplünderung durch die Imperialisten Schranken gezogen haben, gehen diese umso heftiger auf die Lebensbedingungen im eigenen Land los.

Kernkraftwerke und entsprechende Aufbereitungsanlagen zeigen die hohe Entwicklung der Produktivkräfte. Sie zeigen den gesellschaftlichen Charakter der Produktion. Einzelne Monopole können den Bau von Kernkraftwerken und Aufbereitungsanlagen nicht mehr bewerktstelligen. Der bürgerliche Staat muß für die Monopolkapitalisten den Bau dieser Anlagen betreiben. Nicht das „Allgemeinwohl“, sondern der Höchstprofit für die Kapitalistenklasse bestimmt sein Handeln.

Die geplante Aufbereitungsanlage führt zu Entzug des Grundwassers und zu Trockenheit des Bodens. Milch darf im Umkreis von 30 km nicht hergestellt werden. Der Ruin der Bauern wird dadurch ungeheuer beschleunigt. Deshalb sind die Bauern gegen das Werk und haben sich auch als erste gewehrt.

Die Aufbereitungsanlage bedeutet auch nicht die Entwicklung neuer Arbeitsplätze oder die Sicherung alter, sondern Vernichtung und Freisetzung von Arbeitskraft. In der Nähe der Anlage liegende Betriebe werden schließen müssen. Billiger Strom bedeutet vermehrte Anwendung von Maschinen, und das bedeutet im Kapitalismus Entlassung für einen Teil der Arbeiter und verschärfte Ausbeutung für den anderen.

Die Arbeiter sind in der Lage, die immer fortgeschritteneren Produktionsanlagen zu errichten. Nur die Arbeiterklasse kann diese Produktionsanlagen beherrschen und sie zu Nutzen der gesellschaftlichen Entwicklung einsetzen. Unter der Herrschaft der Kapitalisten werden die Produkte der Arbeiterklasse zu einer Gefahr für Mensch und Natur. Der Sturz dieser Herrschaft und die Errichtung der Herrschaft der Arbeiterklasse wird immer dringlicher. Unter der Herrschaft der Arbeiterklasse hört die Industrie auf eine Bedrohung der Bauern zu sein und wird ein mächtiges Hilfsmittel der Entwicklung der Landwirtschaft.



Der 30-Kilometer-Kreis um die Standorte bezeichnet das Gebiet, in dem infolge der Wiederaufbereitungsanlage die Einwohnerdichte nicht mehr als 60 Einwohner pro Quadratkilometer betragen soll und in dem keine Milchwirtschaft betrieben werden darf.

deraufbereitungsanlage die Einwohnerdichte nicht mehr als 60 Einwohner pro Quadratkilometer betragen soll und in dem keine Milchwirtschaft betrieben werden darf.

Die Wiederaufbereitungsanlage

Bis 1981/82 fallen nach den Plänen der Bundesregierung 2000 Tonnen Atommüll an, ab 1986 sind schon 4000 Tonren Atommüll zu lagern, dann sollen jährlich 1000 Tonnen dazukommen. Dieser Atommüll entsteht, weil die Brennstäbe in den Kernkraftwerken ausgewechselt werden müssen, wenn 40 bis 60 Prozent umgesetzt sind. Der noch brauchbare spaltbare Rest kann in besonderen Anlagen abgetrennt und neu aufbereitet werden. Die Wiederaufbereitungsanlage ist eine riesige chemische Fabrik. Sie soll auf einem 12 Quadratkilometer großen, hermetisch abgesperrten Gebiet errichtet werden. Zur Ablagerung des nicht mehr brauchbaren Teils wird ein Salzstock direkt unter der Anlage gebraucht. Danach wird in Niedersachsen momentan gebohrt. Die Wiederaufbereitungsanlage gibt etwa tausend Mal soviel Radioaktivität ab an die Luft wie die Kernkraftwerke, deren Müll sie verarbeitet.

Im Normalbetrieb fallen für die berechnete Betriebsdauer von 15 Jahren über 57000 Kubikmeter radioaktive Abfälle an, zusätzlich noch schwach aktive. Die größten Gefahren gehen von den gasförmigen Abfällen aus.

Weil besonders für Krypton keine Anlagen existieren, die das Freiwerden radioaktiver Gase verhindern (Rückhalteanlagen), soll zur Verteilung der Gase ein 200 oder 400 Meter hoher Schornstein gebaut werden, je nach Stand der Rückhaltetechnik bei Baubeginn.

In die Luft entweichen: Krypton 85, Jod 129, Tritium, Strontium. **Krypton 85** gelangt mit Atemluft in die Lungen, löst sich im Blut und ist dadurch im ganzen Körper radioaktiv. **Tritium** wirkt nicht direkt, sondern löst Erbänderungen aus, die sich erst eine oder zwei Generationen später feststellen lassen. **Jod 129** fördert die Entstehung von Kehlkopfkrebs. Es ist vorgesehen, in einem Umkreis von 30 Kilometern um die Anlage eine Einwohnerdichte von 60 Einwohner pro Quadratkilometer herzustellen, „um die jährliche Strahlenbelastung der im Umkreis wohnenden Bevölkerung in Grenzen zu halten“. „Ferner darf in diesem Raum auch keine Milchwirtschaft betrieben werden.“ (VDI-Nachrichten vom 27.2.76)

Die flüssigen Abfälle werden in Fässern gelagert. Nach 20 bis 40 Jahren müssen die Fässer wegen der Strahlung, der Säurewirkung und der Wärme, die durch die Radioaktivität entsteht, ausgewechselt werden. Diese Fässer sollen wie die festen Abfälle in Salzstöcken eingelagert werden, um die Verbindung mit Grundwasser zu verhindern. Dabei ist unklar, wie sich die hohen Temperaturen auf das Salz auswirken. Zudem ist die Grundwassersicherheit der Salzstöcke nicht gesichert. In der bisherigen Lagerstätte Asse bei Wolfenbüttel sind zwei von drei Stollen abgesoffen.

Die Anlage selbst muß nach 15 Jahren aufgegeben werden, weil das Material spröde wird durch die Strahlung. Die nicht abzureißenden Teile sollen wahrscheinlich auf Jahrhunderte als einbetonierte Klötze in der Landschaft stehen. Über dem gleichen Salzstock soll dann neben der alten eine neue Anlage gebaut werden.

Weil der Bau nicht neben Flüssen möglich ist (dort gibt es keine Salzstökke), wird die Entnahme von jährlich 1,2 Millionen Kubikmetern Kühlwasser wahrscheinlich aus dem Grundwasser erfolgen müssen. Das senkt den Grundwasserspiegel und führt zur Versteppung von Wald und Boden. – (Redaktion nach der Broschüre „Kein Atommüll-Lager – Keine Wiederaufbereitungsanlage“, die von den Bezirksorganisationen Bremen und Hannover des KBW in zweiter Auflage herausgegeben wird.)



Über 400 Arbeiter, Bauern, Schüler und Studenten trafen sich am Sonntag, 26.9., auf dem besetzten Bauplatz in Lichtenmoor, um die nächsten Schritte zu beraten, die sie unternehmen wollen. In der Woche vorher war ein Bohrtrupp verjagt worden. (Siehe auch Seite 11)

Klöckner Bremen

Die Arbeiter bereiten den Lohnkampf vor

Bremen. Auf der letzten Betriebsversammlung im Juni hatte der Werksvorstand die Belegschaft durch Aufschwungreden, Mitbestimmungsjubiläum und kleine Zugeständnisse auf die Klassenversöhnung einschwören wollen. Arbeitsdirektor und Betriebsrat arbeiteten sich dabei gegenseitig in die Hände. Dieser Versuch wurde von der Belegschaft durchkreuzt, indem sie ihre Forderungen nannte: Lohngruppe 8 für Kranfahrer, keine Schichtausweitung und mehr Lohn. Seither hat die Bewegung im Betrieb einen weiteren Aufschwung genommen: Streik der Schlosser gegen zu niedrige Prämie, Protest gegen die Rationalisierung an der Warmbreitbandstraße und gegen die Arbeitsbedingungen in der Flämmerei, gegen das Runterfahren der Warmbandverteilanlage auf nur eine Schicht, was für die dort bleibenden Arbeiter einen Lohnverlust bis zu 70 Pfennig pro Stunde bedeutet. Die Schichtausweitung konnte nur mit Hilfe des Betriebsrates gegen den Widerstand der betroffenen Arbeiter durchgesetzt werden. All dies zeigt die Kampfbereitschaft der Arbeiter.

All diese Bewegungen gilt es im einheitlichen Kampf aller Stahlarbeiter für mehr Lohn zusammenzufassen. Das wird von vielen Arbeitern so gesehen. Die Kapitalisten versuchen das zu verhindern, zum einen indem sie Einzelnen gegenüber Zugeständnisse machen, wie zum Beispiel in der Abteilung Qualitätszentrale, wo ein Teil der Arbeiter Lohngruppe 8 erhalten hat, die übrigen aber nichts. Zum anderen indem sie versuchen, die wachsende Kampfbereitschaft zu zersetzen durch gezielte Gerüchte über neue Kurzarbeit und so weiter. Das war auch die Aufgabe des Arbeitsdirektors und die Stoßrichtung seines Berichtes auf der Betriebsversammlung in der vergangenen Woche.

Der „Aufschwung" sei „in Urlaub gefahren" und wer das nicht glauben wolle, für den werde es ein böses Erwachen geben. Und „wir müßten die Schwierigkeiten in bewährter Weise gemeinsam überwinden". Zudem – die Arbeiter trauten ihren eigenen

sammlung in der vergangenen Woche.

Der „Aufschwung" sei „in Urlaub gefahren" und wer das nicht glauben wolle, für den werde es ein böses Erwachen geben. Und „wir müßten die Schwierigkeiten in bewährter Weise gemeinsam überwinden". Zudem – die Arbeiter trauten ihren eigenen

Augen nicht, der Kauf der Maxhütte für 137 Millionen DM sei in ihrem Interesse. Dabei hat der Arbeitsdirektor herausgelassen, daß der Bau einer neuen Beize für das Bremer Kaltwalzwerk soviel kosten würde wie die erste Rate für den Kauf der Maxhütte.

Unter dem Beifall der Arbeiter trat auf der zweiten Versammlung ein Mitglied der KBW-Betriebszelle gegen die Rede des Arbeitsdirektors auf und verwies auf die Überstunden und die Unterbesetzung in der Produktion und betonte die Notwendigkeit einer kräftigen Lohnerhöhung. Daß der Kauf der Maxhütte für die Arbeiter nur verschärfte Ausbeutung bedeutet, machte er deutlich am Beispiel der Beize, wo eben keine neue Beize gekauft wird, sondern die Arbeiter unter der Drohung mit Auslagerung der Produktion und Stillegung auf Conti-Schicht getrieben wurden. Er forderte den Betriebsrat auf, sich mit den Arbeitern der Maxhütte solidarisch zu erklären und klarzustellen, daß die Schinderei nirgendwo hingenommen wird.

Der Vertreter der IG Metall versuchte die Arbeiter für die „Entkrampfung der Lohndiskussion" durch Aufstellung der Forderung erst nach der Wahl zu gewinnen.

Beifall erhielt nicht er, sondern ein Arbeiter, der erklärte, daß er es besser gefunden hätte, schon jetzt die Lohnforderung zu nennen, damit man noch vor der Wahl sehen könne, wie die Parteien zu den Forderungen der Stahlarbeiter stehen.

Über die Rede des Mitglieds der Betriebszelle wurde am nächsten Tag im Betrieb viel gesprochen. „Das war richtig, denen muß mal ordentlich der Marsch geblasen werden", meinten die Arbeiter. Viele waren verwundert, daß es auf dieser Betriebsversammlung viel ruhiger gewesen sei als auf der letzten. Für die Reformisten und Revisionisten ist das der Beweis dafür, daß die Arbeiter nicht kämpfen wollen. Das gerade Gegenteil ist der Fall. Die Situation im Betrieb ist außerordentlich gespannt.

Praktische Vorschläge für den Kampf sind gefordert. Oder, wie kürzlich ein Arbeiter im Warmwalzwerk meinte: „Wenn die Kranfahrer anfangen sollten zu streiken, dann fliegen hier überall die Brocken." – (t., Betriebszelle Klöckner)

Lohnbewegung in der Stahlindustrie

Klöckner Osnabrück

Die Angestellten lehnen die spalterische Leistungsbewertung ab

Osnabrück. Am Dienstag, den 21. September 1976, fand bei Klöckner Georgsmarienhütte eine Angestelltenversammlung statt. Sie mußte auf Druck der Angestellten durchgeführt werden. Der Anlaß war die Einführung der Leistungsbewertung für Angestellte im Klöckner-Konzern (siehe KVZ Nr. 31/1976). Etwa 400 waren gekommen.

Der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende Sandkämper versuchte das Bewertungssystem zu verkaufen. Er kannte die Unzufriedenheit unter den Angestellten. Immer wieder betonte er, wie schwierig und langwierig die Verhandlungen mit dem Vorstand gewesen sind. Mit Sprüchen wie: „Wir müssen jetzt damit leben und das Beste draus machen" versuchte er dem Unmut der Kollegen die Spitze zu brechen. Das gelang ihm aber nicht. Als er seine Ausführungen beendet hatte, meldete sich sofort ein Angestellter zu Wort, der die angestrebte Normalverteilung der Punkte angriff und das Prinzip mit der Aussortierung von Schrauben verglich, wonach von z.B. 100 Schrauben der statistischen Wahrscheinlichkeit nach 20 Prozent Schrott zu erwarten sind, für Schrauben könnte das wohl hinkommen. Hierfür erhielt er reichlich Beifall

So sieht eine Normalverteilung aus:

In den „Erläuterungen", die der Vorstand für seine „Leitenden" herausgegeben hat, steht dazu: „Die Normalverteilung bedeutet, daß im Durchschnitt pro Mitarbeiter 40 Punkte zur Verfügung stehen. (...) Die Personalabteilung wird darauf achten, daß folgende Häufigkeitsverteilung im Werksdurchschnitt als Richtschnur eingehalten wird:

bis 16 Pkte.	8 %	der Tarifangest.
17 – 32 Pkte.	23 %	der Tarifangest.
33 – 48 Pkte.	36 %	der Tarifangest.
49 – 64 Pkte.	25 %	der Tarifangest.
65 – 80 Pkte.	8 %	der Tarifangest.

Die Kapitalisten wollen die Illusion erzeugen, daß die Zulagen erhöht werden können. Sie haben aber den Rahmen so festgelegt, daß die Punkteverteilung auf die Angestellten insgesamt sich nicht ändert. Damit spalten sie die Angestellten, um auf diesem Wege verstärkte Arbeitshetze für alle durchzusetzen. Der Betriebsrat kritisiert, weil er die Versammlung so spät einberufen hatte, da die Vereinbarung bereits am 18. Mai 1976 vom Gesamtbetriebsrat angenommen wurde. Sandkämper meinte darauf: „Die Versammlung hätte dann stattfinden müssen, als die Belegschaftsversammlungen waren, und zwei Versammlungen hätte man vom Arbeitgeber nicht verlangen können." Daraufhin meinte ein Angestellter: „Es ist immer wieder das gleiche; die Belegschaft wird vor vollendete Tatsachen gestellt, und hinterher versucht der Betriebsrat es den Kollegen zu verkaufen." Dieser Beitrag fand breite Zustimmung. Worauf Sandkämper wieder versuchte, die „Vorzüge" anzupreisen.

Der Gesamtbetriebsrat habe dieser Vereinbarung zugestimmt, weil damit übertarifliche Bestandteile des Gehaltes tariflich abgesichert werden sollen, was die Gewerkschaft ja schon immer gefordert habe. Da hat sicher niemand was dagegen, aber warum der Gesamtbetriebsrat nicht die volle Absicherung der jetzigen 130 DM (durch die Leistungszulage wird nur ein Teil abgesichert) gefordert hat, die jeder Angestellte erhält, wurde er daraufhin gefragt. Der Werksvorstand hätte einen einheitlichen Betrag für alle strikt abgelehnt, ebenso getrennte Verhandlungen für die einzelnen Werke, bei Scheitern der Verhandlungen hätten die Werksvorstände geeignete Maßnahmen für die Durchsetzung ergriffen, deshalb habe man dem Kompromiß zugestimmt, war seine Antwort. In allen Beiträgen der Angestellten wurde die Leistungsbewertung und das Vorgehen des Betriebsrates scharf angegriffen.

Da sich die Leistungszulage auf das Tarifgehalt bezieht (z.B. 36 Punkte gleich 3,6 Prozent des Tarifgehaltes), erhält ein K/T 2-Angestellter bei gleicher Punktezahl nur etwa halb soviel wie ein K/T 6-Angestellter. Den Kapitalisten ist so Spielraum für alle möglichen Spaltungsmanöver gegeben. Die Klöckner-Kapitalisten haben sich das Recht vorbehalten, den übertariflichen Teil jederzeit zu streichen, und dann sind die Kollegen unterschiedlich betroffen. Der größte Teil der Angestellten ist auf die 130 DM angewiesen, gerade in den unteren Tarifgruppen ist der tariflich abgesicherte Teil auch am niedrigsten.

Zum Schluß wurde Sandkämper gefragt, warum der Werksvorstand die einheitlichen Beträge abgelehnt hätte. „Ich bin nicht dabeigewesen und weiß es auch nicht", sagte er.

Nachlesen kann man es in den „Erläuterungen": „Eine persönliche Mehrleistung sollte berechtigterweise mit einer besonderen Zulage zum Tarifgehalt belohnt werden." Die Arbeitshetze zu verschärfen und die Lohnabhängigen zu spalten: Das ist das Ziel der „Leistungszulage" für Angestellte. – (Zelle Klöckner Osnabrück / Georgsmarienhütte / Red.)

Siemens Bruchsal:

3000 demonstrierten gegen Entlassungen

Siemens Bruchsal:

3000 demonstrierten gegen Entlassungen



Bruchsal. Die machtvolle Demonstration der Siemens-Arbeiter gegen die Entlassungen war ein Schlag gegen die Pläne der Kapitalisten.

Bruchsal. Gegen ihre Entlassung bei Siemens Bruchsal demonstrierten am letzten Samstag 3000 Arbeiter und Angestellte von Siemens Bruchsal, unterstützt durch andere Lohnabhängige aus Bruchsal. Aufgerufen hatte die IG Metall und der Vertrauensleutekörper der Belegschaft von Siemens Bruchsal.

Die Demonstration zeigte die Entschlossenheit und die Kampfkraft der Arbeiter, Entlassungen bei Siemens Bruchsal zu verhindern! „Eins – zwei – drei – vier – alle Arbeitsplätze bleiben hier; fünf – sechs – sieben – acht – sonst wird ganz groß Rabatz gemacht" – lautete eine der lautstark gerufenen Parolen auf der Demonstration. Gegen wen sich der Kampf richtet, kam in weiteren Parolen zum Ausdruck: „Bei Siemens füllen sich die Kassen – und dafür werden wir entlassen!" Und: „Ihr Gewinn ist riesengroß – darum sind wir arbeitslos."

Schon in den vergangenen Monaten hatten Arbeiter bei Siemens Bruchsal durch kurzfristige Arbeitsniederlegungen, durch Warnstreiks und eine Demonstration durch das Werk Kampfschritte gegen die Entlassungen und die drohende Stillegung des Werkzeugbaus unternommen.

Der Demonstrationstermin war umstritten. Die CDU versuchte über KAB-Vertreter (Katholische Arbeitnehmerbewegung) durchzusetzen, daß die Demonstration erst nach dem 3. Oktober stattfinden solle, angeblich, um die Aktion aus der Parteipolitik herauszuhalten. Betriebsrat und IG Metall bestanden unter dem Druck der Arbeiter auf dem Termin vor dem 3. Oktober, weil am 1. Oktober das neue Betriebsjahr bei Siemens beginnt, das wichtige Entscheidungen des Siemens-Konzerns auch für Bruchsal bringen wird, zum Beispiel welcher Werkzeugbau geschlossen wird, Bruchsal, München oder Westberlin. Die Arbeiter richten ihre Kampfaktionen eben nicht an Wahlterminen zu bürgerlichen Parlamenten aus, sondern nach den Erfordernissen des Klassenkampfes.

Jetzt am Samstag auf der Demonstration durch die Innenstadt von Bruchsal haben die Arbeiter von Siemens (Bruchsal) ihre Kampfkraft gegen die Profitinteressen des Siemens-Konzerns zum Ausdruck gebracht.

Sie haben die Versuche der Pfaffen, sich an die Spitze der Bewegung zu setzen, vereitelt.

Der von ihnen geplante ökumenische Gottesdienst fand nicht statt.

Die Arbeiter bei Siemens Bruchsal haben in den letzten Jahren die Erfahrung gemacht, daß Abwarten und Stillhalten gegenüber der Salami-Taktik der Siemens-Kapitalisten beim „Personalabbau" nichts nützt: So sind von 1971 bis 1976 bei Siemens Bruchsal über 2000 Arbeitsplätze vernichtet worden. In den letzten Monaten sind darüber hinaus Hunderte von Arbeitern umgesetzt worden, indem Facharbeiter auf die Akkordplätze entlassener ausländischer Arbeiter gesetzt wurden. Dort mußten sie, weil ihre Fähigkeiten in der Genauigkeit der Arbeit liegen und nicht in der Schnelligkeit, Lohneinbußen bis zu 650 DM hinnehmen! Schon jetzt ist der durchschnittliche Nettolohn auf 1350 DM herabgedrückt worden. Für die Siemens-Kapitalisten sind diese Maßnahmen die Vorbereitung auf die Umstellung der Produktion von elektromechanischen auf elektronische Systeme. Obwohl die Arbeitszeit durch den technischen Fortschritt enorm verkürzt wird, haben die Arbeiter keinen Nutzen davon. Der technische Fortschritt dient dem Siemens-Konzern nur dazu, den Konkurrenten auf dem Weltmarkt zu schlagen, und mit seiner Hilfe die Profite zu erhöhen.

Die machtvolle Demonstration der Siemens-Arbeiter war ein Schlag gegen die Pläne der Kapitalisten, die Belegschaft in Bruchsal bis 1977 auf 3750 und nach Einführung der neuen Technik, der Elektronik, auf 1800 Beschäftigte zu verringern.

Die Kampfmaßnahmen der Arbeiter und Angestellten von Siemens Bruchsal sind ein weiteres Beispiel dafür, daß die Arbeiter eines Betriebs die Entlassungen werden verhindern können, wenn sie im einheitlichen Kampf ihre Stärke entfalten. – (d., Bruchsal/Red.)

Meldungen

In der Metallindustrie: Gespräche über „vermögenswirksame Leistungen". Ohne daß ein Ergebnis mitgeteilt worden wäre, haben Gesamtmetall und IGM-Führung ihre Gespräche über „vermögenswirksame Leistungen" und Sonderzahlungen (Weihnachtsgeld) am Montag auf den 20. Oktober vertagt. Die Kapitalisten wünschen, daß die Verhandlungen über alle tariflichen Regelungen mit den Lohnverhandlungen zusammengezogen werden. Ihr Ziel ist dabei, mit Hilfe der „vermögenswirksamen Leistungen" Lohngelder über die Banken in ihre Verfügung zu bringen und diese Lohngelder gleichzeitig gegen die Forderungen zum Lohntarif auszuspielen. Die IGM-Führung lehnt den Worten nach die Zusammenlegung der Verhandlungen ab. Der Sache nach betreibt sie diesen Betrug seit Jahren mit, indem sie sich überhaupt auf „vermögenswirksame Leistungen" eingelassen hat. Das Manöver der Kapitalisten wie die Taktik der IGM-Führer kann durchkreuzt werden, wenn in den Betrieben und durch die Vertrauensleutekörper rechtzeitig die Lohnforderungen besprochen und aufgestellt werden. Es müssen Forderungen in Mark und Pfennig sein, um der Verelendung der unteren Schichten der Metallarbeiter entgegenzuarbeiten, die Einheit herzustellen und den Spielraum für Betrügereien bei den Verhandlungen einzuschränken.

Die europäischen Stahlkapitalisten haben jetzt einen neuen „Verband der Stahlverbände" gebildet, nachdem zunächst die Stahlkapitalisten der BRD, Luxemburgs und der Niederlande einen eigenen Verband gebildet hatten. „Die Franzosen beklagten lauthals die Gefahr eines gegen sie gerichteten germanischen Kartells, was in der Tat der Sinn des Unternehmens war." (Stuttgarter Zeitung) Der jetzige Monopolistenverband umfaßt alle westeuropäischen Stahlkapitalisten. Er soll die Einhaltung von Produktionsquoten und Mindestpreisen erzwingen. Die Stahlkapitalisten schränken die Konkurrenz untereinander nur ein, um den Druck auf die Arbeiter wie ihre Position auf dem Markt gegenüber den nichteuropäischen Konkurrenten und den Abnehmern zu verstärken. Innerhalb des Kartells geht der Kampf um die Vorherrschaft weiter. Er wird sich jetzt auf die Festsetzung der Produktionsquoten und der Mindestpreise zuspitzen. Die zunehmende Kartellierung der Stahlindustrie ist nichts als Zeichen für die Überholtheit der kapitalistischen Produktionsweise: Die Profitproduktion kann nur noch durch Einschränkung der Produktion von materiellem Reichtum gesichert werden.

auf die Festsetzung der Produktionsquoten und der Mindestpreise zuspitzen. Die zunehmende Kartellierung der Stahlindustrie ist nichts als Zeichen für die Überholtheit der kapitalistischen Produktionsweise: Die Profitproduktion kann nur noch durch Einschränkung der Produktion von materiellem Reichtum gesichert werden.

Kurzarbeit bei den Stahlwerken im Saarland. Die Stahlkapitalisten haben für mehrere tausend Stahlarbeiter im Saarland Kurzarbeit ab Oktober beschlossen. Bei den Neunkircher Eisenwerken rund 2000 von 8500 Beschäftigten, bei Röchling-Burbach, Völklingen, 2700 von 21500. Für weitere Betriebe wird Kurzarbeit vorbereitet. Die Stahlproduktion geht zurück. Durch die Kurzarbeit gehen die Kapitalisten daran, die Profite zu erhöhen. Sie steigern während der Kurzarbeit die Arbeitshetze, um die Tonnenleistung pro Schicht zu erhöhen. (Süddeutsche Zeitung, 25.9.76)

Das Rheinisch-Westfälische Insititut für Wirtschaftsforschung (RWI) hat jetzt verlauten lassen, das „Haupthindernis auf dem Weg zur Vollbeschäftigung und Stabilität" liege bei den Lohnkosten. Käme es im Jahr 1977 „auch nur zu den gleichen Lohnerhöhungen wie in diesem Jahr", dann werde „man kaum mit Fortschritten beim Abbau der Arbeitslosigkeit und der Stabilisierung des Preisniveaus rechnen dürfen". Es handelt sich bei diesem Ergebnis kapitalistischer Wirtschaftsforschung um bewußte Lüge. Für den internen Gebrauch der Kapitalisten stellt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in seinem jüngsten Wochenbericht „stabile Produktionskosten in der verarbeitenden Industrie" fest. Es sei den Kapitalisten gelungen, die „Lohnstückkosten" wie auch die „Kapitalstückkosten" beträchtlich zu senken. „Dabei gelang es der Industrie, ihre Preise wieder stärker zu erhöhen und damit ihre Erlössituation deutlich zu verbessern." Die Senkung der Lohnstückkosten sei „sowohl durch die Lohn- und Gehaltsentwicklung als auch durch die kräftige Zunahme der Arbeitsleistung je Stunde bedingt". Auf diese Verschärfung der Ausbeutung geht auch die Senkung der „Kapitalstückkosten" zurück, in der einfach zum Ausdruck kommt, daß es den Kapitalisten gelungen ist, durch Intensivierung und Ausdehnung der Arbeit ihre Maschinerie profitabler zu nutzen. Durch Verschärfung der Ausbeutung konnten die Kapitalisten ihre Kosten so im ersten Halbjahr 76 um über 16 % und im zweiten Halbjahr um über 11 % gegenüber dem Vorjahr senken. Es ist gut verständlich, daß die Kapitalisten diesen Weg der Verschärfung der Ausbeutung weiter beschreiten wollen. Die Methode schafft keine Arbeitsplätze, wie die Kapitalisten behaupten, sondern geht gerade Hand in Hand mit Entlassungen. Das ist die Erfahrung von Millionenmassen von Arbeitern.

Stahlwerke Peine/Salzgitter. Zum 31. Oktober hat die IG Metall die Lohn- und Gehaltstarife gekündigt. Ebenfalls den Vertrag über die Ausbildungsvergütungen.

Hannover. Erklärung von Conti-Arbeitern gegen Verleumdung durch die DKP. Die DKP hat den Conti-Arbeiter Jupp Predatsch als „Feind der Conti-Arbeiter" bezeichnet. Dies in einem achtseitigen Machwerk, in dem die DKP den Genossen Held, Mitglied des KBW und Kandidat zu den Bundestagswahlen in Hannover, als „Agent des Verfassungsschutzes" angreift. Die Arbeiter der Abteilung von Predatsch, mit denen er bei Conti Vahrenwald in der Reifenheizung arbeitet, haben jetzt eine Erklärung gegen die DKP an alle schwarzen Bretter ausgehängt: „Mit Empörung haben wir davon Kenntnis genommen, daß die DKP unseren Kollegen Predatsch als ‚Verfassungsschutzagent' und ‚Provokateur' bezeichnet, der ‚auf der Conti praktisch im Interesse der Konzernleitung tätig geworden' sei. Wir kennen den Kollegen Predatsch seit vielen Jahren durch die Arbeit in der gleichen Abteilung, wir kennen ihn als einen Kollegen, der immer auf unserer Seite stand und sich immer für uns eingesetzt hat. Wir weisen deshalb die Verleumdungen der DKP gegen den Kollegen Predatsch als Angriff auf uns alle mit Entschiedenheit zurück." Jetzt hat die DKP ein ähnliches Machwerk gegen einen Unterzeichner eines Aufrufs der Gruppe Rote Fahne (KPD) verbreitet.

Auf dem 10. IG Chemie-Gewerkschaftstag vom 19. bis 25.9. lagen drei Anträge zur ersatzlosen Streichung des § 218 vor. Die Antragskommission empfahl eine „Umformulierung" des Antrags 54 aus Nordrhein, der die ersatzlose Streichung forderte, zur Annahme, nämlich die Fristenregelung und Aufklärung über Verhütungsmittel. Vier Redner sprachen für ersatzlose Streichung. „Unsere eigenen Löhne und Gehälter unter Hinzuziehung von Mietpreisen und Preissteigerungen setzen unserem Wunsch nach Nachwuchs Schranken." „Strafe hat hier nichts zu suchen." In der Debatte wurden viele, die auf dem letzten Gewerkschaftstag noch für die Fristenregelung gestimmt hatten, von der Forderung nach ersatzloser Streichung des § 218 überzeugt. Mit einem Antrag auf Schluß der Debatte wurde eine weitere Entwicklung der Auseinandersetzung verhindert. 171 Delegierte stimmten gegen die Empfehlung der Antragskommission, dem Antrag auf Fristenlösung zuzustimmen. 209 stimmten dafür. Gegen zahlreiche Anträge, die eine Festlegung der Gewerkschaft auf konkrete Forderungen bedeuten, hat die Gewerkschaftsführung den Antrag 216 durchgesetzt. Mit seiner Annahme wurden zahlreiche Anträge für erledigt erklärt, so die Forderung, Maßnahmen zur Durchsetzung der 35-Stunden-Woche in der gesamten IG Chemie einzuleiten. Stattdessen soll jetzt eine „Verkürzung der Arbeitszeit", der 7-Stunden-Tag „auf Sicht gesehen angestrebt" werden.

Hamburg / Abschluß in der Holzindustrie. In der Hamburger Holz- und Kunststoffverarbeitenden Industrie wurden 6,3 % mehr Lohn gleich 60 Pfennig auf den Facharbeiterecklohn abgeschlossen. Für einen Tischlergesellen im Tariflohn macht das im Monat runde 110 DM. In einer betrieblichen Abstimmung bei Steinway lehnte ein Viertel der Belegschaft den Abschluß als zu niedrig ab.

Mannheim. Unterschriften gegen das schlechte Kantinenessen. Seit Anfang des

Mannheim. Unterschriften gegen das schlechte Kantinenessen. Seit Anfang des Jahres haben die Boehringer-Kapitalisten die Werkskantine an eine Großküche verpachtet. Sie zahlen nur noch einen geringen Essenszuschuß und sparen mehrere hunderttausend DM. Die Großküche liefert minderwertiges Essen. Mehrere hundert Unterschriften wurden unter der Forderung nach besserem Kantinenessen gesammelt. Die Geschäftsleitung mußte reagieren und trat in Verhandlungen mit dem Kantinenpächter. Ab und zu kommt jetzt ein besseres Essen auf den Tisch. Insgesamt hat sich aber nicht viel geändert. Eine Abteilung hat beschlossen, daß die Forderung nach Verbesserung des Kantinenessens auf der anstehenden Betriebsversammlung vorgetragen wird und beschlossen werden soll.

9 Prozent weniger Lebensmittel haben die Lohnabhängigen in diesem August gegenüber August 1975 gekauft. In einem Bericht über die Umsätze des Facheinzelhandels, zu dem auch die Warenhäuser, Konsumgenossenschaften, Filialbetriebe und der Versandhandel gehören, konnte man lesen: Der Umsatz an Lebensmitteln, preisbereinigt, sank in diesem Vergleichsmonat um 9 Prozent. Für Januar bis August 1976 gegenüber Januar/August 1975 sank der Umsatz an Lebensmitteln um 2 Prozent. Bei Schuhen und Textilien um 1 %. (Frankfurter Rundschau, 24.9.76) Die Lohnraubpolitik der Kapitalisten zwingt die Lohnabhängigen dazu, statt Butter billige Margarine und billige Wurst einzukaufen

Steigende Preise. Der „Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen", den das Statistische Bundesamt monatlich veröffentlicht, ist im August um 4,5 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Daß das noch beschönigend ist, sieht man daran, daß der amtliche Preisindex für „2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern" gegenüber August 1975 um 5,2 %, für die „einfache Lebenshaltung eines Kindes" um 8,3 % gestiegen ist. Die Preise steigen dort am schnellsten, was unmittelbar zur Ernährung und Reproduktion gebraucht wird. Um 87,6 % teurer sind Kartoffeln geworden, 40,3 % Frischgemüse, Eier 14,1 %, frisches Fleisch um 6,3 %. Die örtlichen Verkehrsmittel haben mit 10,9 % zugelangt. Das alles schränkt die Reproduktion der Massen direkt ein. (Daten: Bundesanzeiger 173)

Anhänge zum Druckmanteltarif

Die Forderung nach dem 7-Stundentag schließt die Druckarbeiter zusammen

Stuttgart. Die Verhältnisse in der Druckindustrie erfordern, daß wir die Kündigung der Anhänge zum Manteltarif der Druckindustrie durch die IG Druck und Papier nutzen, um der verschärften Ausbeutung unserer Arbeitskraft neue Schranken zu setzen. Die Kritik an der Forderung „Nicht mehr als 4 Stunden am Perforator", aufgestellt in einem Artikel der Genossen bei der „Bergedorfer Zeitung" ist richtig. (Siehe KVZ Nr. 38/76)

Hier im Druckzentrum Möhringen (Stuttgart) werden wir an neuesten Maschinen ausgebeutet. Der Perforator-Satz, der (siehe KVZ Nr. 36 und 38) bei der „Bergedorfer Zeitung" jetzt erst eingeführt wird, wurde hier bereits wieder abgeschafft. Die Satzherstellung erfolgt durch Texteingabe an einem Bildschirmgerät, welcher ihn in einem Computer speichert und für die Seiten-Montage ausdruckt.

Das ist nur ein Beispiel über die gegenwärtige Geschwindigkeit der entwicklungstechnischen Neuerungen. Umfassender berichtet die Gewerkschaftszeitung ständig über noch größere, noch schnellere und technisch ausgefeiltere Maschinen, seien es nun Maschinen der Druckvorlagenherstellung, Druckmaschinen oder der Weiterverarbeitung.

Das Streben der Kapitalisten nach dem Höchstprofit führt dazu, daß die Kapitalisten durch die neue Maschinerie unsere Arbeitskraft noch stärker auspressen als früher. Die Maschinen fordern alle mehr Konzentration und/oder Muskelkraft. Die Vielfalt und Verschiedenheit der Maschinen darf uns jetzt nicht dazu verleiten, das allgemeine aus den Augen zu verlieren. Das bedeutet, daß wir *generell* die Verkürzung des Arbeitstages auf 7 Stunden an 5 Arbeitstagen fordern, und diese Forderung durch besondere Spartenforderungen *ergänzen*. Allein viele Spartenforderungen aufzustellen hieße, das Wesentliche nicht erfassen, den Wald vor lauter Bäumen nicht zu sehen.

Der letzte Gewerkschaftstag der IG Druck forderte im Beschluß zur Tarifpolitik, alle Möglichkeiten zur Durchsetzung dieser Forderung zu nutzen. Die Möglichkeit besteht; der Siebenstundentag kann im allgemeinen Teil der Anhänge zum Manteltarif verankert werden.

Gegenwärtig wird im trauten Kreis des Hauptvorstandes die Forderung beraten, die ungefähr lautet: Für alle Schichtarbeiter 2 mal eine halbe Stunde bezahlte Pause; die erste nach der ersten Hälfte der Arbeitszeit, die zweite nach den 7 1/2 Stunden, mit der Möglichkeit, nach den 7 1/2 Stunden den Betrieb zu verlassen. (Verankert im allgemeinen Teil der Anhänge)

Diese allgemeine Forderung muß in den Vordergrund gerückt und öffentlich debattiert werden. Sie kann alle Kollegen zum gemeinsamen Kampf vereinen über Sparten-Besondernheiten hinweg. Das allgemeine Verbot der Überstunden müssen wir zusätzlich unbedingt fordern. Sonst bleibt den Kapitalisten weiterhin die Möglichkeit für mörderische 12-Stunden-Schichten. Ebenso muß eine Ausweitung dieser Forderung auf die Betriebe bzw. Arbeiter ohne Schichtarbeit verlangt werden. – (w., Druckzelle Möhringen)

Hamburg. Der Genosse von der „Bergedorfer Zeitung", der den Artikel in der KVZ Nr. 36 über die Arbeit am Perforator verfaßt hat, schreibt: „Ich stimme der Kritik zu. Gegen die Ruinierung der Arbeitskraft ist es richtig, die Einheit aller Druckarbeiter herzustellen unter der Forderung für den Siebenstundentag. Für die Perforatoren ist es richtig, zusätzlich ständlich zehn Minuten Pause zu fordern."

Einzelhandel Schleswig-Holstein

Weg mit dem staatlichen Lohndiktat!

Kiel. Am 3. September hat der Sozialminister Schleswig-Holsteins den Lohnraub-Abschluß der DAG allen Beschäftigten im Einzelhandel aufgezwungen. Das Tarifvertragsgesetz wurde angewandt und der Abschluß, der für die Mehrheit der Lohnabhängigen 3,5 bis 5,2 Prozent mehr Lohn bringt, für allgemein verbindlich erklärt.

Auf einer Veranstaltung des DGB am 15.9. in Kiel zur Bundestagswahl wurden die Kieler Bundestagskandidaten Gansel (SPD), Narjes (CDU) und Zumpfort (FDP) zur Stellungnahme gezwungen. Alle hatten sie in ihren Eingangsreferaten die volle Autonomie der Gewerkschaften zugesichert.

Das Gerede der bürgerlichen Politiker wurde entlarvt, als ein Kollege gleich im ersten Diskussionsbeitrag die Unterdrückungspolitik des Staates angriff und vom anwesenden Kieler DGB-Vorsitzenden Köpcke eine Stellungnahme gegen das staatliche Lohndiktat im Einzelhandel verlangte. Narjes (CDU) jammerte herum, daß doch auch die anderen Bundestagsparteien das Tarifvertragsgesetz in der Großen Koalition erneuert hätten, was stimmt. Gansel wollte uns weismachen, das Gesetz habe auch Gu-

hätten, was stimmt. Gansel wollte uns weismachen, das Gesetz habe auch Gu-tes gebracht, weil ja auch einzelne Kapitalisten durch die Zwangsverbindlichkeitserklärung gezwungen worden wären, den Tarifabschluß anzuerkennen, was sie sonst vielleicht nicht getan hätten. Zumpfort meinte nur, daß unsere Wirtschaft noch stärker werden müsse. „Schönen Dank für Lohnraub und Unterdrückung, ihr Herren Kapitalistenknechte'", rief ein anderer Kollege völlig richtig in den Saal. Gezwungen durch das Auftreten des Kollegen sagte der Kieler DGB-Vorsitzende Köpcke zu, daß der DGB alle notwendigen Kampfmaßnahmen gegen das Lohndiktat einleiten werde. Viel ist nach dieser Zusage nicht geschehen. Der Ortsvereinsvorstand und die große Tarifkommission der HBV sind zur Beratung nach Kiel zusammengerufen worden. Gegen das staatliche Lohndiktat haben die Lohnabhängigen den Kampf aufgenommen. Die Fachgruppe Buchhandel Kiel hat dieses staatliche Lohndiktat verurteilt und Kampfmaßnahmen gefordert.

Frankfurt. Am Sonntag letzter Woche demonstrierten 60 Mitglieder der Gewerkschaft HBV, Fachgruppe Buchhandel und Verlage, vor der Paulskirche, in der die Buchhandelskapitalisten ihren Friedenspreis verliehen. In Hessen gibt es keinen Tarifvertrag für die Lohnabhängigen im Bereich Buchhandel und Verlage. Gefordert wurde: Ein einheitlicher Tarifvertrag für Hessen! Bildungsurlaub und 13. Monatsgehalt! Geregelte Überstundenbezahlung! Außerdem wurde die Forderung vertreten: Weg mit den Paragrafen 130 a und 88 a!

de: Ein einheitlicher Tarifvertrag für Hessen! Bildungsurlaub und 13. Monatsgehalt! Geregelte Uberstundenbezahlung! Außerdem wurde die Forderung vertreten: Weg mit den Paragrafen 130 a und 88 a!

Resolution der HBV-Betriebsgruppe Neckermann-Reisen:

Die HBV-Betriebsgruppe Neckermann-Reisen verurteilt das staatliche Lohndiktat für die Arbeiter und Angestellten im schleswig-holsteinischen Einzelhandel aufs schärfste als einen Eingriff in die Tarifautonomie. Die DAG hat dabei den Steigbügelhalter für einen Abschluß gemacht, der vor allem die Minimallöhne der unteren Lohngruppen weiter drücken hilft. Wir verurteilen dieses Vorgehen der DAG, die damit ihrem Ruf als tradidionelles Instrument der Unternehmer zur Spaltung der Einheitsgewerkschaft voll gerecht wird.

Es besteht die Gefahr, daß dieses Mittel des staatlichen Eingriffs Schule macht. Dagegen müssen wir in der HBV die breite Bekanntmachung und Verurteilung dieses Vorgehens setzen, weil weitere solche Aktionen nur durch den geschlossenen Widerstand aller Beschäftigten der betreffenden Branche verhindert werden können. Wir richten daher diese Resolution auch an den Gewerkschaftstag 1976 der HBV, und zwar mit der Aufforderung:

1. das staatliche Lohndiktat in Schleswig-Holstein zu verurteilen,
2. im Reisebürogewerbe eine Vereinheitlichung der Vertretung aller Beschäftigten durch die HBV im DGB noch vor der nächsten Tarifrunde durchzuführen.

Die Delegierten des Reisebürogewerbes auf dem Gewerkschaftstag fordern wir daher auf, diese Resolution als Initiativantrag zu übernehmen und einzubringen.

Frankfurt am Main, 24.9.1976

Lohnsumme steigt

Lohnsteuersumme 1970–1975

Januar bis August 75 und 1976

7000 Mio
6000 Mio
5000 Mio
4000 Mio
3000 Mio
2000 Mio
1000 Mio

1970 1971 1972 1973 1974 1975 1975 1976

Die Lohnsteuersumme der ersten acht Monate des Jahres 1976 liegt um 4827,7 Mio DM, also um fast fünf Milliarden, über der Summe der ersten acht Monate des Vorjahrs. Die Zahlen der letzten sieben Jahre zeigen: starker Anstieg der Lohnsteuersumme von 1970 bis 1974 (1970: 35986 Mio, 1971: 42803 Mio, 1972: 49770 Mio, 1973: 61255 Mio, 1974: 71960 Mio DM). Nach dem leichten Abfall auf 71191 Mio DM 1975 ist der Anstieg nun steiler als zuvor und zeigt, was die Steuerreform tatsächlich an verschärfter Ausplünderung bedeutet für die Lohnabhängigen. Schon jetzt liegt der Teil des Lohns, den der bürgerliche Staat zur Unterdrückung der besitzlosen Klassen einbehält, in diesem Jahr bei 47460,8 Mio DM gegenüber 42633,1 Mio DM 1975, 11,3 % höher. Nach Ansicht des Finanzministeriums spiegeln sich darin „die verbesserte Beschäftigungssituation und die gestiegenen Löhne und Gehälter wider" (Frankfurter Rundschau, 22.9.). Die Räuber tarnen sich frech: Nachdem sie zunächst mit groß angekündigten Steuererleichterungen für die Lohnabhängigen durch die Steuerreform ideologischen Druck in den Lohnkämpfen zur Senkung des Lohns ausgeübt haben, wollen sie jetzt die tatsächliche Mehrausplünderung zum selben Zweck gebrauchen.

Großhandel Baden-Württemberg

Urabstimmung beantragt

Freiburg. Die Tarifkommission der HBV hat die Urabstimmung für die Mitglieder im Bereich Großhandel Baden-Württemberg beantragt. Seit dem 1. April herrscht tarifloser Zustand. Die Verhandlungen wurden im Juni ergebnislos abgebrochen. Die Spalterorganisation DAG hat einem Lohnraubabschluß von 5,8 % zugestimmt. Die HBV hatte eine Forderung von 135 DM aufgestellt.

Ende letzter Woche wurde von der HBV ein Flugblatt verteilt, in dem es unter der Überschrift „Urabstimmung beantragt" heißt: „Eine tarifpolitische Lagebeurteilung und die betrieblichen Gegebenheiten werden jetzt zu richtungweisenden Beschlüssen für eine neue Tarifrunde. (...) Verhandlungsgegenstand sind aber nunmehr die neuen Forderungen über Urlaubsdauer, zusätzliches Urlaubsgeld, Leistungszulagen und Strukturveränderungen in Gehalts- und Lohntarif." Im Klartext: Die HBV hat den Kampf für einen höheren Lohn gesteckt.

Die Lage im Großhandel spitzt sich zu. Während die Belegschaften von der Notwendigkeit des Kampfes gegen die Großhandelskapitalisten ausgehen, versucht die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung, diese vom Kampf abzuhalten. Während die Beschäftigten zum größten Teil für einen Lohn sogar noch unter dem Existenzminimum arbeiten, redet die Gewerkschaft von maßvoll und in Verantwortung gegenüber den Kapitalisten. Der Lohn von den Beschäftigten reicht gerade aus, um sich die Miete und das Allernotwendigste zu kaufen. Zum Beispiel bekommt eine Arbeiterin, Lohngruppe 1, über 21 Jahre, Lohnsteuerklasse I, Stundenlohn von brutto 5,98 DM, einen Nettolohn von gerade 735 DM inbegriffen 5,8 v.H. außertarifliche Zulage vom DAG-Abschluß. Die Gewerkschaft folgt dem Ruf der Kapitalisten nach wenig Lohn für die Arbeiter. Über die beschlossene Forderung für 135 DM hat sie nie Verhandlungen geführt, sondern je nach Lohngruppen 120 bis 150 DM. Dann ging sie runter auf 6 v.H. 90 DM. Jetzt hat sie eine ganz neue Taktik eingeschlagen. In ihrem neuesten Flugblatt taucht keine Forderung nach Lohnerhöhung auf. Sie versucht nun mit Forderungen zum Manteltarif zu spalten. Nach dem jetzt stattfindenden HBV-Gewerkschaftstag werden in einigen Betrieben Mitgliederversammlungen durchgeführt; wo man festlegen muß, Urabstimmung und Streik durchzuführen für die Forderung von 135 DM.

Göttingen Universitätskliniken – Vorbereitung der Personalratswahlen

Die ÖTV-Mitglieder beschließen: Einheitslisten und Programm

Göttingen. Über 60 Überstunden im August machte ein Pfleger in der Medizinischen Klinik. Ein Krankenpflegeschüler aus der Chirurgie berichtet: „Wir sind drei bis vier Pfleger auf 30 Patienten, da rennst du dir die Hacken wund.“ Das sind zwei Beispiele aus den Unikliniken Göttingen, nicht einmal die krassesten, was die Anzahl der 2000 Überstunden beweist, die allein die ca. hundert Schwestern und Pfleger der Medizinischen Klinik vom Januar bis August gemacht haben. Das ist die eine Seite, Überstunden und Verschärfung der Arbeitshetze. Dreißigprozentige Lohnkürzung bei den Sitzwachen; massive Rückstufung, damit verbundene Arbeitsplatzneubewertung sollen Anfang 1977 beim Einzug in das neue Klinikum durchgeführt werden. Das ist die andere Seite: der Lohn wird ständig gedrückt.

So stellt es sich der staatliche Dienstherr vor. Er kommt dabei aber nicht so recht voran. Denn die Klinikbelegschaft hat den Kampf dagegen aufgenommen: ein sechswöchiger Streik bei der Sitzwache gegen die Lohnkürzung Ende letzten Jahres, eine Demonstration mit 70 Teilnehmern für die 135 DM-Forderung der ÖTV während der Tarifauseinandersetzung 1976, Dienst nach Vorschrift gegen die steigende Arbeitshetze und Personalmangel auf der Neurochirurgischen Wachstation, Weigerungen von Schwestern und Pflegern, auf anderen Stationen zusätzlich Dienst zu schieben, Protestbriefe an Verwaltungsdirektor und Pflegedienstleitung gegen Arbeitshetze und Verschlechterung der Patientenversorgung.

Aus all diesen Kämpfen gegen den Dienstherrn ist die Belegschaft gestärkt hervorgegangen. Dabei ist die ÖTV an den Kliniken aufgebaut worden. Die Belegschaft hat sich klassenbewußte Sprecher bei den Vertrauensleutewahlen und bei Personalratswahlen (Medizinische Klinik) auf Grundlage eines Programms, das die Einheit gegen die Angriffe schmiedet, gewählt.

Sie hat sich nicht auf die Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen beschränkt, sondern in Leserbriefen und Interviews mit der Presse greifen ganze Stationsbelegschaften die Verrottung der medizinischen Versorgung an und machen den bürgerlichen Staat dafür verantwortlich. Der Staat geht mit Entlassungen vor, um der Bewegung den politischen Kopf zu nehmen, und so den Kampf der Belegschaft zu zerschlagen. Drei revolutionäre und klassenbewußte Angestellte wurden aus politischen Gründen entlassen. Gewerkschaftssitzungen in der Klinik wurden verboten, Bespitzelungen über die Pflegedienstleitung durchgeführt. Im Kampf dagegen stellen die Lohnabhängigen die Forderung auf: Weg mit dem KPD-Verbot, für politische und gewerkschaftliche Freiheiten im öffentlichen Dienst! Diese Forderung wurde in der Resolution der Kinderstation in der Nervenklinik gegen die Entlassung beschlossen.

Mit den im November anstehenden Personalratswahlen müssen alle diese Kämpfe gefestigt und die Einheit gestärkt werden. Um dies zu verhindern, ist die sozialdemokratische Gewerkschaftsfraktion angetreten und dem Dienstherrn zu Hilfe geeilt. Auflösung der Hauptabteilung Gesundheitswesen, Ausschlußanträge gegen zwölf ÖTV-Mitglieder, davon acht Vertrauensleute: So lautet der einstimmige Beschluß des ÖTV-Kreisvorstandes. Bis jetzt sind sie damit nicht weit gekommen.

Die 75 Teilnehmer der ÖTV-Mitgliederversammlung in der letzten Woche an den Universitätskliniken gab darauf die richtige Antwort: Für klassenbewußte kampfstarke Einheitsgewerkschaften! Weg mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen, die Vorbereitung der Tarifauseinandersetzung anpacken und die Personalratswahlen mit Einheitslisten auf Grundlage eines gewerkschaftlichen Programms angehen. Es gibt noch kein ausformuliertes Programm, aber es gibt eine Stoßrichtung, die klar ist. Volle Durchsetzung der 40-Stunden-Woche! Kampf gegen die Überstunden! Weg mit den Kurz- und Kettenverträgen! Einstufung aller Beschäftigten allein auf Grundlage des Tarifvertrages, keine außertarifliche Beschäftigung! Für gewerkschaftliche und politische Freiheiten im öffentlichen Dienst! Rechenschaftspflicht und Abwählbarkeit der Betriebsräte!

Mitglieder der SPD und ihrer Fraktion in der Gewerkschaft lassen sich zur Zeit auf keiner Sitzung mehr sehen. Sie schleichen im Betrieb herum, versuchen zu hetzen und zu integrieren gegen eine klassenbewußte Politik. Mitglieder der DKP verschwanden bei der ÖTV-Mitgliederversammlung schon vor der Abstimmung zu den Einheitslisten. Im Betrieb sagen sie jetzt, das sei nicht satzungsgemäß. Die KB-Nord-Leute stimmten zwar auf der Mitgliederversammlung allen Anträgen zu. Daß sie damit aber nicht viel vorhaben, zeigte sich gleich einige Tage später. Als es darum ging, die Listen in der Medizin aufzustellen, war ihnen dann „das Risiko“ doch zu groß. Warm anziehen, herumdiskutieren und die Personalratswahlen diesmal noch sausen lassen. Denn die Kollegen seien noch nicht soweit. Damit versuchten sie die Erstellung der Liste zu verhindern. Daß man auf solche Leute nur zu gut verzichten kann, zeigt die Entwicklung in der Nervenklinik. 13 ÖTV-Mitglieder, unorganisierte und ausgeschlossene, werden auf Grundlage eines gewerkschaftlichen Programms zu den diesjährigen Personalratswahlen kandidieren. – (Zelle Universitätskliniken)

GEW Westberlin

Die außerordentliche Bundesvertreterversammlung ist ein Schlag gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse

Westberlin. Vor knapp fünf Wochen ist in der Landesvertreterversammlung der GEW Westberlin die erforderliche Dreiviertelmehrheit für die Satzungsübernahme der GEW-Bund und der damit verbundenen Anerkennung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse nicht zustande gekommen. Ab 1. Oktober soll der Landesverband ausgeschlossen sein. In der ganzen GEW und den anderen DGB-Gewerkschaften hat sich der Protest gegen den Ausschluß des Landesverbandes erhoben. Unüberhörbar ist die Forderung nach einer außerordentlichen Bundesvertreterversammlung, die den Ausschluß des Landesverbandes zurücknehmen und die jetzige Bundessatzung als Instrument der Staatsfraktion in der Gewerkschaft zu Fall bringen kann.

In Westberlin wurde diese Forderung in acht GEW-Schulgruppen und einer GEW-Studentengruppe erhoben sowie auf einer Mitgliederversammlung in Wedding, wo mit neunzig Stimmen und zehn Enthaltungen die Revision auf einer außerordentlichen Bundesvertreterversammlung gefordert wurde. Schulrätin Eleonore Kujawa, Landesvorsitzende der GEW Westberlin, mußte auf dieser Sitzung ebenfalls zustimmen. Der Druck ist groß, wie Kujawa selber in der letzten „Berliner Lehrerzeitung“ zugeben mußte: „Der Ruf nach einer außerordentlichen Bundesvertreterversammlung wird wieder von vielen Seiten erhoben.“ Sie schreibt dort auch, daß sie sich über den Sinn einer solchen Forderung nicht auslassen möchte. Dazu sei die Situation zu ungeklärt, vor allem juristisch.

Im Landesvorstand Berlin wurde der Antrag auf eine außerordentliche Bundesvertreterversammlung mit 12 zu 13 Stimmen abgelehnt. Der tatsächliche Plan der SPD ist im Material zur Landesvertreterversammlung veröffentlicht. Kujawa will der Landesvertreterversammlung empfehlen, den Landesverband aufzulösen (zur kostenlosen Beschwichtigung: Doppelmitgliedschaft kann beibehalten werden) und am Jahresende eine neue Satzung mit einfacher Mehrheit auf einer Landesvertreterversammlung zu verabschieden, eine Satzung für eine neue GEW im DGB. Kujawa begründet ihren Antrag damit, die Lage in der GEW Westberlin sei katastrophal. Die Situation der Lehrer dränge auf Zusammenschluß im Kampf. Eine politische Antwort auf die Situation der GEW sei notwendig, keine juristische. Diese Antwort könne nur die Auflösung und der Übertritt sein.

Der Landesvertreterversammlung Hamburg am 27.9. gegenüber hatte sie dies auch vertreten. Verschwiegen hat sie die neuerliche Niederlage der Staatsfraktion nach dem Ausschlußbeschluß des Hauptvorstandes. Am 2.9. hatte Frister noch in der Berliner Abendschau erklärt: „Ich denke, daß wir im Laufe der nächsten Woche mehr als die Hälfte der Mitglieder aufgenommen haben, und glaube, daß in einem Prozeß von zwei bis drei Jahren die alte Mitgliedstärke wieder voll erreicht ist.“

Jetzt mußte Kujawa in ihrer Stellungnahme zur Situation in der GEW Berlin zugeben, daß bis zum 13.9. ganze 751 (in Worten: siebenhunderteinundfünfzig) von 13000 Lehrern übergetreten sind. In Hamburg, wo sie eingeflogen wurde, um den Beschluß für eine außerordentliche Bundesvertreterversammlung zu verhindern, behauptete sie, die überwältigende Mehrheit der Westberliner GEW-Mitglieder sei für die Übernahme der Bundesatzung und für den Eintritt in einen neuen Verband. Zusammen mit einem weiteren Vorstandsmitglied, Juche, und dem Vorsitzenden der niedersächsischen GEW Gallas stahl sie den Delegierten die kostbare Zeit zur Beratung.

Gallas breitete sich darüber aus, daß die Bundessatzung die Gewerkschaftsarbeit überhaupt nicht behindere und eine außerordentliche Bundesvertreterversammlung ohnehin die Beschlüsse von Mainz und Köln bestätige, daß die GEW in jedem Fall aber sowieso die Unvereinbarkeitsbeschlüsse nicht zu Fall bringen könne ohne den DGB.

Der Antrag auf außerordentliche Bundesvertreterversammlung fand keine Mehrheit. 60 von 380 Delegierten stimmten dafür. Der Antrag des Vorstandes, der erneute Verhandlungen für eine tragfähige Lösung durch den Hauptvorstand und Landesverband Berlin forderte, erhielt 180 Für- und 120 Gegenstimmen. Die übrigen Delegierten enthielten sich der Stimme.

Wenn diese Zeitung erscheint, hat die Landesvertreterversammlung in Westberlin, die am Mittwoch, dem 29.9. zusammentritt, wahrscheinlich schon entschieden. Die Vorstellung, daß durch das Gerichtsurteil, das dem GEW-Bundesvorstand den Ausschluß untersagt, jetzt erst mal noch etwas Zeit bliebe, ist nicht richtig. Frister und Kujawa haben einen minutiösen Plan. Danach wird in weniger als sechs Monaten eine neue GEW Berlin im DGB gegründet werden. Wählen werden dann nur diejenigen können, die schon ein halbes Jahr Mitglied sind in der GEW, das heißt diejenigen, die jetzt übergetreten sind, vor allem also die Staatsfraktion. Die gesamte Funktionärsebene soll umgewälzt werden im neuen Verband zugunsten der Sozialdemokratie.

Nach dem 30. September ist die GEW-Berlin gemäß Beschluß des Hauptvorstandes Bund nicht mehr in der GEW Bund. Eine danach erhobene Forderung nach Revision hätte zwar noch politisches Gewicht, würde aber nicht mehr zu eventuell anderen Voten aus anderen Landesverbänden nach einer außerordentlichen Bundesvertreterversammlung hinzugezählt. Über diesen Zeitpunkt wollen die Sozialdemokraten Frister und Kujawa den Landesverband Berlin hinweghieven. Ihnen wäre der einmalige Coup gelungen, 13000 Mitglieder innerhalb der DGB Gewerkschaften das Revisionsrecht gegen ihren Ausschluß unter den Füßen wegzuschlagen. Das hätte Auswirkungen auf weitere Ausschlüsse, die die Staatsfraktion zwangsläufig im gesamten Bundesgebiet planen muß, wenn sie die Gewerkschaft dem bürgerlichen Staat unterwerfen will.

Die Interessen der Lehrer, der GEW-Mitglieder sind dieser Politik direkt entgegengesetzt. Die Beschlußfassung zahlreicher GEW-Körperschaften für die außerordentliche Bundesvertreterversammlung mit dem Ziel, die Unvereinbarkeitsbeschlüse zu Fall zu bringen, ist ein Schlag gegen diese Politik. – (dz, Westberlin)

Das Sozialamt dient der Bespitzelung

Wiesbaden. Innerhalb von zwei Jahren ist im Sozialamt Wiesbaden die Zahl der laufenden Fälle um 53 v.H. gestiegen. Hatten 1972 sechs Angestellte 1100 Akten bearbeitet, pro Bearbeiter 183, so sind es jetzt acht Bearbeiter und 1800 Akten, pro Bearbeiter 225 Akten.

Der Dienstherr hat das Haushaltsstrukturgesetz benutzt, um den Lohnabbau zu betreiben.

Im Sozialamt sind ca. 10 von Hundert der Lohnabhängigen davon betroffen. Durch Wegfall des Ortszuschlages für Verheiratete hat ein Angestellter mit seiner Frau von der „Tariferhöhung“ für beide 170 DM, ganze 48 DM netto. Wohl bemerkt, für ihn 24 DM, für sie 24 DM. Das ist die Lage der Masse der Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst. Sie stehen der Dienstaufsicht gegenüber, dem bestochenen Beamtenpack der Bourgeoisie, die den imperialistischen Staatsapparat beherrscht. Das Sozialamt ist nicht „sozial“, sondern dient der Unterdrückung und Bespitzelung der industriellen Reservearmee, Arbeitslose und Rentner, die in ihrer elenden Lage in Schach gehalten werden müssen, um je nach Bedarf der Kapitalisten als Lohndrücker eingesetzt werden zu können. Bei der jetzt anlaufenden Erweiterung der Datenverarbeitung wird der Zusammenhang zwischen verstärkter Auspressung von Mehrarbeit und Umwandlung aller konkreten Arbeiten in Spitzeltätigkeiten deutlich. Die Arbeit des Sachbearbeiters „beschränkt sich nunmehr überwiegend auf die Beratung“, richtiger gesagt, auf das Aushorchen, Kontrollieren und Schikanieren der Sozialhilfeempfänger.

Auf einer ÖTV-Betriebsgruppenversammlung im Sozialamt haben sich die Lohnabhängigen in einer Resolution gegen die Einschränkung gewerkschaftlicher und politischer Freiheiten in Form der Änderung des hessischen Beamtengesetzes ausgesprochen.
Weiterhin wurde eine Resolution verabschiedet, in der gegen die verschärfte Auspressung von Mehrarbeit auf Grundlage des Lohnraubs ein Festbetrag in der kommenden Tarifrunde gefordert wurde. Die Reformisten appellieren an die „Vernunft“ und daß man erst mal abwarten solle. Doch die Lohnabhängigen haben diesen Klassenversöhnlern ihre Erfahrung aus der letzten Tarifrunde entgegengehalten und beschlossen, daß der Hauptvorstand der ÖTV aufgefordert wird, das Material zur Tarifdiskussion an alle Mitglieder zu senden, um damit die Debatte in der ganzen Gewerkschaft über den kommenden Tarifkampf einzuleiten. – (g., Wiesbaden)



Frankfurt. Die Lehrer der Ernst-Reuter-Schule I organisierten eine Pausenversammlung gegen die Angriffe des Dienstherren. Die Versammlung, die eine halbe Stunde in die Schulstunde hineindauerte, ist eine der zahlreichen Aktionen, mit denen die Lehrer in Hessen Urabstimmung und Streik vorbereiten. Die Forderungen sind: Umwandlung der spalterischen Zwei-Drittel-Stellen in volle Planstellen! Rücknahme der Arbeitszeitverlängerung! In einer Resolution begrüßten und unterstützten ÖTV-Mitglieder an der Schule die Forderungen der Lehrer.

Münster. Einleitung der Tariflohnbewegung. Die reformistischen Klassenversöhnler wurden zurückgeschlagen. Am 15.9. führte der DGB Münster eine Podiumsdiskussion durch zum Thema „Gewerkschaftliche Tarifpolitik am Scheideweg?“, an der die Bezirkssekretäre der IGM, ÖTV, DPG und GTB teilnahmen: Man solle „gründlich überdenken“, ob man weiterhin Festgeldforderungen stellen solle, da es die Beschäftigten spalte, wenn die oberste und unterste Lohngruppe gleiche Lohnerhöhungen bekämen. Es sei gut, daß der Antrag 408 zur Tarifpolitik, der vom Gewerkschaftstag 1972 beschlossen worden war, vom letzten Gewerkschaftstag auf Initiative des Hauptvorstandes beseitigt worden ist. Denn die Aussage des Antrags 408: „Vor Beginn einer Tarifaktion muß eine Mobilisierung der Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben und Verwaltungen erfolgen.“ habe es „einer kleinen, aber sehr aktiven und lautstarken Gruppe ermöglicht, gleich bei Aufstellung der Forderung auf Streik zu mobilisieren“. Es habe gegolten, „dieser politischen Gruppe den Weg zu versperren“. Gemeint war der KBW
Von den Lohnabhängigen wurde die Notwendigkeit von Festgeldforderungen bekräftigt und angesichts der Verschärfung der Ausbeutung eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 35 Stunden gefordert. Scharf zurückgewiesen wurde die sozialdemokratische Unterstützung für die Kapitalistenpropaganda, Kapitalisten und bürgerlicher Staat seien die Kuh, die von den Arbeitern und den übrigen Lohnabhängigen gemolken werde. Die Wirklichkeit ist: es sind die Arbeiter, die allen Reichtum schaffen, den sich die Kapitalisten aneignen. Die Arbeiter müssen selbst die Herren der Produktion werden. Für diesen Beitrag eines Mitglieds des KBW gab es breite Unterstützung.

ÖTV-Hauptvorstandstagung. In dieser Woche findet eine Klausurtagung des ÖTV-Hauptvorstandes statt.

Heidelberg. Salmonelleninfizierte Krankenschwestern mußten weiterarbeiten. Drei Schwestern einer Station der Medizinischen Universitätskliniken Heidelberg, auf der hauptsächlich Krebspatienten liegen, erkrankten an Salmonellen. Dies wurde im Stuhl nachgewiesen. Dabei handelt es sich um eine leicht übertragbare ernste Darmerkrankung. Bekannt ist, daß gerade Krebspatienten besonders infektionsgefährdet sind. Trotzdem mußten die erkrankten Schwestern weiterarbeiten. Die Klinikärzte weigerten sich, sie krank zu schreiben. Ihr Argument: Auf der Station herrsche akuter Personalmangel. Die Schwestern wurden angewiesen, eine extra Toilette zu benutzen und nicht bei Schwerkranken oder in der Küche zu arbeiten. Diese Maßnahme ist Augenwischerei und verhindert keinesfalls die Verbreitung der Infektion. Erst als eine Schwester eine Superinfektion mit Bakterien bekam und mehrere Tage mit hohem Fieber arbeitete, wurde sie auf ihr beharrliches Drängen krank geschrieben.

GEW-Beschlüsse: Für eine außerordentliche Bundesvertreterversammlung! Zahlreiche GEW-Gremien fordern: Rücknahme des Ausschlusses des Landesverbandes Westberlin! Außerordentliche Bundesvertreterversammlung! Weg mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen!
Bremen. GEW-Betriebsgruppe des Schulzentrums Ellener Feld.
Hannover. Die GEW-Betriebsgruppe der Goethe-Schule Hannover beschloß eine Unterschriftensammlung für die drei Forderungen.
Kamen. GEW-Betriebsgruppe der Gesamtschule Kamen.
Meppen. In der GEW organisierte Studienreferendare des Studienseminars Meppen schickten einen Brief an den GEW-Hauptvorstand mit 12 Unterschriften.
Hannover. 37 Unterschriften konnten an der Integrierten Gesamtschule Linden für eine Resolution gesammelt werden.
Münster. Fachgruppe sozialpädagogische Berufe der GEW Münster fordert eine außerordentliche Bundesvertreterversammlung.

Gewerkschaftliche Betriebsgruppe (HBV und IG Druck) der Firma Ernst Klett Stuttgart:
„Die gewerkschaftliche Betriebsgruppe der Firma Ernst Klett Stuttgart (HBV und Drupa) wendet sich entschieden gegen den Ausschluß des Westberliner Landesverbandes der GEW. Das Vorgehen des Hauptvorstandes schädigt ncht nur die Gewerkschaftseinheit der GEW, sondern die des gesamten DGB. Wir unterstützen die Forderungen zahlreicher GEW-Gremien nach einer außerordentlichen Bundesdelegiertenversammlung mit dem Ziel, die Unvereinbarkeitsbeschlüsse zu Fall zu bringen. Wir treten in unseren Gewerkschaften für das gleiche Ziel ein“.

München. Die ÖTV-Mitglieder aus dem Bereich Sozialarbeit München haben auf ihrer Mitgliederversammlung am 20. September 1976 eine Resolution an den Landesverband Westberlin der GEW verabschiedet, in der sie die drei Forderungen unterstützen. Auf derselben Versammlung wurde ein Antrag an die ÖTV-Tarifkommission beschlossen, in dem gefordert wird, eine Festgeldforderung in ausreichender Höhe aufzustellen.

Frankfurt. Für Festgeldforderung. Die Mitgliederversammlung der ÖTV-Betriebsgruppe Universität Kernbereich Frankfurt hat beschlossen, daß eine Festgeldforderung von der ÖTV aufgestellt werden muß.

Lessingschule Bochum: Das Programm der Schülervertretung wird im Kampf durchgesetzt. Die Schüler der Lessingschule haben sich auf einem Programm zusammengeschlossen, das dem Notenterror, dem Raummangel und der politischen Unterdrückung an der Schule den Kampf ansagt, und haben auf dieser Grundlage zu Schulbeginn eine SMV gewählt. Der Versuch der Schulbürokratie, die Wahlen für nichtig zu erklären, wurde zurückgeschlagen. (KVZ Nr. 37) Eine Forderung der Schüler ist ein Aufenthaltsraum. 200 Schüler versammelten sich letzte Woche vor der Aula, und der Direktor wurde gezwungen, die Aula als Aufenthaltsraum zur Verfügung zu stellen. Die SMV hat ein Ultimatum gestellt und weitere Aktionen beschlossen, wenn die Stadt keine Mittel für einen richtig ausgestatteten Aufenthaltsraum herausrückt.

An Emmendinger Berufsschule kommunistischer Schulsprecher wiedergewählt. An der Emmendinger Gewerbeschule fanden die letzte Woche die Wahlen für die Schülervertretung statt. Wie in der KVZ berichtet, hatten die Reaktionäre an der Schule versucht, die Schülervertretung zu zerschlagen und die kommunistischen Schülersprecher von der Schule zu werfen. Das ist ihnen nicht gelungen, die Rücknahme der Schulverweise wurde durch Kampf erzwungen. Bei den Neuwahlen schob die Junge Union einen Reaktionär zur Wahl des ersten Schulsprechers vor, der sich als Demokrat ausgab und für die Unterwerfung der Schüler unter die Schulbürokratie eintrat. Dagegen stand das revolutionäre Programm des alten Schulsprechers Kneer. Die Mehrheit der Schüler hat sich für dieses Programm entschieden, und auch bei den Vertrauenslehrerwahlen sind die Reaktionäre unterlegen.

Jugendarbeitsschutzgesetz sichert durch 4/8-Regelung verstärkte Ausbeutung der Jugend. Die Rechtsanwaltskammer Bremen stellt in ihrem Rundschreiben vom 1.9.76 zur Einschränkung der Berufsschulausbildung erfreut fest: „Der Kammervorstand hat über dieses Thema mit dem Senator für Bildung verhandelt und dargelegt, daß eine ordnungsgemäße Ausbildung bei voller Abwesenheit der Auszubildenden an zwei Berufsschultagen nicht gewährleistet ist. Erfreulicherweise hat die Behörde volles Verständnis für unser Anliegen gezeigt und uns zugesagt, die Unterrichtszeiten so festzulegen, daß nur an einem Tag in der Woche die zur Arbeitsbefreiung führende Unterrichtszeit von fünf Stunden erreicht wird. Wir können also davon ausgehen, daß künftig die Auszubildenden wenigstens an dreieinhalb Tagen in der Woche dem Betrieb zur Verfügung stehen. Mit dieser Regelung schöpft die Behörde die ihr nach dem Gesetz verbliebenen Regelungsmöglichkeiten zu unseren Gunsten voll aus."

Aufhebung der Berufsschulpflicht für Kinder ausländischer Arbeiter. Im Beschluß der Kultusministerkonferenz vom 8.4.76 heißt es: „Berufsschulpflichtige ausländische Jugendliche, denen es für einen erfolgreichen Besuch der Berufs-

Aufhebung der Berufsschulpflicht für Kinder ausländischer Arbeiter. Im Beschluß der Kultusministerkonferenz vom 8.4.76 heißt es: „Berufsschulpflichtige ausländische Jugendliche, denen es für einen erfolgreichen Besuch der Berufs-schule lediglich an Deutschkenntnissen mangelt, sollen mit Hilfe von Intensivkursen soweit gefördert werden, daß sie den Unterweisungen der Ausbilder und dem Berufsschulunterricht in ausreichendem Maße zu folgen vermögen." Letzteres ist großer Betrug, wie man aus dem nächsten Satz sehen kann: „Mit dem Besuch der genannten Unterrichtseinrichtungen kommt der ausländische Jugendliche der Berufsschulpflicht nach."

Bremen. Jugendvertretung und Betriebsrat von Vulkan gegen 4/8-Regelung und für zwölf Stunden Berufsschulunterricht an zwei arbeitsfreien Tagen. Jugendvertretung und Betriebsrat des Bremer Vulkan haben folgende Erklärung an den Bremer Bildungssenator geschickt: „Kurz nachdem die Jugendvertretung aus dem Urlaub zurückkam, lag ihr ein Schreiben der Schülervertretung vom Schulzentrum Bürgerpark in Bremerhaven vor. Diesem Schreiben entnahm die Jugendvertretung, daß es in Bremerhaven eine neue Berufsschulstundeneinteilung gibt. Diese Stundeneinteilung sieht acht plus vier bzw. sieben plus fünf Berufsschulstunden an zwei Berufsschultagen vor. Durch Pressemitteilungen haben wir erfahren, daß diese Regelung, die auf Druck der Unternehmer zustande kam, auch an den gesamten Bremer Berufsschulen eingeführt werden soll. Wir protestieren aufs schärfste gegen solch eine Regelung, denn der Erfolg dieser Stundeneinteilung ist, daß die Jugendlichen am zweiten Tag wieder in den Betrieb müssen. Weiterhin ist ein Lehrerfolg in der siebten und achten Schulstunde nicht mehr gewährleistet, da die Konzentration nach den ersten sechs Stunden stark abbaut. Den eigentlichen Nutzen dieser Regelung haben ausschließlich die Unternehmer, die die billige Arbeitskraft noch Auszubildender noch stärker ausbeuten können. Deshalb fordern wir, die Jugendvertretung und der Betriebsrat des Bremer Vulkan, die Wiedereinführung der alten Stundenverteilung sechs plus sechs Berufsschulstunden an zwei arbeitsfreien Tagen in der Woche. Diese gewerkschaftliche Forderung muß im Interesse der Auszubildenden und Jugendlichen voll durchgesetzt werden, d.h. es müssen auch die Auszubildenden zwölf Stunden pro Woche an zwei arbeitsfreien Berufsschultagen erhalten, die sich heute noch mit weniger als zwölf Stunden pro Woche begnügen müssen."

In der Resolution wurde der folgende Absatz gestrichen: „Außerdem wird der Paragraph 9 des neuen Jugendarbeitsschutzgesetzes, in dem es heißt, daß die Berufsschüler nach fünf Zeitstunden nicht in den Betrieb müssen, unterlaufen."

Offenburg:

Streik der Sonderschüler

Seit Donnerstag streiken Schüler der Waldbachschule 2 in Offenburg gegen die Auflösung der Klasse 8 c und den geplanten Rausschmiss ihrer Lehrerin Isabell Rey. Am Abend nach Bekanntgabe der Klassenauflösung fand eine Beratung mit Eltern und Schülern statt, auf der der Schulstreik vorbereitet wurde. Am kommenden Morgen ging die Klasse mit Frau Rey in den Klassenraum, beriet sich kurz und organisierte den Streik, indem sie alle Klassen auf die Flure holte. Die Schüler beschlossen einstimmig den Streik. Rektor Litterst und seine Handlanger sausten um die Schüler herum und versuchten, sie einzuschüchtern. Die Schüler schrien ihm ihre ganze Verachtung und ihren Haß gegen diese Schule und ihre Lehrer entgegen. Der Rektor rief die Polizei. Aber auch die war machtlos. Klein vom Schulamt erschien zum Dienstgespräch. Die Schüler wollten mit. Mit solchen Rowdys ginge er nicht.

Die Versammlung wählte eine Streikleitung. Diese gab nachmittags einen Streikaufruf heraus, der in der Presse veröffentlicht wurde. Vor den Betrieben wurden in einem Flugblatt die Ziele des Streiks vertreten. Die Schüler fertigten Transparente und ein Plakat, das in der Stadt verklebt wurde. Am Freitag fand eine Demonstration statt, die von Schule zu Schule führte, nachdem Litterst und Konsorten die kleineren Schüler eingesperrt und die größeren ausgesperrt hatte. Die Stadtagitation am Freitag und Samstag war ein großer Erfolg für die Schüler und brachte mehrere hundert Unterschriften zur Unterstützung des Streiks. Eine Versammlung von Eltern und Schülern am Samstag endete mit einer Erklärung der Eltern, die von mittlerweilen 40 unterschrieben und veröffentlicht wurden zur Unterstützung dieses Streiks.

Die Reaktion bietet alle möglichen Repressalien auf. Arbeitsstellensuche oder Streik, Hausverbote, Festnahme und Verhör von drei Schülern, Drohung mit Strafanträgen, Einsperrung der Klassen. Die Zahl der aktiv Streikenden sank dadurch auf etwa 35 am Samstag. Ein fester Kern hat sich gebildet. Die Klasse 8 c bleibt im Streik, die anderen sind zur Agitation und zur Durchführung einer Schülerratssitzung in die Schule gegangen. Eine Unterschriftensammlung dafür wurde von Litterst behindert, indem er die Liste mit über 20 Unterschriften klaute und zerriß und Schüler mit Hausverbot belegte. Mittlerweilen hat er 15 Schüler aus der Schule geschmissen. Ein heftiger Kampf um die öffentliche Meinung läuft in der Stadt. Hetze gegen die kommunistischen „Drahtzieher", insbesondere den KBW-Bundestagskandidaten, und über den „politischen Mißbrauch" der Schüler ist die Hauptstoßrichtung der Reaktionäre. Ihr Erfolg ist sehr gering, weil der Streik eine gerechte Sache ist. Enthüllungen über die Lage an den Sonderschulen und insbesondere über den Rektor Litterst haben wiederholt zu der Reaktion geführt: „Der Kerl muß weg!."

bildet. Die Klasse 8 c bleibt im Streik, die anderen sind zur Agitation und zur Durchführung einer Schülerratssitzung in die Schule gegangen. Eine Unterschriftensammlung dafür wurde von

Die Landesastenkonferenz der baden-württembergischen Studentenschaften hat am 28. September einen Beschluß gefaßt, in dem sie protestiert gegen die beabsichtigte Entlassung der Lehrerin Isabell Rey (Offenburg) und sich solidarisiert mit dem Streik der Schüler in Offenburg.



Nichts Natürliches ist daran, daß der Anteil der Schüler auf den Sonderschulen ständig wächst, wie das Schaubild zeigt. Denn die Jugend der besitzlosen Klassen will eine Ausbildung, die ihre Fähigkeiten entfaltet, statt sie zu verstümmeln und zu unterdrücken.

Die Bourgeoisie preßt dagegen in ihrem Heißhunger nach billiger Arbeitskraft immer mehr Jugendliche in die Sonderschulen, die unterste Abteilung des Schulsystems. Die Methoden dazu sind Auslese und Unterdrückung durch die bürgerliche Schulgewalt.

Gegen die Verstümmelung der Fähigkeiten der Jugend und gegen ihre Unterdrückung gibt es heftigen Kampf an den Sonderschulen und den anderen Schulen. Das Foto zeigt Schüler der Gesamtschule West in Bremen, die in der letzten Woche drei Tage lang gestreikt haben. Sie haben unter anderem mehr naturwissenschaftlichen Unterricht gefordert und sich gegen das Notensystem gewandt. Über 2000 Menschen beteiligten sich an einer Demonstration, zu der das Streikkomitee aufgerufen hat-

len, die unterste Abteilung des Schulsystems. Die Methoden dazu sind Auslese und Unterdrückung durch die bürgerliche Schulgewalt.
Gegen die Verstümmelung der Fähigkeiten der Jugend und gegen ihre Unterdrückung gibt es heftigen Kampf an den Sonderschulen und den anderen Schulen. Das Foto zeigt Schüler der Gesamtschule West in Bremen, die in der letzten Woche drei Tage lang gestreikt haben. Sie haben unter anderem mehr naturwissenschaftlichen Unterricht gefordert und sich gegen das Notensystem gewandt. Über 2000 Menschen beteiligten sich an einer Demonstration, zu der das Streikkomitee aufgerufen hat-

Emmertsgrund (Heidelberg):

Rebellion der Jugend gegen die Staatsmacht

„Silo für Arbeitstiere" heißt eine Parole auf einer Betonwand am Eingang der Wohnsiedlung Emmertsgrund in Heidelberg. Im Emmertsgrund wohnen Arbeiter der großen Heidelberger Betriebe. Der Anteil der Facharbeiter an der Bevölkerung dort beträgt etwa 40 Prozent. Arbeiter von Mecano (einem Betrieb des Mannesmann-Konzerns), von Teldix (einer Rüstungsfirma) wohnen dort mit ihren Familien. Die Frauen arbeiten in der „Hausfrauenschicht" halbtags (am Abend) bei BBC-Stotz. Eine Stunde für den Weg zur Arbeit ist keine Ausnahme. Alle 30 Minuten fährt ein Bus. Um 23.30 Uhr ist Schluß.

Gebaut wurde der Emmertsgrund als „notwendige Grundlage, um in der Frage der Altstadtsanierung voranzukommen", wie Heidelbergs Oberbürgermeister Zundel freimütig erklärte. Die Arbeiter und kleinen Angestellten, Rentner und Studenten mußten aus der Altstadt raus, um dort Platz zu schaffen für den Aufbau eines „zentralen Einkaufs- und Vergnügungszentrums" der Bourgeoisie. Die „Neue Heimat" baute den Emmertsgrund „nach den neuesten Erkenntnissen erfahrener Planer, Soziologen und Psychologen".

Erfahrung bewies sie vor allem in der Spekulation und in der Ausplünderung der Bewohner: Ein Teil des Baugeländes, das sie für 15 DM pro Quadratmeter gekauft hatte, hat sie später an Banken und Immobilienfirmen für 315 DM pro Quadratmeter weiterverhökert. Und schon 12 Monate nach Fertigstellung der Siedlung hatten mehr als 10 Prozent der Familien Mietschulden über 1 000 DM bei der „Neuen Heimat".

Aber erst nach drei Jahren kam der erste Arzt in den Stadtteil. Die einzige Schule: eine Grundschule für die ersten vier Klassen. Von 35 Schülern einer Klasse wandern nicht selten fünf auf die Sonderschule.

Viele der Arbeiterjugendlichen im Stadtteil können nicht richtig lesen und schreiben.

Erst im Jugendzentrum, das 1975 eröffnet wurde, haben sie es gemeinsam, zusammen mit der Sozialarbeiterin gelernt. Ein großer Teil von ihnen ist arbeitslos (teilweise bis zu zwei Jahre) und findet nur schwer einen Job als Hilfsarbeiter. Von den etwa 50 ständigen Besuchern des Jugendzentrums waren es über 40.

Ihre Lage ruft Wut und Haß hervor. Die Tennisanlage, schon fertig, als viele Wohnungen noch leer standen, und gebaut für die wenigen Bewohner von Eigentumswohnungen, ist schon mehrfach teilweise zerstört worden, der Zaun wurde durchschnitten, im „Clubhaus" wurde eingebrochen. Der Vorsitzende des Tennisclubs hatte einen jungen Arbeiter, weil er häufig im Jugendzentrum war, als Kriminellen beschimpft, der ins Gefängnis gehöre. Am nächsten Tag wurde er gestellt und erhielt eine Abreibung mit der anschließenden Frage, ob er wisse, wofür. Als er es nicht wußte, bekam er noch eine.

Einbrüche in die Vorratskeller der Eigentumswohnungsbesitzer, wo Wein- und Schnapsvorräte lagern, sind keine Seltenheit.

Mit der Eröffnung eines Jugendzentrums versuchte die Stadt „das Jugendproblem" in den Griff zu bekommen. Die Jugendlichen an die Kette legen sollte die von der Stadt dafür bezahlte Sozialarbeiterin Gudrun Rieger. Sie hat es nicht getan. Das Jugendzentrum wurde zu dem Ort, wo sich die Arbeiterjugend ohne Gängelei treffen konnte. Aus der spontanen Rebellion wurde zunehmend organisierter, bewußter Protest. Die meisten Jugendlichen haben an den Kämpfen gegen die Fahrpreiserhöhungen im Sommer 1975 teilgenommen. Einige sind mitgefahren zur Demonstration in Bonn gegen den § 218. Das Fahrgeld wurde zusammengelegt. Sie haben gegenüber der Stadt die Forderung nach besserer Einrichtung des Jugendzentrums erhoben. Die Stadt wollte mehr als eine laute Musikanlage nicht geben.

Nachdem der Zweck des Jugendzentrums trotz aller Beschränkungen und Verbote in sein Gegenteil verkehrt zu werden drohte, nämlich von einem Instrument der Unterdrückung der Arbeiterjugend, der Unterdrückung des Klassenkampfes zu einem Ort der Organisierung des Protestes, versuchten es die Reaktionäre mit Polizeiknüppel und Gefängnis. Immer häufiger wurde das Jugendzentrum mit Einbrüchen, Überfällen usw. in Verbindung gebracht.

Das Jugendzentrum wurde geschlossen (wir berichteten darüber bereits in früheren Nummern der KVZ). Die selbständige Suche der Jugendlichen nach dem Dieb der Musikanlage des Jugendzentrums nahm die Polizei zum Vorwand, die Jugendlichen zu überfallen, sie zu verprügeln und zusammen mit der Sozialarbeiterin zu verhaften. Kurz danach ein zweiter Polizeiüberfall. In den Zeitungen heißt es: „Kobra-Bande ausgehoben". Eltern und Rechtsanwälte verfaßten Protesterklärungen, zu den Vollversammlungen des Jugendzentrums kamen ältere Arbeiter und Angestellte, die die Jugendlichen unterstützen wollten. Leserbriefe aus der ganzen Stadt, die die bürgerliche Presse bald drucken mußte, sprachen sich gegen das Vorgehen der Polizei und gegen die Schließung des Zentrums aus.

Als die Sozialarbeiterin einen Bericht über die Polizeieinsätze veröffentlicht, droht Oberbürgermeister Zundel mit ihrer Entlassung, wenn sie ihn nicht öffentlich zurücknimmt. Das tut sie nicht und wird entlassen. Dagegen fordern die Jugendlichen in Flugblättern die sofortige Eröffnung des Jugendzentrums. Die Kinder, die Gudrun Rieger nachmittags betreut hat, werfen mit Steinen auf Knauber, „Bürgerbeauftragter" der Stadt, und malen ein Bild von Gudrun Rieger, das dann als Plakat geklebt wird: „Gudrun muß bleiben!"

Auch nach den Ferien bleibt das Jugendzentrum weiter zu, weil sich niemand findet, der die Stelle des Sozialarbeiters als Jugendpolizist übernehmen will.

Im August findet vor der Heidelberger Jugendstrafkammer ein Prozeß gegen sieben Jugendliche aus dem Emmertsgrund statt wegen „Bandendiebstahl, Raub, schwerer Körperverletzung und anderen Delikten".

Gefängnisstrafen ohne Bewährung zwischen einem und fünf Jahren werden verhängt. Ein Terrorurteil der herrschenden Klasse. Die Staatsanwältin sprach in ihrem Plädoyer von einem „hoffnungslosen Fall von Berufsverbrechertum". Der Richter führt zynisch in seiner Urteilsbegründung noch als mögliche „Hintergründe für die kriminellen Taten" die „schlechten sozialen Verhältnisse und die Arbeitslosigkeit der Angeklagten" ins Feld. Trotzdem müßten sie aber verurteilt werden, damit die „Regeln menschlichen Zusammenlebens" erhalten bleiben.

Die Polizei meldet jetzt, am 22. September, daß ein weiteres „umfangreiches Paket von Ermittlungsakten an die Staatsanwaltschaft" übergeben worden sei.

Die herrschende Klasse will jetzt einen zweiten Prozeß durchführen, bei dem ein großer Teil der Jugendlichen aus dem Jugendzentrum zusammen mit ihrer Sozialarbeiterin auf der Anklagebank sitzen soll. Nachträglich soll mittels Strafprozeß der Polizeieinsatz, die Schließung des Jugendzentrums und die Entlassung von G. Rieger gerechtfertigt werden und der Jugend eingebläut werden, daß es sich nicht lohne, zu rebellieren, und vorteilhafter sei, sich mit seinem Schicksal abzufinden.

Es wird ihnen nicht gelingen. In der letzten Woche haben erneut Jugendliche in einem Flugblatt die sofortige Öffnung des Jugendzentrums gefordert, und zwar mit Gudrun Rieger und keinem anderen Sozialarbeiter. – (k., Heidelberg/Red.)

Unterschriftensammlung gegen den Ausschluß von Helga Rosenbaum aus dem Gemeinderat

Die Unterschriftensammlung gegen den Ausschluß von Helga Rosenbaum aus dem Gemeinderat wird von den Arbeitern und anderen Teilen der besitzlosen Klassen weit über Heidelberg hinaus durchgeführt. In Schwetzingen und Hokkenheim werden Unterschriften gesammelt. Bis Sonntag wurden bereits 1400 Unterschriften gesammelt. Damit sind gute Voraussetzungen geschaffen, das von Oberbürgermeister Zundel angezettelte Beruhigungsmanöver zu durchkreuzen. Er hat erklärt, daß ja ein anderes Mitglied des KBW in den Gemeinderat nachrücken könne.

Zelle Teroson. Die Zelle Teroson hat bis jetzt 24 Unterschriften gegen den Ausschluß von Helga Rosenbaum aus dem Gemeinderat gesammelt. Die Unterschriftensammlung wurde eingeleitet durch eine Erklärung des KVZ-Leserkreises von Teroson-Kollegen gegen den Ausschluß, die im „Kommentar" abgedruckt worden war. Die Erklärung und die Unterschriftensammlung haben zu Debatten unter den Kollegen geführt, in deren Verlauf sich kein einziger für die Maßnahme Zundels und seiner 39 Kopfnicker ausgesprochen hat. Einige wollten jedoch aus Angst vor Repressalien nicht unterschreiben oder sagten, das ginge sie halt nichts an. Diejenigen, die unterschrieben, taten das aus verschiedenen Gründen. Einer, ein SPD-Mitglied, meinte: „Wenn von uns einer beim KBW oder so unterschreibt, kriegt er sofort ein Parteiausschlußverfahren an den Hals. Aber der Zundel, der den ganzen Tag dem Großkapital in den Hintern kriecht, ist immer noch in der SPD. Jetzt unterschreib ich erst recht." Viele sagten, sie seien zwar keine Kommunisten, aber die Helga Rosenbaum ist doch gewählt worden, und man muß einfach unterschreiben, damit der Zundel merkt, daß er nicht tun und lassen kann, was er will. Einer sagte: „Vor den Wahlen versprechen sie alles und hinterher verschaukeln sie einen doch. Wenn dann einer da ist, der für uns auftritt, wird er ausgeschlossen. So geht das nicht." – (Zelle Teroson)

Gesamtbetriebsrat der Max-Planck-Gesellschaft. Am 24.8.76 erhielt Helga Rosenbaum (Sekretärin der Bezirksleitung des KBW Heidelberg und Mitglied des Betriebsrates am Max-Planck-Institut für Medizinische Forschung) von ihrem Vorgesetzten, Prof. DR. Hoffmann-Berling, ein Schreiben, wo ihre Entlassung angedroht wird, weil sie zu 13 Monaten Haft verurteilt wurde wegen Aufruf zum Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen bei der Heidelberger Straßen und Bergbahn AG (HSB). Bei der Sitzung des Gesamtbetriebsrates der Max-Planck-Gesellschaft, auf der 75 Betriebsräte anwesend waren, die zirka 50 Forschungsbetriebe vertraten, wurde mehrheitlich beschlossen, folgenden Brief an die Max-Planck-Gesellschaft zu schicken: „Aus dem Schreiben von Professor Dr. Hoffmann-Berling vom 24.8.76 an die Kollegin Helga Rosenbaum am Max-Planck-Institut für Medizinische Forschung geht hervor, daß die Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft beabsichtigt, zu prüfen, ob die Verurteilung von Helga Rosenbaum in Zusammenhang mit politischer Betätigung einen Grund für ihre fristlose Entlassung abgibt. Die Generalverwaltung wird aufgefordert, sich jeglicher Bewertung der politischen Aktivitäten von Mitarbeitern zu enthalten. Das politische Engagement eines Arbeitnehmers darf kein Kriterium für Begründung, Fortführung oder Kündigung eines Arbeitsverhältnisses sein."

Zelle Pfaffengrund. 17 Arbeiter und Angestellte aus der Siemens-Straße in Pfaffengrund haben am Donnerstag mit ihrer Unterschrift gegen den Ausschluß der kommunistischen Gemeinderätin Helga Rosenbaum protestiert und vier Anwohner haben die Kommunistische Volkszeitung gekauft. Gegen die Absicht der Stadtverwaltung, die Wohungen abzureißen, wollen die Anwohner jetzt entschlossen vorgehen. Sie wollen die genauen Pläne der Stadt sehen. „Wir wollen hier bleiben, da sind wir uns alle einig", sagen sie. Als erstes fassen sie eine Anwohnerversammlung und eine Unterschriftensammlung gegen den Abriß ins Auge.



Bremen. Die Pro-Familia-Beratungsstelle wurde in eine Polizeifestung verwandelt, als Gegner des § 218 die Herausgabe der Spitzelkartei forderten.

Die Komitees und Initiativen gegen den § 218 führten am letzten Samstag in zahlreichen Städten einen Aktionstag gegen den § 218 durch und griffen die bürgerlichen Politiker an ihren Wahlständen an mit der Forderung: Weg mit dem § 218 – Volksentscheid!

Weg mit dem §218!

Freiburg. Am letzten Samstag wollte das Komitee gegen den § 218 eine Kundgebung in der Freiburger Innenstadt durchführen. Dies wurde mit der Begründung, daß der KBW das Komitee unterstützet, und die Wahlveranstaltungen bürgerlicher Parteien wieder „massiv gestört" würden, vom Amt für öffentliche Ordnung verboten. Den Reaktionären war klar, daß sich keiner an das Verbot hält und sie haben sich gerüstet. Am SPD-Stand wurde der Bundestagsabgeordnete Dr. Böhme angegriffen. Er versuchte die Neufassung des § 218 als Fortschritt zu verkaufen. Wir haben ihm über Megaphon geantwortet, daß der § 218 ein Unterdrückungsgesetz ist, die Neufassung des § 218 nur Fallgruben für das Volk enthält. Im Wahlkampf wollen die bürgerlichen Politiker eine Bestätigung für dieses Unterdrückungsinstrument. Die richtige Antwort auf dieses Manöver ist der selbständige Zusammenschluß zur Durchsetzung der Forderung: Ersatzlose Streichung des § 218 durch Volksentscheid. Die Beratungsstellen wurden als Instrument zur verschärften Unterdrückung entlarvt.

Sofort war ein Trupp behelmter Polizisten mit Schlagstock da, die auf Passasnten einschlugen, 6 Verhaftungen vornahmen und das Megaphon beschlagnahmten. Mehrere hundert Arbeiter, Angestellte, Studenten und Schüler belagerten den SPD-Stand. „Das ist unsere Demokratie, wenn einer zum Paragraf 218 was sagt, wird draufgeschlagen", sagte einer. „Wer keine Kinder haben kann, soll besser aufpassen, an den Verhältnissen liegt das nicht, denn die sind gut", sagte ein Reaktionär. „Der § 218 muß weg, denn er ist eine Schweinerei", antwortete eine Frau. Der § 218 ist ein Zwangsparagraf, wir müssen selber entscheiden können, sagte ein Arbeiterehepaar. Die Empörung über den Polizeieinsatz war groß. Wir riefen auf zur Kundgebung gegen den § 218 auf der Kaiser-Joseph-Straße. Ohne Megaphon wurde eine Rede mitten auf der Straße gehalten. Sofort war wieder die Polizei da und versuchte, die Kundgebung zu zerschlagen und gleichzeitig den KBW-Stand abzuräumen. Eine Kette wurde gebildet und Sprechchöre riefen laut: „Polizei weg von der Straße! Für Presse, Demonstrations- und Organisationsfreiheit! Weg mit dem § 218! Volksentscheid! Sofort versammelten sich mehrere hundert Menschen hinter der Polizeikette. Viele riefen die Parole mit: „Weg mit dem § 218! Volksentscheid!" Ich habe euch in Wyhl erlebt – haut ab", sagte einer. Die Polizei war von mehreren hundert Menschen eingeschlossen. Die Einsatzleitung mußte den Schlägertrupp zurückpfeifen. Die Kundgebung wurde durchgeführt.

Die Landesastenkonferenz der baden-württembergischen Studentenschaften hat am 28. September gegen den Ausschluß der kommunistischen Stadträtin Helga Rosenbaum aus dem Heidelberger Gemeinderat protestiert und seine Rücknahme sowie die Aufhebung des KPD-Verbots als seiner Grundlage gefordert.

50 Teilnehmer einer Kulturveranstaltung der Initiative gegen den § 218 in Lüneburg verabschiedeten mit großer Mehrheit eine Resolution gegen die Strafverfolgung von sechs Teilnehmern der Bonner Demonstration gegen den § 218. Es heißt in der Resolution u.a.: „25000 Menschen kamen nach Bonn, um ihrem Willen Ausdruck zu geben, den § 218 zu Fall zu bringen. Etwa ein Jahr nach der Demonstration wird Anklage erhoben gegen sechs Teilnehmer. Der bürgerliche Staat hofft, einen Schritt voranzukommen in den Versuchen, die Bewegung gegen den § 218 zu zerbrechen. Diese Hoffnungen werden sich nicht erfüllen. Sofortige Einstellung der Strafprozesse! Weg mit dem § 218!

Frankfurt. Was es für die Arbeiterklasse heute heißt, Kinder zu bekommen, habe ich bei einem Krankenhausaufenthalt in der Frauenstation des Bürgerhospitals in Frankfurt gesehen:

Bei mir im Zimmer lagen noch zwei andere Frauen: eine 27-jährige Jugoslawin, Arbeiterin bei Hartmann und Braun, die im vierten Monat schwanger ist. Sie wurde in die Klinik eingewiesen, weil die Gefahr einer Fehlgeburt bestand. Die ersten drei Monate der Schwangerschaft hatte sie bei H & B noch Akkord am Band gearbeitet. Die Frau jetzt noch große Angst davor, wieder entlassen zu werden; sie muß jede körperliche Anstrengung vermeiden. Ihr Mann ist aber als Montagearbeiter oft wochenlang nicht zu Hause, sie hat niemand, der sich zu Hause um sie kümmert.

Die andere Frau ist eine 21-jährige Arbeiterin von Röver. Sie hat bereits zwei Fehlgeburten hinter sich und hatte jetzt im siebten Monat eine Frühgeburt. Das Kind liegt gegenwärtig noch im Brutkasten in der Uni-Klinik, ob es überleben wird, steht noch nicht fest. Sie hatte bis zum vierten Monat bei Röver als Presserin Akkord gearbeitet, das bedeutet, den ganzen Tag im heißen Dampf stehen und Hosen bügeln. Dadurch hatten auch bei ihr schon im vierten Monat Wehen eingesetzt, sie wurde in die Klinik eingeliefert und das Kind konnte dadurch gehalten werden, daß die Gebärmutter zugenäht wurde. Als sie damals aus der Klinik entlassen wurde, hat sie weiter gearbeitet, und so kam es dann schließlich zu der Frühgeburt.

Beide Frauen wollen Kinder, beide Frauen sind mörderischen Arbeitsbedingungen in der Fabrik ausgesetzt. Wenn der Mann nur zirka 900 DM nach Hause bringt, Raten abzuzahlen sind, geht es gar nicht anders, als daß die Frau mitarbeitet. Wenn die bürgerlichen Politiker dann von „Recht auf Leben" oder vom „Recht der werdenden Mutter auf Hilfe" reden, wollen sie damit in Wirklichkeit Bespitzelung und Unterdrückung gegen die Arbeiterklasse und das Volk verstärken. – (i., KSB Frankfurt/Red.)

Wohngeld: Hebel der Lohnsenkung und der Unterdrückung

Fast 4 Millionen Lohnabhängige, genau 1,6 Millionen Haushalte, waren 1975 abhängig vom Wohngeld der Behörden des bürgerlichen Staates, ohne das sie die Miete für ihre Wohnungen nicht aufbringen konnten. „Sozialdemokratische Wohnungsbaupolitik strebt danach, jedem eine angemessene Wohnung zu vertretbaren Kosten zu ermöglichen", so wird in den SPD-Wahlbroschüren vertuscht, daß unter führender Mitwirkung der SPD die westdeutsche Kapitalistenklasse die Löhne und Renten der Arbeiter so tief drücken konnte.

72 Prozent der Wohngeldempfänger sind Angehörige der Arbeiterklasse, die von Rente oder Sozialhilfe leben; 17 Prozent sind Arbeiter oder Angestellte, die täglich ihre Arbeitskraft verkaufen müssen; zumeist haben sie eine Familie mit mehreren Kindern: 7,2 Prozent aller Haushalte mit über sechs Personen in der BRD beziehen Wohngeld. 1972 hatten 50 Prozent der Wohngeldbezieher weniger als 600 DM monatlich zum Leben, 80 Prozent weniger als 1 000 DM.

Eine Wohnung ist genauso Grundbedingung der Reproduktion des Arbeiterlebens wie Essen und Trinken. Die Mietkosten für die Wohnung gehen ein in die Reproduktionskosten der Ware Arbeitskraft, sie gehören zum Lohn. Das Wohngeld ist nichts anderes als der Arbeiterklasse vorenthaltener Lohn, aufgebracht aus den ihr abgepreßten Steuern.

Mit der Schaffung des Wohngeldes 1965 eröffnete die westdeutsche Finanzbourgeoisie einen großangelegten Angriff auf die Arbeiterklasse, um ihr einen ständig wachsenden Teil vom Lohn zu rauben und in die eigenen Taschen zu schieben und um gleichzeitig die Unterdrückung der Arbeiterklasse durch den bürgerlichen Staat zu verstärken. Das Ganze im Gewande des Sozialstaates und darauf gerichtet, die produzierende und revolutionäre Arbeiterklasse als hilflos und bedürftig hinzustellen.

Zu alledem bot das Wohngeld Handhabe: Denn wenn erstmal aufgrund des ökonomischen Zwanges – niedriger Löhne und Renten – ein gewisser Teil der Arbeiterklasse über das Wohngeld in die Abhängigkeit vom bürgerlichen Staat gezwungen war, dann konnte die Kapitalistenklasse gegen den Lohnkampf der Arbeiterklasse das Wohngeld in Anschlag bringen, um eine Senkung der Löhne und Renten durchzusetzen, daß die Kosten für das Wohnen dabei herausfielen. Gleichzeitig konnte jetzt das Finanzkapital die Ausplünderung der Arbeiterklasse auf dem Wohnungsmarkt kräftig vorantreiben, indem es bei jeder Mieterhöhung auf das Wohngeld verwies. Schließlich hatte jetzt das Finanzkapital mit dem Wohngeld ein politisches Mittel in der Hand, mit dem es über die gesetzliche Festlegung der Einkommens- und Mietobergrenzen für den Wohngeldbezug die Entwicklung der Löhne und Renten für einen wachsenden Teil der Arbeiterklasse direkt bestimmen konnte und sie unterdrücken konnte: Bei der Beantragung des Wohngeldes müssen die gesamten Lebensverhältnisse der Familie dem bürgerlichen Staat offenbart werden und werden registriert; über jede Änderung der Einkünfte verlangt er die Kontrolle; über die Wohngeldvergabe oder -streichung kann er die Familien in bestimmte Wohnungen zwingen oder z.B. auch Studenten zum Studienabbruch zwingen.

Die Entwicklung bestätigt dies:

Innerhalb von zehn Jahren – von 1965 bis 1975 – hat sich die Zahl der Wohngeldempfänger vervierfacht von 395 000 auf 1,6 Millionen Haushalte, obwohl die Einkommensobergrenze für den Wohngeldbezug in diesem Zeitraum hinter den nominellen Lohnsteigerungen zurückblieb und damit die Grenze für den Wohngeldbezug enger geworden ist. Die große Steigerung der Zahl der Wohngeldempfänger drückt also aus, daß die absolute Verelendung der Arbeiterklasse weiter vorangetrieben wurde.

In derselben Zeit hat das Finanzkapital die Wohnungsmieten enorm hochgesetzt: Die Mieten im „Sozialen Wohnungsbau" – wie die bürgerliche Klasse das Geschäft mit kleinen und teuren Arbeiterwohnungen nennt – stiegen um 120 Prozent; die sogenannte Kostenmiete, die die wirkliche Steigerung der Baukosten und vor allem der Bodenpreise erfaßt, stieg sogar um etwa 220 Prozent. In den kommenden Jahren sollen die Mieten im „Sozialen Wohnungsbau" – die ständig wachsenden Betriebskosten nicht eingerechnet – jährlich um 11,6 Prozent steigen, und die Kostenmiete pro Quadratmeter Wohnfläche soll 1980 bereits 17 DM erreichen. Schon jetzt zahlen 1,5 Millionen Familien über 5 DM pro Quadratmeter Monatsmiete. Der Mietanteil an den Lebenshaltungskosten eines 2-Personen-Haushaltes ist trotz Wohngeld von 15 % 1965 auf heute 22 % gestiegen.

Seit 1974 sind die Wohngeldsätze nicht mehr angehoben worden, obwohl die Bruttolöhne, die Renten und vor allem die Mieten in diesem Zeitraum gestiegen sind. Für einen Vierpersonenhaushalt darf das Bruttoeinkommen 2 100 DM nicht übersteigen, und jede Miete über 415 DM hinaus für diesen Haushalt wird nicht auf das Wohngeld angerechnet, obwohl für dieses Geld entsprechende Wohnungen oder gar Neubauwohnungen nicht zu haben sind. Der Effekt: Zehntausende Arbeiter, die Reallohnabbau hinnehmen mußten und höhere Mieten zu zahlen hatten, bekamen aufgrund der nominell gestiegenen Löhne kein Wohngeld mehr.

Die Weichen so gestellt, verschärft das Finanzkapital jetzt den Kurs: Vorstandsmitglied Fischer von der Westdeutschen Landesbank, die großen Grundbesitz hat und mit der Finanzierung des Wohnungsbaus Geschäfte macht, beklagt sich, „daß zwar die Wohnansprüche steigen, entsprechende Konsequenzen für die Belastung der privaten Budgets aber offenbar tabu sind". Und ein Kumpan von der „Neuen Heimat" erklärte, daß 70 Prozent der Haushalte eine zu geringe Miete zahlen. (Der Spiegel Nr. 38/76) Damit das anders wird, haben sie jetzt den „Sozialen Wohnungsbau" drastisch zurückgeschraubt: Während in den Jahren vorher mindestens 400 000 Wohnungen und 1973 sogar 714 000 gebaut wurden und nach wie vor jährlich soviel neue Wohnungen gebraucht werden, werden dieses Jahr gerade 75 000 gebaut und 1978 voraussichtlich nur noch 25 000. Dadurch treibt das Finanzkapital die Mieten weiter in die Höhe und drängt einen immer größeren Teil der Arbeiterklasse in alte, schlechte Wohnungen. Über den Hebel des Wohngeldes verstärkt der Staat diesen Kurs: „Steigende Wohnkosten sollen nicht voll durch das Wohngeld aufgefangen werden, sondern sich in steigenden selbstzutragenden Wohnkosten niederschlagen". (Wohngeld- und Mietenbericht 1975 der Bundesregierung) Nach dem mittelfristigen Finanzplan der Bundesregierung sollen die Wohngeldausgaben von 1,65 Milliarden DM 1975 bis 1979 auf 690 Millionen DM fallen. Und mit dem Schlachtruf nach „Beseitigung von Ungerechtigkeit" ist sie daran gegangen, Rentnern das Wohngeld zu kürzen (vgl. KVZ Nr. 38) und die niedrigeren Mieten der älteren Sozialwohnungen anzuheben auf das Mietniveau der Neubauwohnungen.

Die Entwicklung verläuft so, wie es Friedrich Engels schon in seiner Schrift „Zur Wohnungsfrage" beschrieben hat: „. . . daß Arbeiter- und überhaupt kleinere Wohnungen selten und teuer werden und oft gar nicht zu haben sind; denn unter diesen Verhältnissen wird die Bauindustrie, der teurere Wohnungen ein weit besseres Spekulationsfeld bieten, immer nur ausnahmsweise Arbeiterwohnungen bauen". – (mr)

(Material: Wohngeld- und Mietenbericht 1975 der Bundesregierung; Der Spiegel Nr. 38/76)

Zentrale Erfassung der Schwangerschaftsabbrüche – Mittel zur Bespitzelung und Unterdrückung. Das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit meldet in seinem Informationsblatt Nr. 37: „Wer als Arzt einen Schwangerschaftsabbruch unter den Voraussetzungen des § 218 a StBG vorgenommen hat, hat dies bis zum Ende des laufenden Kalendervierteljahres dem Statistischen Bundesamt anzuzeigen (Art. 3 des Strafrechtsänderungsgesetzes vom 18. Mai 76)." Die wirkliche Absicht ist natürlich nicht, die Schwangerschaftsabbrüche zu registrieren, genauso wie es nicht die Absicht des § 218 ist, Schwangerschaftsabbrüche zu ermöglichen. Mit dieser Maßnahme wird bezweckt, ein weiteres Mittel zur umfassenden und zentralen Bespitzelung mit Hilfe des § 218 zu schaffen und das Instrumentarium zur Anwendung dieses Paragrafen zu entwickeln.

Heidelberg. Protest von Psychologen gegen Propaganda der Schwangerschafts„beratung" durch den bürgerlichen Staat. In der Zeitschrift „Psychologie heute" wird die Beteiligung der Psychologen an der Polizeiaufsicht über die Schwangeren in den staatlichen Beratungsstellen angepriesen. 13 Psychologiestudenten und berufstätige Psychologen haben in Heidelberg in einem Brief gegen diese Propaganda der Unterstützung der Polizeiaufsicht des bürgerlichen Staates, getarnt durch die Lüge von der „Hilfe für die Schwangere", protestiert und erklärt: „Wir erklären, daß wir diese uns zugedachte Funktion niemals ausfüllen werden. Wir fordern die ersatzlose Streichung des § 218 und einen Volksentscheid gegen den § 218."

Essen. Unter dem Druck der Bewegung gegen den § 218 mußte der Staatsapparat die Untersuchungshaft für vier Mitglieder des Komitees gegen den § 218 zurücknehmen. Die vier sind wegen „Landfriedensbruchs" angeklagt, weil sie zusammen mit 60 Arbeitern und Angestellten verhindert haben, daß Polizei und Feldjäger eine Demonstration gegen den § 218 in Essen zerschlagen und einen Soldaten verhaften konnten. Innerhalb von drei Tagen wurden 380 Unterschriften unter einen Aufruf zur Demonstration am Donnerstag gesammelt, der im ganzen Bezirk verklebt wurde. Arbeiter verschiedener Fabriken, die Vertrauensleute der Arbeiterwohlfahrt, der AStA der Universität Bochum und Schulklassen sprachen sich gegen die Verhaftungen aus. Am Donnerstag wird demonstriert für die völlige Einstellung des § 218-Prozesses.

Hannover:

Medizinstudenten organisieren Kampf um Tarifvertrag

Hannover. Am 4.10. beginnt bundesweit das Praktische Jahr der Medizinstudenten. Es tritt an die Stelle der bisherigen Medizinalassistentenzeit. Es dauert ein Jahr. Den Medizinstudenten wird volle Arbeitsleistung abverlangt. Sie sollen keinen Pfennig dafür erhalten. Die Klinikärzte werden zur Beaufsichtigung herangezogen: 700 mal muß z.B. in Hannover während eines Jahres der Medizinstudent schriftlich bescheinigt bekommen („Testat"), daß er sich „gut führt".

Der ÖTV-Vertrauensleutekörper an der Medizinischen Hochschule Hannover hat in diese Auseinandersetzung um die Rechte der am Krankenhaus beschäftigten Lohnabhängigen der Medizinstudenten jetzt mit folgender Resolution eingegriffen und einstimmig Stellung genommen:

„Im Praktischen Jahr sollen die Medizinstudenten völlig rechtlos und ohne einen Pfennig Bezahlung im Krankenhaus arbeiten. Aus unserer Erfahrung erkennen wir deutlich: Gemeinsam und einheitlich müssen wir die Versuche, den Lohn zu kürzen, Rationalisierungen durchzusetzen, die politische Disziplinierung zu verschärfen, zurückweisen. Deswegen unterstützen und erheben wir folgende Forderungen:

Für Ausbildungs- und Tarifvertrag im Praktischen Jahr! Für das Recht auf freie gewerkschaftliche Betätigung! Streikrecht! Für das Recht auf Vertretung durch den Personalrat! Ausbildungsvertrag anstelle der geplanten Testatregelung! Ausreichend Lehrassistenten! Jeder Student muß einen Platz im Praktischen Jahr erhalten im Fach seiner Wahl!

Die Vertrauensleute der ÖTV werden zusammen mit den Studenten unter diese Resolution Unterschriften sammeln. Weiter hat der Vertrauensleutekörper den ÖTV-Kreisvorstand aufgefordert, diese Resolution zu unterstützen und dazu zusammen mit der Gruppe Praktisches Jahr eine Veranstaltung an der Medizinischen Hochschule durchzuführen. Studenten der Gruppe Praktisches Jahr haben in knapp einer Woche bereits ca. 100 Unterschriften unter die Resolution gesammelt. Auf zwei Stationen wurden sie aufgefordert, eine Liste da zu lassen, „damit alle unterschreiben können". Das ist ein guter Schritt voran.

Die Bourgeoisie versuchte mit dem Praktischen Jahr der Medizinstudenten die Spaltung der Lohnabhängigen am Krankenhaus zu verschärfen. Da gibt es Widerstand. Die Beschäftigten am Krankenhaus sind nicht bereit, zu dulden, daß die Medizinstudenten zu Lohndrückerei, zur Durchsetzung von Rationalisierungsmaßnahmen und zum Streikbruch eingesetzt werden können. Die Studenten sind nicht bereit, im Praktischen Jahr ohne Bezahlung und ohne Rechte einen vom Dienstherrn unumschränkt abhängigen und von ihm zu allem erpreßbaren Teil der Beschäftigten zu bilden. Die Gruppe Praktisches Jahr an der Medizinischen Hochschule hat auf ihrer letzten Sitzung festgestellt:

„Diese Zustände sind unannehmbar. Es geht nicht darum, daß wir nicht arbeiten wollen. Es geht darum, daß wir unter den Bedingungen wie jeder andere Lohnabhängige am Krankenhaus arbeiten wollen. Das ist unser Recht."

Die Gruppe Praktisches Jahr hat in einer Resolution beschlossen, für die Durchführung der Forderungen der Studenten einzutreten. Für diese Aufgabe soll ein Sprecherrat der Studenten des Praktischen Jahrs gewählt werden. Unter diese Resolution werden jetzt im 11. Semester, für das das Praktische Jahr jetzt beginnt, Unterschriften gesammelt. In den nächsten Tagen wird die Unterschriftensammlung von der Belegschaft verstärkt und eine Kundgebung abgehalten.

Das Dekanat und der Dienstherr am Krankenhaus reagieren hektisch. Der Gruppe Praktisches Jahr wird die Adressenliste der Studenten, die jetzt das Praktische Jahr antreten sollen, vom Dekanat verweigert. Diese Resolution soll nicht verschickt werden. Die ursprünglich geplante gemeinsame Eingangsbesprechung aller Studenten vom Praktischen Jahr am 4.10. setzte Dekan Creutzig ab. Die Studenten sollen sich sofort zur Arbeit in die jeweiligen Kliniken zerstreuen. Die erste Vollversammlung zum „Meinungsaustausch" verschiebt das Dekanat auf den 8.11., denn Creutzig sei „in den USA".

Es ist klar: die Zeichen stehen auf Kampf. Das sind keine guten Zeiten für berufsmäßige Klassenversöhnler wie die Jusos und die DKP-Studenten. Um so größere Anstrengungen unternehmen sie jetzt, um die notwendigen Schritte der Studenten im Kampf zu hintertreiben und Verwirrung zu stiften. Sie sind im AStA und gegenwärtig häufiger bei Creutzig als im AStA-Raum zu treffen. Sie haben einen Brief an die Studenten verfaßt, sich als Gruppe Praktisches Jahr ausgegeben und dazu dem Dekan versichert: „Dies ist die endgültige Fassung." Diesen Brief hat der Dekan gern verschickt. Die Forderungen der Studenten tauchen überhaupt nicht mehr auf. Die 700 Testate werden als „unnötige Bürokratisierung" bezeichnet. Als eine „Fülle von Zumutungen" und leider sei „kein Tarifvertrag in Sicht". Deshalb könne man eben nur diskutieren über „die Gesamtsituation" und „die Veränderung/Abschaffung der Testatregelung". „Weiterführend" sei „ein Musterprozeß", und „zum Gesichtspunkt" verkommt der bundesweite Streik. In der Gruppe Praktisches Jahr läßt sich der Juso-AStA seitdem entschuldigen. Er habe Wichtigeres vor, sagt er.

Folgender Fragebogen wurde an die Studenten des Praktischen Jahrs ausgegeben. Ausgearbeitet wurde er von DKP-Studenten im Auftrag von und in Zusammenarbeit mit dem Dekan an der Medizinischen Hochschule Hannover.

„1. Mit welchen Gefühlen gehst Du ins Praktische Jahr? Erwartungsvoll/Gleichgültig – Es wird mir schwer/leicht fallen, mich ins Stationsleben zu integrieren.

2. Wie würdest Du Deine bisherige Ausbildung beurteilen?

Ich habe selbst um Unterricht/Patienten gebeten.

Ich habe nur das Lehrangebot ausgenutzt

Ich bin zufrieden/unzufrieden mit meiner Ausbildung

3. Professoren gegenüber bin ich entschlossen/verhalten – unsicher/sicher."

Unter Angabe der Matrikel-Nummer (nach der die Personalien der Studenten vom Dekan in kürzester Zeit ausgemacht werden können), sollen die Studenten die angegebenen Alternativen aussuchen. Gibt es sonst nicht einen Pfennig für die Arbeit – für diese ausgekochte Bespitzelungsaktion hat der Dekan „Mittel bereitgestellt". Sie soll zu Anfang, Mitte und am Ende des Praktischen Jahres durchgeführt werden, um zu sehen, ob „das Praktische Jahr den theoretischen Ansprüchen gerecht wird". Und falls das nicht so sei, „Entscheidungshilfen für die künftige Planung" zu gewinnen. Die Studenten werden diese Bespitzelung und Maßnahme zur Zersetzung ihres Kampfeswillens nicht hinnehmen. Das weiß der Dekan. Deshalb sollen die Bögen bei der Rückmeldung mit abgegeben werden. Die Gruppe Praktisches Jahr wird das zusammen mit den Studenten verhindern. Der Anschlag der Jusos und DKP-Studenten auf den Kampf gegen die reaktionäre Reform der praktischen Medizinerausbildung wird scheitern. – (j., Kommunistische Hochschulgruppe Hannover)

Kampf gegen die Mensa-Preiserhöhungen

Die Studentenwerke erhöhen gegenwärtig an den Universitäten die Mensapreise, während gleichzeitig die

Gesundheit der Studenten und am Lohn der Mensafrauen.

Um für die „schwierige" und „ver-

Kiel. Vor einem Jahr wurde eine Erhöhung der Mensapreise gegen die Forderungen und Aktionen der Kieler

sondern auch schlechter und weniger. Sich mit Tagesgericht und Eintopf durchzuschlagen, weil die 2,70 DM

Kampf gegen die Mensa-Preiserhöhungen

Die Studentenwerke erhöhen gegenwärtig an den Universitäten die Mensapreise, während gleichzeitig die Qualität des Mensaessens immer schlechter wird. In einem Beschluß der Landesregierung Niedersachsens wird festgelegt, daß die Mehrheit im Vorstand hohe Staatsdiener, Professoren und Bankdirektoren haben müssen. Man kann das Interesse des bürgerlichen Staates an Unterdrückung der Studentenmassen aus diesem Beschluß herausschmecken. Professoren und Bankdirektoren sollen die Maßnahmen der Landesregierung durchsetzen; das Vetorecht der Studenten wird abgeschafft.

In der Hand des Staates ist das Gängelung und Unterdrückung der Studenten. Das Interesse der Studenten, die keine reichen Eltern haben, besteht darin, im Kampf für vollständige Selbstverwaltung und staatliche Finanzierung des Studentenwerks dieser Politik der Landesregierung einen Riegel vorzuschieben. Mit dieser Stoßrichtung gilt es den Kampf gegen die Mensapreiserhöhungen und für ein ausreichendes Essen fortzusetzen und zu einem Sieg zu führen.

Darüber berichten die zwei folgenden Korrespondenzen.

Braunschweig. Im letzten Semester haben die Studenten in Braunschweig durch die Sprengung einer Studentenwerks-Vorstandssitzung und einen eintägigen Mensaboykott eine Erhöhung der Mensapreise verhindern können.

Die Geschäftsführung des Studentenwerks versucht nun die Studenten zu erpressen, indem sie das Mensaessen systematisch zusätzlich verschlechtert: nachweislich zu wenig Kalorien, Eiweiß und Mineralien; Vorsuppe und Nachspeise werden abwechselnd gestrichen.

Geschäftsführer Loschke und sein Stellvertreter erklären unverschämt: Weil die Studenten nicht mehr Geld zahlen wollen, würde jetzt einfach immer weniger Essen pro Mahlzeit ausgegeben. Und weil pro Mahlzeit immer weniger ausgegeben werde, brauche weniger gekocht und aufgetan zu werden, weshalb die Geschäftsführer kurzerhand etwa 10 Prozent der Mensafrauen entlassen habe.

Die Mensafrauen sollen gegen den Kampf der Studenten mobilisiert werden. Die verschärfte Rationalisierung durch Loschke wird so dargestellt als Folge des Kampfes der Studenten gegen die Erhöhungen.

Die Geschäftsführung gibt an, sie sei von der Landesregierung angehalten, sparsam mit den öffentlichen Mitteln umzugehen. Also wird gespart – an der Gesundheit der Studenten und am Lohn der Mensafrauen.

Um für die „schwierige" und „verantwortungsvolle" Tätigkeit gerüstet zu sein, wird nicht gespart am Gehalt der Geschäftsleitung. So durfte sich der Geschäftsführer Loschke für seine treuen Dienste über 20 000 DM als Kredit genehmigen (35 Jahre zinslos, auf 100 Jahre rückzahlbar); der stellvertretende Geschäftsführer ebenfalls einen 20 000 DM-Kredit mit 4 Prozent Zinsen, rückzahlbar auf 50 Jahre.

Bei einem Grundgehalt für ersteren von A 16 (zwischen runden 2 300 und 4 170 DM), was immerhin den Dienstbezügen eines „Direktors des geheimen Staatsarchivs der Stiftung Preußischer Kulturbesitz" gleichgestellt ist, und I a für den zweiten (zwischen 2 240 und 3770 DM) läßt sich das harte Geschäft der Unterdrückung und Ausplünderung schon ertragen. Geschäftsführer Loschke über sich selbst: *„Wir müssen dafür auch ganz schön arbeiten!"*

Dafür wurde der Geschäftsführer von der Landesregierung in einem neuen Erlaß ausdrücklich unter ihre Fittiche genommen. Danach darf der Geschäftsführer selbst nur mit Genehmigung des Ministers entlassen werden. (p., h., Braunschweig)

Kiel. Vor einem Jahr wurde eine Erhöhung der Mensapreise gegen die Forderungen und Aktionen der Kieler Studenten an den Hochschulen durchgesetzt. Weitere Preiserhöhungen wurden im Verwaltungsrat des Studentenwerks bei der Aufstellung des Wirtschaftsplans für 1976 eingeplant. Einer der Professoren äußerte: Es sei „zunächst einmal nur zu entscheiden, ob die Allgemeinheit aller Studenten aus den Beiträgen in Anspruch genommen werden soll oder ob es gerechter ist, die Preiserhöhungen dem Bewohner des Studentenwohnheims oder dem Benutzer der Mensa anzulasten". Bei den Wohnheimen ist mit der zweiten Alternative jetzt begonnen worden: Die Preise werden von 1,20 bis 12 DM pro Zimmmer erhöht.

In welcher Weise das Studentenwerk bei den Mensen im Laufe des Jahres die „Wirtschaftsführung nach kaufmännischen Gesichtspunkten" (wie es im Gesetz heißt) betrieben hat, weiß jeder Student, der gezwungen ist, in der Mensa zu essen:

Drei Gerichte werden angeboten: Eintopf (1,30 DM), Tagesgericht (1,90 DM), Gedeck (2,70 DM). Nun sind nach der letzten Preiserhöhung die Gerichte nicht nur teurer geworden, sondern auch schlechter und weniger. Sich mit Tagesgericht und Eintopf durchzuschlagen, weil die 2,70 DM fürs Gedeck zu teuer sind, wirkt sich verheerend auf Magen und Gedärme aus, das weiß jeder, der schon einmal eine Woche nur Eintopf gegessen hat. Um die gesundheitlichen Schädigungen in Grenzen zu halten, ist man gezwungen, öfter Gedeck zu essen. Dies hat das Studentenwerk auch schon eingeplant und im „Wirtschaftsplan '76" 10 000 weniger Eintopf und Tagesgerichte und dafür 20 000 Gedecke mehr angesetzt.

Mehr bezahlen, öfter das teure Gericht essen müssen und schlechter und weniger essen, das ist das Produkt der Aufsicht des bürgerlichen Staatsapparates über das Studentenwerk.

100 000 DM wurden im Wirtschaftsplan 1976 weniger an Wareneinsatz angesetzt als 1975. Bei gleichzeitiger Minderung der Portionsausgabe um 50 000, der Verschiebung zugunsten des Gedecks beweist das die Richtigkeit der Eindrücke, die man beim Essen in der Mensa bekommt. Durchschnittlich wurden 9 Pfennig weniger pro Gericht ausgegeben, wobei bei dieser Rechnung die Preissteigerungen für Lebensmittel unberücksichtigt bleiben. – (P., Kiel)



Über 100 Studenten sind am Dienstag vergangener Woche von der Zentralmensa aus zur Verwaltung des Studentenwerks demonstriert und haben dort den derzeitigen Geschäftsführer des Kölner Studentenwerks, Arnowsky, zur Rede gestellt wegen geplanter Preiserhöhungen in der Mensa und den Erfrischungsräumen. Gegen die geplante Preiserhöhung haben bereits der Personalrat der Universität, der Allgemeine Studentenausschuß (AStA) und die Studentensprecher sämtlicher Fakultäten protestiert.

Meldungen

Kiel. Die Fachvertretungen Klinik und Vorklinik der Universität Kiel haben beschlossen, aus Protest gegen die geplante Durchführung des Praktischen Jahres am 2. November eine Kundgebung vor den Universitätskliniken durchzuführen. Bisher haben der Vertrauensleutekörper der Universitätskliniken und die Schülervertretung der Krankenpflegeschule der Universitätskliniken ihre Teilnahme an der Kundgebung zugesagt.

Resolution des Landesverbandes Niedersachsen des Verbandes der integrierten Studenten an den Fachhochschulen: „Wir fordern den VDS-Zentralrat auf, unverzüglich, und zwar noch vor Weihnachten, eine außerordentliche Mitgliederversammlung einzuberufen. Auf dieser Mitgliederversammlung muß beschlossen werden, daß eine vertragliche Regelung mit dem Staat über 100 DM mehr BAFöG für alle Studenten und die Erhöhung des Elternfreibetrages auf 1 200 DM erreicht werden muß. Dies darf nicht durch eine Ausweitung der Darlehensregelung geschehen. Als entscheidendes Kampfmittel muß ein bundesweiter Streik aller Studenten ins Auge gefaßt werden. Hierzu muß eine Urabstimmung herbeigeführt werden. Der Streik muß mit dem entscheidenden Ziel geführt werden, daß diese Forderungen erfüllt werden.

Die Verschlechterung der allgemeinen Lebensbedingungen der Studenten ist nicht neu. Die Kosten für Wohnung, Kleidung, Nahrung und Mensaessen steigen ständig. Die BAFöG-Sätze liegen seit 24 Monaten still. Daß das BAFöG-Einkommen der Studenten gleich geblieben ist, ist eine Illusion. Auch die Elternfreibeträge liegen seit 24 Monaten still. Die inflationierten Einkommen der Eltern entfernen sich von den Freibeträgen. Infolgedessen sinken die real gezahlten BAFöG-Sätze. Hinzu kommt, wenn die Kaufkraft der Einkommen der Eltern sinkt, ist es ihnen unmöglich, die sinkenden BAFöG-Sätze aufzufangen. Doch das ist noch nicht alles. Die imperialistische Krise mindert die Möglichkeit für Studenten, durch vorübergehende Arbeit ihre Geldsituation zu verbessern.

Diese Verschlechterungen haben jetzt ein solches Ausmaß erreicht, daß ein entschiedenes einheitliches Vorgehen notwendig ist."

Verabschiedet am Samstag, dem 25. September

Konferenz der niedersächsischen Fachhochschul-ASten

Abstimmungsergebnis: 6 Ja-Stimmen und eine Enthaltung

wendig ist."

Verabschiedet am Samstag, dem 25. September

Konferenz der niedersächsischen Fachhochschul-ASten

Abstimmungsergebnis: 6 Ja-Stimmen und eine Enthaltung

Westberlin. Solidaritätserklärung mit dem Kampf der Göttinger Psychologiestudenten. Der Ferienausschuß des Delegiertenrates am Psychologischen Institut der Freien Universität Westberlin hat am 27. September eine Solidaritätsresolution gefaßt mit dem Kampf der Göttinger Psychologiestudenten gegen den Versuch der Professoren, den Göttinger Studenten aufgrund des Streiks im letzten Semester die BAFöG-Mittel zu verweigern. In der Resolution heißt es: „1. Der Delegiertenrat weist entschieden die Versuche der Professoren in Göttingen zurück, mittels ihres Rechts der BAFöG-Vergabe den Kampf der Studenten in Göttingen gegen die Verschärfung der Diplomprüfungsordnung zu unterdrücken. 2. Er unterstützt die Forderungen der Göttinger Studenten: Sofortige bedingungslose Unterschrift unter das Formblatt 9."

In der Begründung stellt der Delegiertenrat fest: „Offen zeigt dieses Manöver, welche Zwecke der bürgerliche Staat mit der Regelung des BAFöG durch ihn selbst verfolgt und warum er auch in Westberlin vor einigen Semestern seine Vergabe den Studenten entrissen hat. Die Vergabe des BAFöG ist eine Schikane genauso wie die zunehmende Verschärfung der Prüfungen und Studienbedingungen."

Bonn. Ausbau der Behörde zur Eintreibung von Darlehensschulden der Studenten. Die Bundesregierung hat dem Bundesrat am 16. September zur endgültigen Zustimmung eine Verordnung über die Neufassung des Darlehenseinzugs nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz zugeleitet. Die Neufassung beabsichtigt die Verschärfung der Beaufsichtigung und Verfolgung der beim bürgerlichen Staat aufgrund der Ausbildungsförderung verschuldeten Studenten nach dem Ende ihres Studiums und die „Rationalisierung" der Schuldeintreibung. Den Ämtern für Ausbildungsförderung, das sind in der Regel die Studentenwerke, ist danach „eine zweijährige Bescheiderteilung des Darlehensnehmers über das in den vorangegangenen Kalenderjahren ausgezahlte Darlehen vorgeschrieben. Diese zweijährige Zwischenfeststellung dient der Sicherung des Rückzahlungsanspruchs. Die Eintreibung der Darlehensschuld fünf Jahre nach dem Ausbildungsende durch das Bundesverwaltungsamt wird damit rechtlich unanfechtbar: „Dadurch wird von vornherein ein zu hoher Anteil von förmlichen Widerspruchsverfahren verhindert", heißt es in der Regierungsbegründung. Die „Darlehensnehmer", wie die in die Schuldknechtschaft gegenüber dem bürgerlichen Staat gezwungenen Studenten hier heißen, sind verpflichtet, nach Beendigung der Ausbildung jede Änderung der Wohnung und des Familiennamens dem Bundesverwaltungsamt mitzuteilen. Gleichzeitig wird mit dieser Verordnung die Umstellung von bisher „manuellem Einzugsverfahren" auf „maschinellen Darlehenseinzug" vorbereitet.

Der Kampf der Soldaten in einer Hamburger Ausbildungskompanie

Hamburg. Die 11. Kompanie des Luftwaffenausbildungsregiments 1 (11./LAR 1) in der Lettow Vorbeck-Kaserne in Hamburg/Wandsbek ist eine Rekrutenausbildungskompanie mit gegenwärtig 150 Rekruten. Soeben haben sie ihre sechswöchige Grundausbildung abgeschlossen und werden nun nach Würzburg versetzt zur weiteren Ausbildung als Sanitäter. 90 Prozent der Rekruten sind Arbeiter. Die Kompanieführung ist in diese Grundausbildung mit der erklärten Absicht hineingegangen, den „Lotterhaufen" – so ist die 11./LAR 1 verschrien gewesen unter den Offizieren des Standorts – wieder „auf Vordermann" zu bringen. Von höherer Kommandostelle aus offensichtlich waren „Experimente" mit den Rekruten vorgesehen. Daher wurde bereits in der 2. Woche der Grundausbildung eine 50-Stunden-Übung durchgeführt, die von den Offizieren als ein solches „Experiment" gewertet wurde.

Geplant war eine Bürgerkriegsübung. Entsprechend der für diese Übung ausgegebenen Lage wurden die Soldaten gegen Atomkraftwerksgegner eingesetzt. Vom 31. August bis zum 2. September mußten wir den „Transportweg" des Atommülls des Kernkraftwerkes Geesthacht zur Deponie Großweede schützen und Angriffe „illegaler ziviler Kräfte" abwehren. Dieses Manöverziel, Einsatz gegen Kernkraftwerksgegner, wurde von den Soldaten abgelehnt. In der breiten Debatte, die sich unter den Mannschaften damals sofort nach Ausgabe der Lage entwickelte, sagten viele deutlich, „daß sie im Ernstfall natürlich auf der Seite des Volkes kämpfen und die Gewehre auf die Feinde des Volkes richten werden". (Aus dem Bericht über diese Übung in KVZ Nr. 36, Seite 11)

Im übrigen: Eine solche 50-Stunden-Übung schon nach so kurzer Zeit kann nur ein Test dafür sein, wie schnell man im Kriegsfall das Kanonenfutter an die Front schicken kann. Der Haß der Rekruten auf die bürgerliche Armee wurde dadurch nur noch mehr gesteigert.

Beschwerde von 143 Soldaten gegen Schikanen beim Stubendurchgang

Die Rekruten sind mit einem Haß auf die Armee, und dem Willen, sich nicht wie Dreck behandeln zu lassen, in den Dienst gepreßt worden. Zu den Verhältnissen in der Gesellschaft hatten viele einen Arbeiterstandpunkt: für den konsequenten Kampf gegen das Kapital. Bei dieser Lage mußte es in irgendeiner Form zum scharfen Zusammenprall der beiden Fronten kommen.

gendeiner Form zum scharfen Zusammenprall der beiden Fronten kommen.

Von Ruhe und Disziplin, wie Leber und seine Generalitäten sie verstehen, konnte von Anfang an keine Rede sein. Die Rekruten wurden gleich in der ersten Woche richtig eingestimmt. Oberfeldwebel Keilholz führte einen abendlichen Stubendurchgang durch: Die Soldaten wurden angebrüllt, eigenhändig schmiß er Spinde um und leerte Mülleimer auf dem Fußboden aus. Man sollte sogleich lernen, was hier gilt: der Kadavergehorsam. Dagegen schlossen sich 143 Mannschaftsdienstgrade mit einer Beschwerde zusammen. Die Antwort? Beschwerde aus formalen Gründen abgelehnt! Gemeinschaftsbeschwerden sind nicht zulässig. Der Zusammenschluß der Mannschaften ist verboten.

Die Soldaten diskutieren über den § 218: 44 unterschrieben eine Resolution dagegen

Eines Abends ging ich in mehrere Stuben unserer Kompanie und diskutierte mit den Soldaten über den § 218. Ich berichtete und erklärte, welche Funktion dieser Paragraf hat und daß die sogenannte Reform der SPD nur Schwindel sei und vielmehr eine Verschärfung des Paragrafen bedeutet. Daraufhin entwickelten sich lebhafte Debatten, wo auch die einzelnen Erfahrungen mit diesem Paragrafen von den Soldaten berichtet wurden. Bald waren wir uns einig, daß dieser Paragraf der Unterdrückung und Bespitzelung des Volkes durch die herrschende Klasse dient und daß man etwas gegen den Paragrafen unternehmen muß. 44 Soldaten verfaßten eine Resolution an die Komitees gegen den § 218 mit folgendem Wortlaut: „Wir unterstützen den gerechten Kampf gegen den § 218 und solidarisieren uns mit euch. Der § 218 dient der Bespitzelung der Volksmassen durch die herrschende Kapitalistenklasse. Wir meinen, der § 218 muß fallen. Weg mit dem § 218! Volksentscheid gegen den § 218! Weg mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts! Das Volk selber soll entscheiden!" Diese Resolution wurde auf einer Veranstaltung des Komitees gegen den § 218 in Hamburg vorgetragen.

„Wir stehen auf der Seite des Volkes ..."

Das „feierliche Gelöbnis" auf die „freiheitlich-demokratische Grundordnung" stand dann als nächstes an.

„freiheitlich-demokratische Grundordnung" stand dann als nächstes an.

Wieder entstand eine Debatte unter den Soldaten. Sie hatten schon vorher am eigenen Leibe gespürt, wozu sie hier abgerichtet werden sollen. Sie sagten: „Wir sollen gegen das eigene Volk die Waffen richten und dies dann auch noch geloben." 22 Soldaten verfaßten eine Resolution, die schon einen Tag vor dem Gelöbnis in Hamburg auf Plakaten, die besonders in der Nähe des Standorts geklebt wurden, veröffentlicht wurde. Auf den Plakaten war zu lesen:

„Wir sind 22 Soldaten des Luftwaffenausbildungsregiments 1. Wir verweigern das Gelöbnis auf die ‚freiheitlich-demokratische Grundordnung'. Wir erleben hier täglich Unterdrückung und haben erkannt, zu was wir hier abgerichtet werden sollen. So sollen wir z.B. gegen Atommüllgegner unsere Waffen richten. In Wirklichkeit stehen wir aber auf der Seite des Volkes. Da wir auf die 50 DM angewiesen sind, die wir bekommen, wenn wir befördert werden und wir nur befördert werden, wenn wir das Gelöbnis sprechen, werden wir das Gelöbnis nicht öffentlich verweigern."

Unsere Kollegen in den Betrieben sollen wissen, daß wir uns nicht gegen sie einsetzen lassen, sondern an ihrer Seite kämpfen, denn wir sind nichts anderes als Arbeiter in Uniform.

Vertrauensmannwahlen – ein Schlag gegen die Kompanieführung

Unter den Forderungen: Für den 8-Stundentag! Weg mit den Wochenendstreichungen! Dienstausgleich während der Dienstzeit! – wurde der Flieger Poburski fast einstimmig gewählt. Alle Versuche der Kompanieführung, die Wahl des Fliegers zu verhindern, scheiterten. So war der Kompaniechef Hauptmann Schwien aufgetreten und hatte erklärt, daß diese Forderungen utopisch seien. Die Mannschaft hat anders entschieden. Sie zeigte damit deutlich, daß man, wenn man sich zusammenschließt, viel erreichen kann. Einen Tag später waren zwei Punkte des Vertrauensmannprogramms erkämpft. Die Bereitschaft bekommt Dienstausgleich und die Wochenendstreichungen sind vorbei. Die gesamte Mannschaft hat den Kampf gegen die Abrichtung zum Sklaven der Bourgeoisie, gegen die Unterdrückung und den Kadavergehorsam aufgenommen.

Die Soldaten schlagen die Angriffe der Kompanieführung zurück

Vorletzte Woche wurden die Rekruten des 2. Zuges von 18 bis 23 Uhr zum politischen Verhör gepreßt. Wer hat die Flugblätter verteilt? (Es wurden Flugblätter des Hamburger Soldaten- und Reservistenkomitees in der Kaserne verteilt, die zur Gelöbnisverweigerung aufriefen.) Wer hat die Resolution gegen den § 218, wer hat die Resolution gegen das „feierliche Gelöbnis" unterschrieben? Die Soldaten des 2. Zuges sollten ihre Kameraden denunzieren. Ob die Kompanieführung damit Erfolg hatte, ist fraglich. Jedenfalls wurden am nächsten Tag dem Vertrauensmann Flieger Poburski und 2 weiteren Rekruten bekanntgegeben, gegen sie würde ein gerichtliches Verfahren in Gang gesetzt werden. Unter anderem sollen sie angeklagt werden wegen: Wehrkraftzersetzung, Anstiftung zur Meuterei, Verletzung des Verbots der politischen Betätigung, Verletzung der Treuepflicht, Verletzung der Schweigepflicht, Schädigung des öffentlichen Ansehens der Bundeswehr, Verletzung der Pflicht, jederzeit für die „freiheitlich-demokratische Grundordnung einzutreten, Ungehorsam, Verletzung der Wahrheitspflicht!

Die Kompanieführung reagierte mit der Knute und der Drohung von Zuchthausstrafen auf eine für sie sehr schmerzliche Tatsache: Eine ganze Grundausbildung ist ihr politisch weitgehend aus den Händen geraten. An den 3 Soldaten soll ein Exempel statuiert werden, um die Mannschaft insgesamt zu schlagen. Die 3 Soldaten verweigerten der Kompanieführung jegliche Aussage. Sie erklärten dem verdutzten Hauptmann, daß sie eine öffentliche Diskussion vor der versammelten Mannschaft fordern. Ihm war schon klar, daß er auf dieser Mannschaftsversammlung mit seinen Drohungen und Einschüchterungsversuchen nicht weit kommen konnte. Deshalb sagte er: „Dazu werden sie keine Gelegenheit bekommen."

Solidaritätsresolution der Atomkraftwerksgegner

Am nächsten Tag waren wir im Gelände. Abends fand eine Veranstaltung des Soldaten- und Reservistenkomitees statt, die das Thema hatte: „Die Bundeswehr dient der Unterdrückung der Volksmassen". Dazu war auch der Kompaniechef eingeladen. Wie zu erwarten, ist er nicht erschienen. Erschienen waren aber viele Soldaten, Wandsbeker Bürger und ein Vertreter der Bürgerinitiative gegen das Atomkraftwerk Brokdorf. Dieser stellte die Wichtigkeit des Kampfes gegen die Atomkraftwerke dar und übergab uns eine Resolution, die auf einer Regionalkonferenz von Atomkraftwerksgegnern verfaßt wurde.

> **An die Mannschaftsdienstgrade der 11./LAR 1**
>
> Wie wir erfahren haben, seid ihr vor zwei Wochen von eurer Kompanieführung zu einer militärischen Übung gegen Atomenergiegegner gezwungen worden.
>
> Seit 3 Jahren kämpfen wir gegen das geplante Atomkraftwerk Brokdorf, weil wir Gefahren für unsere Gesundheit und die Verseuchung der Umwelt befürchten.
>
> Bei verschiedenen Anlässen – z.B. dem Erörterungstermin in Wilster im März 1976 – haben wir gesehen, daß der Staat entschlossen ist, seine Machtorgane Polizei und Bundeswehr gegen uns einzusetzen.
>
> Wir befürchten, daß diese Übung dazu dient, friedliche Aktionen von Atomkraftwerksgegnern zu bekämpfen. Dagegen protestieren wir.
>
> kämpfen. Dagegen protestieren wir.
>
> Deswegen begrüßen wir eure mutigen Schritte, die ihr gegen diese Bürgerkriegsübung unternommen habt. Wir unterstützen eure Forderungen: Einstellung aller politischen Verhöre! Einstellung des Ermittlungsverfahrens gegen die drei Kollegen! Politische Freiheiten in der Bundeswehr!
>
> Verabschiedet von 17 der 25 Delegierten der Regionalkonferenz der Bürgerinitiativen gegen das Atomkraftwerk Brokdorf. 8 Delegierte hatten aus Zeitgründen die Konferenz bereits verlassen müssen.
>
> Ein Delegierter wurde beauftragt, diese Resolution auf der Veranstaltung des Hamburger Soldaten- und Reservistenkomitees am Dienstag, 21.9.76, vorzutragen und die näheren Umstände ihres Zustandekommens zu erläutern.

Danach wurde eine Resolution von 13 Wandsbeker Bürgern verlesen. Zitat:

„Der Staat mit seinen bewaffneten Kräften wie Polizei, Bundesgrenzschutz und der Armee stehen gegen das Volk, das können wir selbst immer deutlicher erfahren. Es ist für uns eine erfreuliche Entwicklung, wenn Soldaten, die selbst nichts anderes als Werktätige sind, sich auf die Seite des Volkes stellen."

Eine weitere Resolution erreichte die Soldaten vom Komitee gegen den § 218 aus Hamburg:

„Wir haben erfahren, daß ihr nun vom bürgerlichen Staat angegriffen werdet, gerade weil ihr auf der Seite des Volkes steht und nicht bereit seid, gegen es vorzugehen, sondern die Gewehre umdrehen wollt. Das ist für die herrschende Klasse ziemlich gefährlich und daher reagiert der bürgerliche Staatsapparat scharf darauf. Weil es für die Volksmassen eine große Freude ist, werdet ihr für euren Kampf breite Unterstützung finden, nicht nur in den Kasernen, sondern in allen Teilen des Volkes."

Welch ein Schlag gegen die Bourgeoisie. Ein Grundpfeiler ihrer Armee, die Trennung von Soldaten und Volk wurde kräftig angeknackt. Auf dieser Veranstaltung wurde dann weiter diskutiert, welche Schritte unternommen werden müssen, um die Anklagen gegen die drei Kollegen zurückzuschlagen.

Am nächsten Morgen ging der Vertrauensmann Flieger Poburski mit mehreren Kollegen zum Kompaniechef und sie forderten ihn auf, Beweise für seine Anschuldigungen auf den Tisch zu legen. Angesichts der vor ihm stehenden Soldaten mußte er zugeben, daß er überhaupt keine Beweise hat. Er wurde aufgefordert, öffentlich zu den Anschuldigungen Stellung zu nehmen. Klar war uns nun, daß er versucht hatte, die Führer der Kämpfe in der Kompanie zu isolieren und sie unter Druck zu setzen. Das war ihm nicht gelungen. Zeitweilig mag die Unterdrückung greifen, auf die Dauer gesehen, ist die bürgerliche Klasse – in der Armee ihr Offizierskader – ein Papiertiger. Sie stehen als verschwindend kleine Klasse der Riesenmasse der Werktätigen gegenüber. Die Werktätigen müssen sich ihrer Kraft bewußt werden und auf einer richtigen Linie die Einheit herstellen. Die Kollegen der 11./LAR 1 haben bewiesen, daß dies möglich ist.

ner richtigen Linie die Einheit herstellen. Die Kollegen der 11./LAR 1 haben bewiesen, daß dies möglich ist.

Der größte Teil der Rekruten dort sind Arbeiter und Angestellte. Sie haben dieselben Interessen wie die Arbeiter und Angestellten draußen. Sie haben nicht das Interesse, das kapitalistische Privateigentum und die zugrundeliegende Ausbeutung der Arbeiterklasse zu verteidigen. Ist es da verwunderlich, wenn sich in der Armee statt „guter Zusammenarbeit von Offizieren und Mannschaften für eine gemeinsame Aufgabe" Gegensatz und Kampf entwickelt? Überhaupt nicht! Und vom Klassenstandpunkt der Arbeiterklasse betrachtet, ist dies eine ausgezeichnete Entwicklung. Es zersetzt die Armee, die bewaffnete Stütze der Kapitalisten, den Kern des Staatsapparates. – (k., Rekrut der 11./LAR 1/Red.)

Flottenmanöver „Team Work '76"

Imperialistenaufmarsch an der Nordflanke Europas

Wilhelmshaven. „Stützpunkt für ‚Team Work '76' " heißt eine Schlagzeile in der „Wilhelmshavener Zeitung vom 3. September. Mit „Stützpunkt" ist Wilhelmshaven gemeint. „Team Work '76" ist „das bisher größte Flottenmanöver des Nordatlantikpaktes". (Wilhelmshavener Zeitung, 9. September) Es findet im Rahmen des gigantischen NATO-Manövers „Autumn Forge" statt, in dem die Schlacht um Europa vom Mittelmeer bis zum Eismeer, zu Land, zu Luft und zu Wasser geübt wird. Die Schlacht um Europa ist Hauptfront im Kampf der beiden Supermächte USA und UdSSR um die Weltherrschaft.

200 Schiffe, 30 U-Boote, 300 Flugzeuge und insgesamt 80 000 Soldaten aus den drei alliierten Oberkommandos Atlantik, Englischer Kanal und Europa sind an „Team Work '76" beteiligt. Das Übungsgebiet umfaßt den Atlantik, die Biskaya, den Englischen Kanal, die Nord- und die Ostsee. Schwerpunktmäßig werden geübt: „die Heranführung von Verstärkungen über See und der Einsatz eines schnellfahrenden Geleitzuges zum Transport lebenswichtiger Versorgungsgüter von Nordamerika nach Europa" (Wilhelmshavener Zeitung, 3. September) und Landungsmanöver mit Hilfe von „amerikanischen Träger- und Landungsverbänden in Norwegen und Jütland". (Wilhelmshavener Zeitung, 9. September)

Die Ausgangslage ist, daß der Gegner – „Orange" genannt, gemeint ist die sozialimperialistische Sowjetunion – Norwegen und Dänemark mit Landungsverbänden angreift. Diese Annahme ist in keiner Weise abwegig: Die Sowjetunion verfügt im Nordmeer und in der Ostsee über 13 Flugkörperkreuzer (d.h. raketenbewaffnet), 20 FK-Zerstörer, 83 konventionelle Zerstörer, 232 U-Boote, 142 Korvetten und Schnellboote und 64 Landungsfahrzeuge (nach Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.9.). Gegenwärtig führt sie in der westlichen Ostsee Manöver durch, in denen Landungsübungen einen breiten Raum einnehmen. Auf der Halbinsel Kola im Nordmeer haben die Sozialimperialisten einen gewaltigen Marinestützpunkt errichtet, wo auch umfangreiche Landungstruppen bereitstehen.

In ihem Streben nach der Weltherrschaft muß die Sowjetunion einen Zugang zu den Weltmeeren erreichen, denn ohne Beherrschung der Weltmeere keine Weltherrschaft. Daher macht sie große Anstrengungen, die Ostseezugänge und das Seegebiet vor Norwegen zu kontrollieren.

Die USA setzen darauf, die sozialimperialistische Flotte durch Blockade ihrer wenigen und ungünstig gelegenen Stützpunkte zu lähmen. Ihrerseits wollen die USA im Kampf um die Weltherrschaft den Seezugang nach Europa und dazu die Herrschaft über den Nordseeraum behaupten.

Man sieht: die Nordsee und die Norwegensee sind Schwerpunkte der Rivalität der Supermächte. Ihre Beherrschung spielt nicht nur im Kampf um Europa eine Rolle, sondern auch für die Herrschaft über die Weltmeere.

Norwegen und Dänemark sind ein Brennpunkt dieser Auseinandersetzung. Von ihren Küsten können die Nordseezugänge und die Norwegensee kontrolliert werden. Norwegen und Dänemark – die in Friedenszeiten keine Stationierung fremder Truppen gestatten – werden von den Militärstrategen der Supermächte wie ein herrenloses Haus behandelt, das es nur zu besetzen gilt, um es zu besitzen.

Das gilt nicht nur für die Sowjetunion, sondern auch für die NATO. Ihr Interesse an diesen Ländern ist nicht weniger groß. Die NATO schlägt bei dem Manöver zwei Fliegen mit einer Klappe: Die Besetzung, die sie verhindern will, übt sie gleichzeitig.

Generalleutnant Schmückle, Direktor des „Internationalen Militärstabes" der NATO, spricht von einer „Strategie, bei der man mit militärischen Mitteln schon im Frieden Krisen zu bewältigen vermöchte". Dafür soll „das Verständnis der Öffentlichkeit wachsen" (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9.9.76). Was das heißt, wird bei „Team Work '76" deutlich. Die militärischen Mittel, mit denen der Herr General „schon im Frieden Krisen bewältigen" möchte, sind unter anderem die Vorbereitung von Aggressionen auf dritte Länder. Daran soll sich die „Öffentlichkeit" gewöhnen.

Die westdeutschen Imperialisten beteiligen sich an diesen Bestrebungen. Die Bundesmarine stellt für das Manöver 80 Schiffe mit etwa 10 000 Mann Besatzung, 4 Marinefliegergeschwader und Kampfschwimmer. Das Operationsgebiet beschränkt sich nicht auf die Ostseezugänge, sondern erstreckt sich bis hoch in die Norwegensee. Die westdeutschen Imperialisten wollen sich verstärkt an der Auseinandersetzung der beiden Supermächte beteiligen. In der nördlichen Nordsee liegen wichtige Öl- und Erdgasvorkommen. Das ist ein fetter Brocken. Das Operationsgebiet der Bundesmarine soll im Rahmen der NATO in dieser Richtung erweitert werden. Auch dazu dienen die 12 neuen Fregatten.

Wilhelmshaven kommt innerhalb des Manövers große Bedeutung zu; es ist Hafen- und Versorgungsbasis, d.h. militärischer Stützpunkt und Versorgungs- und Energieumschlagplatz (daher auch die Bemühungen, den Grodendamm zu öffnen, um den Hafen zu erweitern).

In Sengwarden ist der Stab des „NATO-Befehlshabers der Seestreitkräfte Nordsee" unter Führung von Flottillenadmiral Clausen stationiert.

Die ganze Manöverserie wird offiziell als Übung zur „Verteidigung Westeuropas" erklärt. Das soll darüber hinwegtäuschen, daß alle imperialistischen Mächte, die BRD eingeschlossen, Europa zum Schlachtfeld eines neuen Weltkrieges machen wollen. Die Arbeiter und die anderen Werktätigen haben dabei nichts zu gewinnen. Genau das soll ihnen aber vorgegaukelt werden. In Wilhelmshaven jagt eine militaristische Wehrschau die andere. Am 4.10. soll der US-Flugzeugträger „Kennedy" vor Wilhelmshaven auf Reede gehen. Dieser Flugzeugträger nimmt maßgeblich an den Landungsmanövern in Norwegen und Dänemark teil (wobei es bisher 11 Verletzte dureh eine Kollision mit einem Zerstörer und eine mißglückte Flugzeuglandung auf einem Schiff gegeben hat). Gerade von der Besetzung dieser Länder zurückgekehrt, wird er als Symbol der „Völkerfreundschaft" der Stadt Wilhelmshaven mit dem US-Marinestützpunkt Norfolk gefeiert.

Dieses Friedensgesäusel der Imperialisten kann aber ihr Säbelrasseln nicht übertönen. (Aus Bezirksbeilage Weser-Ems zur KVZ Nr. 38)

Die negative Handelsbilanz des SU-Imperialismus gegenüber den westlichen kapitalistischen Ländern erreichte die Rekkordhöhe von 2,25 Milliarden Rubel (ca. 7,5 Milliarde DM). Im ersten Halbjahr 76, 13 % mehr als im ersten Halbjahr 75. Der Hauptteil des Defizits kam auf den Handel mit dem Rivalen USA: Die SU hat Waren im Wert von 1,3 Milliarden Rubel importiert, während die Exporte in die USA gerade 88 Millionen Rubel ausmachten. Das Defizit hat sich gegenüber dem Vorjahr verdreifacht.

Das enorme Defizit ist die Folge der Kriegsrüstung des SU-Imperialismus. In den vergangenen Jahren hat die SU aus den westlichen kapitalistischen Staaten Ausrüstungen und Technologie in riesigen Mengen importiert für die Aufrüstung der Armee und für die Kriegsvorbereitungen. (Nach Hsinhua, 22.4.76)

12000 Arbeiter und Angestellte der amerikanischen Fluggesellschaft TWA im Streik. 12000 Arbeiter und Angestellte der amerikanischen Fluggesellschaft Trans World Airlines (TWA) haben am 18. September einen Streik begonnen. Sie fordern Lohnerhöhung und Erhöhung der übrigen Unterstützungen. An dem Streik beteiligen sich die Mechaniker, die Arbeiter der Gepäckabfertigung, der Verpflegungsabteilung, der Verwaltung, des Reinigungsdienstes und der Fernschreibabteilung. TWA ist eine der größten US-Fluggesellschaften. Die Streikenden haben vor den größeren US-Flughäfen Streikposten aufgestellt, wodurch TWA gezwungen wurde, alle seine Inlands- und Auslandsflüge abzusagen. (nach Hsinhua, 19.9.)

Polen und Ungarn müssen große Mengen an Getreide importieren. Die osteuropäischen Länder, die sich in einer schweren Wirtschaftskrise befinden, erhöhen beständig ihre Importe. Der Ruin ihrer Landwirtschaften hat diese Länder gezwungen, beständig größere Mengen an Getreide von den anderen kapitalistischen Ländern zu kaufen. Wirtschaftsexperten aus Polen, Ungarn und den anderen osteuropäischen Staaten sind kürzlich in verschiedene Länder gereist auf der Suche nach Verträgen über den Import landwirtschaftlicher Produkte, besonders Weizen. Der erste Platz unter den revisionistischen Ländern Osteuropas nach der Sowjetunion bei der Einfuhr von Weizen, Mais und anderen Getreidearten wird von Polen gehalten, das auch im Landwirtschaftssektor eine schwere Krise durchmacht. 1975 fiel die landwirtschaftliche Produktion Polens gegenüber dem Vorjahr um 3,3 Prozent. Die Getreidproduktion war bedeutend gesunken: Sie war um 3,5 Millionen Tonnen niedriger. In diesem Jahr hat sich die Lage noch weiter verschlechtert, und die landwirtschaftliche Produktion liegt um 23 Prozent unter der des Vorjahres. Bei einzelnen Produkten wie zum Beispiel Weizen ist die Produktion noch mehr gesunken. Ebenso ist die Fleischproduktion gesunken. Laut Radiomeldungen soll sie um 35 Prozent bis zum Ende des Jahres absinken. Die Gierek-Clique hat bis jetzt allein von den USA mehr als zwei Millionen Tonnen Weizen importiert. Über die Lieferung von weiteren sieben Millionen Tonnen sollen bereits Verträge abgeschlossen worden sein. Milliarden Dollar wird das die polnische kapitalistische Wirtschaft kosten, die ruiniert ist durch die tiefe Krise und von den sowjetischen Sozialimperialisten ausgeplündert wird. – Große Mengen an Weizen muß auch Ungarn einführen. Wie der ungarischen revisionistischen Presse zu entnehmen ist, ist die Getreideproduktion auf ihren niedrigsten Stand seit 1972 gesunken. Mehrere Millionen Tonnen Getreide werden sofort benötigt. Das Außenhandelsdefizit des Landes wird dadurch weiter anwachsen. (Nach einem Bericht der albanischen Nachrichtenagentur ATA)

„Operation Alentejo“

Portugal: Kampf gegen die Errungenschaften der Landarbeiter

Die Landarbeiterin aus Fronteira (Alentejo) sagt: „Früher sind wir während der Kornernte eine halbe Stunde vor Sonnenaufgang bis eine halbe Stunde nach Sonnenuntergang arbeiten gewesen und bekamen 53 DM im Monat. Die Herren sagten, sie könnten uns nicht mehr geben, aber zu Ende des Jahres kauften sie ein weiteres Stück Land.“ Der Landarbeiter: „Mit zehn Jahren fing ich an, auf dem Land zu arbeiten. Wir waren vier Brüder und schliefen alle in einem Zimmer im Bett des Vaters und der Mutter. Der Faschismus hat uns nur das gegeben – Elend und Hunger ...“ Die alte Viehhirtin: „Ich fing mit sieben Jahren zu arbeiten an. Wenn ich nach Hause kam, dann bekam ich mal was zu essen, mal nicht. Wir waren sieben Geschwister, zwei starben, und meine Mutter war Wäscherin für so Faschisten und starb mit verkrüppelten Händen. Immer bis zum 15. des Monats hatten wir halbwegs zu essen, danach ging es aus. Der 25. April war das beste, er hätte schon früher kommen müssen ...“

Der Landarbeiter: „Die Landreform? Was soll ich nun von der Landreform denken? Es lebe die Landreform! Das muß nach vorn gehen, denn es gibt noch viele Faschisten, die sie nicht wollen. Wenn die Landreform irgendwo zum Stillstand gekommen ist, weiter damit;, denn der Landarbeiter macht alles, und wenn die Grundherren essen wollen, dann sollen sie die Erde bebauen kommen und mitmachen, was wir leiden. Die Kooperative hätte schon viel eher hier sein müssen, und sie ist gut. Ich schere mit nicht darum, mehr herzugeben, wenn es für die Seite der Arbeiter ist. Die Regierung gibt den Grundherren und für uns Arbeiter hat sie angeblich kein Geld. Der Soares ist hier nach Fronteira gekommen, um uns vorzuhalten, daß er es für schlecht hält, das Land zu nehmen, aber das Land gehört dem, der es bestellt.“ Die Landarbeiterin: „Nur wenn man das Land besetzt hat, bekommt man was. Nachdem wir das gemacht haben, sind wir vorwärts gekommen. Die Herrin Beatriz C. Pinto sagt, daß sie jetzt Hunger leidet ... Nie werde ich Mitleid mit denen da haben, denn sie haben es auch nicht mit uns gehabt. Man sollte den Grundherren überhaupt nichts geben. Man sollte ihnen das Geld, was sie uns gestohlen haben, wieder entreißen. Ich will sie nicht tot sehen, aber will, daß sie an meiner Seite arbeiten ... Wenn wir noch mehr einig wären, dann könnte die Kooperative vorwärts kommen, denn die Regierung gibt ja sowieso keine Unterstützung. Aber die Gewerkschaft ist das Blut der Arbeiter; deshalb hat die Regierung und haben die Bürgerlichen alle Angst vor der Gewerkschaft.“ (Aus Voz do povo, Zeitung der UDP, 15.9.76)

Die Landarbeiter im Alentejo wissen, was sie zu verteidigen haben. Die Landreform ist von ihnen erkämpft worden, sie haben die faschistischen Großgrundbesitzer vertrieben und die Ländereien besetzt. Der Kampf um den Boden ist nicht beendet, die Regierung ist in den Händen der Imperialisten, der bürokratischen Kapitalisten und der Großgrundbesitzer.

„Enteignungen von zwei Engländern und einem Deutschen rufen internationale Reaktionen hervor“, schreibt der „Expresso“ am 27. August. Der enteignete Deutsche klagt gegen den portugiesischen Staat: Schadenersatz von 3,5 Millionen DM. Die Regierung Soares gerät unter den verstärkten Druck der Imperialisten. Soares tritt am 9. September vor das Fernsehen und erklärt, die „illegalen Besetzungen“ werden rückgängig gemacht. Soares erklärt, die Regierung werde mit dem Gesetz über die Einheitsgewerkschaft aufräumen. Er verspricht, daß die Regierung Streiks unterdrükken wird.

Mitte September ruft Präsident Eanes den Ministerpräsidenten, den Landwirtschaftsminister, den Innenminister und Verteidigungsminister sowie die Oberkommandierenden der drei Armeezweige, den Kommandanten der Militärregionen Süd und Lissabons zu einer Sitzung zusammen „zur Sichtung aller mit dem landwirtschaftlichen Sektor, insbesondere der Agrarreform zusammenhängenden Probleme“. Was suchen dort die Militärs? Die UDP schreibt: „Was diese Sitzung über die Agrarreform angeht, so kündigt sie an, daß die bürgerliche Macht sich darauf vorbereitet, in Kürze und vielleicht schneller als man erwartet gewaltsame Maßnahmen gegen die Agrarreform durchzuführen.“ (21.9.76)

Der Ministerrat beschließt die Zwangseintreibung der Landwirtschaftskredite, die an die Kooperativen gegeben wurden. Er verspricht den Großgrundbesitzern Entschädigungen.

Ab dem 27. September soll die „Operation Alentejo“ anlaufen. Bis zum 31. September soll sie beendet sein. 101 Güter, die von Landarbeitern besetzt wurden, sollen geräumt werden. Das sind 17000 Hektar. „Mit der Zeit sollen bis zu 600000 von insgesamt runde einer Million Hektar Land, die seit dem April 74 besetzt worden sind, wieder in die Hand der eigentlichen Besitzer übergehen.“ (Süddeutsche Zeitung, 23.9.76)

Die Landarbeiter wissen, was sie verteidigen. Sie werden es tun. Das weiß auch Soares. Er braucht Militär.

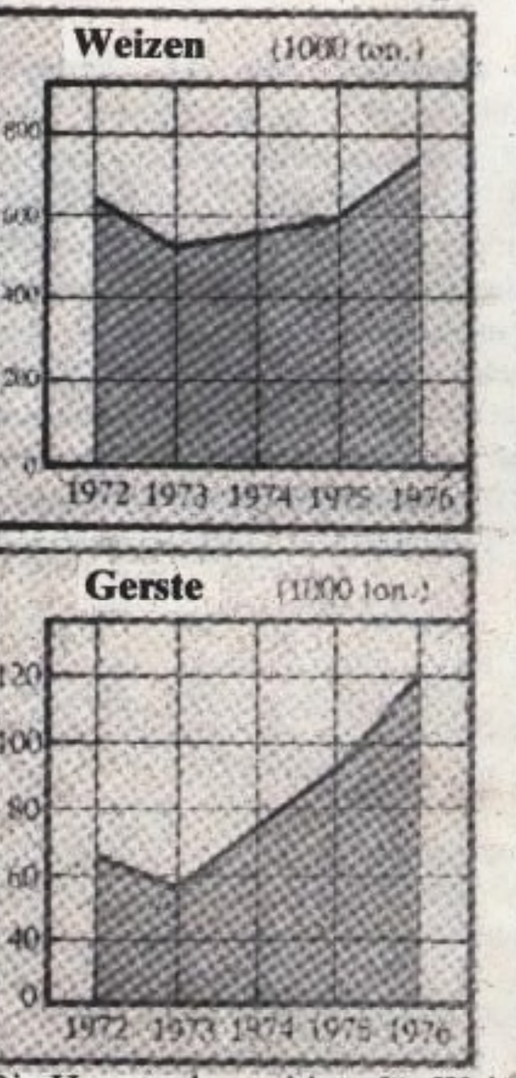
Gleichzeitig will er spalten. Die Landarbeitergewerkschaft im Alentejo ist in Händen der Revisionisten der PCP. Mitte September werden die Gewerkschaften der Landarbeiter und der Großgrundbesitzerverband CAP gemeinsam zu Soares bestellt. Die Gewerkschaftsführer sagen hernach nicht, was besprochen wurde. Bloß: „Es ist positiv gewesen!“ Die Führer der CAP allerdings äußern ihre Hoffnung, daß die Revisionisten den Plänen der Regierung zustimmen werden. Die Landarbeitergewerkschaften hatten früher immer verlangt, gemeinsam mit den Verbänden der Klein- und Mittelbauern empfangen zu werden. Denn Landarbeiter und kleine und mittlere Bauern stehen gemeinsam gegen die Großgrundbesitzer. Diesmal verlangen die revisionistischen Gewerkschaftsfürsten das nicht. Die Spaltung wird von innen her betrieben.

Die Reaktionäre fachen wieder ihre Hetze über die Stagnation der landwirtschaftlichen Produktion seit den Landbesetzungen an. Begierig wird das von den Imperialisten aufgegriffen, und die „Süddeutsche Zeitung“ z.B. meldet, daß die landwirtschaftliche Produktion um 15 Prozent zurückgegangen sei.

Anfang September hatte aber selbst eine derart reaktionäre bürgerliche Zeitung wie der „Expresso“ unter der Überschrift: „Getreideproduktion: Steigerung der nationalen Produktion und Verminderung der Abhängigkeit von außen“ eine Aufstellung über die tatsächlichen Zahlen gegeben. (Siehe Statistiken) Die Agrarreform, wie sie von den unterdrückten Massen des Landes in Portugal durchgeführt wurde, ist tatsächlich Voraussetzung zur Unabhängigkeit Portugals vom Imperialismus. Darum wird sie von den Imperialisten bekämpft. Soares erklärte, die Landenteignungen hätten die Arbeiter des Alentejo „vor den völligen Ruin“ gestellt. Im Gegenteil: Sie waren einer der wichtigsten Schritte der revolutionären Befreiung der Landarbeiter. Die Industriearbeiter haben diesen Schritt voll unterstützt.

Soares ist dem Imperialismus dienstbar. Er hat Portugal in den Euoparat hineingführt. Der portugiesische Außenminister Ferreira unterzeichnete feierlich den „historischen Akt“; unter den unterzeichneten Dokumenten findet sich eines, das Portugal zu „Garantien des Eigentumsschutzes“ verpflichtet. Der Imperialismus, insbesondere der westdeutsche, hat in Portugal investiert, er will es weiter tun. Sein Eigentum soll geschützt sein. Der Imperialismus verträgt sich mit portugiesischen Großagrariern und Kapitalisten, die das Volk unterdrücken. Ihr Eigentum soll geschützt sein. Der Angriff auf die „illegalen“ Besetzungen der großen Länderein, der Angriff auf die Landarbeiterkooperativen, die „Operation Alentejo“ der portugiesischen Militärs ist die Eintrittskarte in den Europarat. – (kkw)

Entwicklung der Getreideproduktion in Portugal



Die Hauptanbaugebiete für Weizen, Gerste und Hafer liegen im Alentejo, wo die Landarbeiter die großen Güter besetzt und Kooperativen organisiert haben. Die Errungenschaften der Landarbeiter will die Soares-Regierung jetzt rückgängig machen und den Grundherren das Land zurückgeben.

Massenstreiks in der Türkei

350000 Arbeiter aus allen Industriezweigen der Türkei haben in der vergangenen Woche Streikaktionen durchgeführt gegen die Absicht der Demirel-Regierung, die reaktionären Sondergerichte (Staatssicherheitsgerichte) beizubehalten. Rund 5000 Arbeiter wurden während der Aktionen festgenommen. (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.9.) Schwerpunkt der Aktionen waren die Städte Istanbul, Izmir und Ankara.

1971 wurden unter den Regierung Demirel (Rechtpartei AP) Staatssicherheitsgerichte (DGM) eingerichtet und 1973 weiter ausgebaut. Sie sind für „Verstöße gegen die Demokratie“ zuständig. Ihre Tätigkeit ist geheim. Berichterstattung darüber wird schwer bestraft. Berüchtigt sind diese Gerichte unter anderem wegen der Todesurteile gegen drei Revolutionäre, die für die Brandstiftung am Opernhaus in Istanbul vor etwa fünf Jahren verantwortlich gemacht wurden. Später wurde enthüllt, daß das Opernhaus von Mitgliedern der reaktionären MHP, die heute in der Regierungskoalition ist, niedergebrannt worden war.

Am 6. Mai 1975 erklärte das Verfassungsgericht das Gesetz 1773, das die Staatssicherheitsgerichte (§ 136) und das Verbot politischer Betätigung religiöser Gruppen (§ 163) regelt, als verfassungswidrig. Nach Massenverhaftungen in der osttürkischen Provinz Van hatten sich Schwierigkeiten in der Anwendung der Gesetze ergeben. Das Gesetz 1773 sollte ein Jahr nach Veröffentlichung dieser Entscheidung im Gesetzesblatt am 11. Oktober 1975 außer Kraft gesetzt werden, das heißt zum 11. Oktober 1976. Die Volksmassen verlangen die ersatzlose Streichung, wogegen die Demirel-Regierung eine Neufassung anstrebt.

Stahlarbeiter leiten den Streik ein

Die Arbeiter der Erdölraffinerie Aliaga und des Stahlwerkes Kdz Eregli (Zongulak) hatten den Massenstreik eingeleitet. Am 17. September streikten zuerst 10000 der 20000 Stahlarbeiter. Dann breitete sich die Streikbewegung über das ganze Land aus. Die Streikaktionen werden geführt unter der Parole: „Weg mit den Sondergerichten“.

Am 20. September berichtet „Milliyet“ von Streiks in 74 Fabriken, davon 58 in Istanbul, 5 in Bursa, 1 in Kdz Eregli (Zonguldak), 7 im ägäischen Landesteil und 3 in Kocaeli. Die Arbeiter nutzen ihren Zusammenschluß im „Progressiven Gewerkschaftsbund DISK)“. Aus Ankara werden Demonstrationen der Arbeiter und Studenten gemeldet.

Der Kapitalistenverband und der Staatsapparat gehen scharf gegen die Massen vor. In der Raffinerie Aliaga bei Izmir wurden 900 und später weitere 150 Arbeiter entlassen. 300 Angehörige der reaktionären MHP den eingestellt. Die Entlassenen verbinden den Kampf gegen Imperialismus und Reaktion mit dem Kampf um ihre Wiedereinstellung: „Wir kämpfen weiter, auch wenn wir das Leben lassen müssen!“ Die Regierung mußte einen neuen Direktor einsetzen. Im Westen der Türkei liegt der Verkehr brach, weil es kein Benzin mehr gibt. Es nützt der Regierung nichts, daß sie den Ausnahmezustand und die Schließung der Universität androht. Im Parlament herrscht Aufregung und Durcheinander. Die Demirel-Partei hat keine Mehrheit für die Wiedereinführung des § 136 gefunden. (Den § 163 will sie nicht wieder einführen) Die Vertrauenspartei will beide Paragrafen erhalten, und die Sozialdemokraten stimmen gegen beide Paragrafen. Der Parlamentspräsident hat am 24. September eine befristete Verlängerung des alten Gesetzes verfügt. Der Vorsitzende des Gewerkschaftsbundes DISK und fünf weitere Gewerkschaftsfunktionäre mußten aus der Haft entlassen werden.

Ein Vertreter des türkischen Studentenvereins ATÖF berichtete, der DISK habe inzwischen die Aktion zwar für beendet erklärt, trotzdem würden in vielen Fabriken die Aktionen fortgesetzt. Die Belegschaften hätten weitere Forderungen aufgestellt wie: Wiedereinstellung alle entlassenen Arbeiter, Bezahlung aller Streiktage, Freiheit für alle politischen Gefangenen.

In einer Elektrotechnikfabrik in Istanbul streiken seit dem 17. September 350 Arbeiter. Darunter sehr viele Frauen. Sie tragen die Forderungen „Unser Recht wird uns nicht gegeben – wir müssen es uns selbst nehmen“, und: „Es leben die proletarischen Revolutionäre“.

(Nach „Milliyet“, türkische Zeitung, die in Offenbach herausgegeben wird und der SPD nahesteht. – r., Westberlin)

Gespräch der KVZ-Redaktion mit Genosse Yaqub, Mitglied des Komitees für Internationale Beziehungen der FPOLISARIO

Die Volksbefreiungsarmee kämpft im ganzen Land

In der vergangenen Woche hat ein Gespräch der Redaktion der KVZ mit Genossen Yaqub, Mitglied des Komitees für Internationale Beziehungen der Volksfront für die Befreiung von Saguia al-Hamras und Rio de Oro (FPOLISARIO) stattgefunden. Genosse Yaqub ist ein Vertreter der FPOLISARIO in der BRD. Unter Führung der FPOLISARIO kämpft das saharauische Volk für die Befreiung von der Herrschaft des Kolonialismus und Imperialismus. Den Truppen des spanischen Kolonialismus hat das saharauische Volk in den vergangenen Jahren zahlreiche vernichtende Niederlagen beigebracht und sie schließlich im vergangenen Winter vollständig vertrieben. Der spanische Kolonialismus hatte zuvor, am 14. November 1975, ein Abkommen mit dem Hassan-Regime von Marokko und dem mauretanischen Ould Dada-Regime getroffen. In diesem Abkommen wird die Westsahara zwischen Marokko und Mauretanien aufgeteilt. Hinter dem marokkanischen Expansionismus steht der US-Imperialismus. Der marokkanische Expansionismus soll den imperialistischen Konzernen den Zugang zur Ausplünderung der Bodenschätze der Westsahara sichern gegen den nationalen Befreiungkampf des saharauischen Volkes. Die Westsahara hat reiche Bodenschätze, besonders Phosphat – ein Drittel der Weltreserven dieses Rohstoffes lagern dort - sowie Erze. Die Küstengewässer sind sehr fischreich und vor der Küste wird Öl vermutet. Das saharauische Volk hat am 26. Februar die Demokratische Arabische Republik Sahara (DARS) gegründet. Der 28. Februar ist der Tag, an dem der spanische Kolonialismus seine letzten Truppen abgezogen hat. Im Kampf gegen den marokkanischen Expansionismus hat das saharauische Volk die Demokratische Arabische Republik Sahara aufgebaut. Ende August hat es auf dem Territorium der DARS seinen 3. Volkskongreß durchgeführt, der eine Verfassung proklamierte, ein nationales Aktionsprogramm erarbeitete und ein politisches Manifest verabschiedete. (Vgl. KVZ Nr. 37) Auf dieser Grundlage hat das saharauische Volk seine politische und militärische Offensive fortgesetzt und gesteigert. Die Einheiten der saharauischen Volksbefreiungsarmee führen „permanent und an allen Fronten ihre Aktionen durch, sowohl in der Westsahara wie in den Gebieten des Feindes selber", berichtete die algerische Zeitung El Moudjahid am 16.9. In der neuen Verfassung der Demokratischen Arabischen Republik Sahara wird festgestellt, daß die DARS fester Bestandteil der arabischen Welt ist, daß sie zur Familie der afrikanischen Staaten und zur 3. Welt gehört. Der Sieg des saharauischen Volkes über die Truppen des marokkanischen Expansionismus und Mauretaniens ist ein Sieg über den Kolonialismus, Imperialismus und Hegemonismus. Die Einheit der Völker in Maghreb (Nordwestafrika) und im ganzen Afrika wird damit gestärkt. Im folgenden das Gespräch mit Genossen Yaqub. Überleitungen und Zwischenüberschriften wurden von der Redaktion eingefügt.

„Die militärische Lage ist ausgezeichnet"

„Die Volksbefreiungsarmee (VBA) kämpft im ganzen Land; ein Teil im Süden gegen die mauretanischen Einheiten, ein Teil befindet sich im Inneren der Sahara und der dritte Teil führt die Angriffe gegen die marokkanischen Invasoren im Norden. Unsere Kämpfer bezeichnen wir nicht als Soldaten. Sie sind Revolutionäre, die einen Volksbefreiungskrieg führen und nicht einen klassischen Krieg. Die marokkanischen Soldaten dagegen werden gezwungen, zu kämpfen, sie werden gezwungen, in die Sahara zu ziehen. Die marokkanische Armee hat auch dementsprechend sehr hohe Verluste, während unsere Verluste relativ gering sind. Überall dort, wo sich marokkanische oder mauretanische Soldaten befinden, sind auch unsere Kämpfer.

Ein Beispiel für eine der letzten erfolgreichen Operationen der VBA ist ein Angriff im Gebiet zwischen Tan Tan und Tarfaya. Ein Konvoi mit marokkanischen Soldaten traf neu ein in El Aioun. Die Strecke zwischen Tarfaya und Tan Tan beträgt 320 km. Etwa auf halber Strecke überfielen unsere Revolutionäre den Konvoi. Zehn marokkanische Soldaten wurden getötet und dreißig gefangengenommen. Ein anderes Beispiel: Im August lief ein Schiff unter spanischer Flagge in den Hafen von El Aioun ein. Das Schiff hatte Waffen für die marokkanischen Truppen an Bord. Dieser Waffenlieferung war ein Treffen zwischen dem spanischen, dem mauretanischen und dem marokkanischen Außenminister auf den Kanarischen Inseln vorausgegangen. Unseren Revolutionären ist es gelungen, das Schiff samt Ladung und Besatzung aufzubringen.

Die marokkanische Armee ist auf die Städte Smara, im Inneren des Landes, El Aioun und in Bou Craa konzentriert. In diesen Städten ist sie von den Einheiten der VBA umzingelt. Sie kann nur sehr schwer Operationen durchführen. Ihre gesamte Verpflegung und der Waffennachschub kommt aus der Luft. Dementsprechend ist auch ihre Kampfmoral. Sie ist nicht sehr hoch. Das ist auch nicht verwunderlich, denn die Soldaten werden in den Kampf getrieben, sie führen keinen nationalen Krieg zur Befreiung ihres eigenen Grund und Bodens. Im Süden ist es praktisch so, daß die marokkanische Armee mauretanisches Territorium besetzt und nicht saharauisches. Marokkanische Einheiten sind sogar bis nach Tschingitti im Senegal vorgedrungen. 10 000 marokkanische Soldaten sind in Mauretanien stationiert. Die Zahl der mauretanischen Soldaten beträgt dagegen lediglich 4 000 bis 5 000. Das stellt natürlich ein schwieriges Problem für das Regime von Ould Dada dar. Denn das mauretanische Volk wehrt sich gegen die fremden Besatzer. Es unterstützt das saharauische Brudervolk in seinem Kampf gegen die marokkanische Invasion, und es weiß, daß es mit unserer Unterstützung rechnen kann."

Der Volksbefreiungskrieg hat die Stellung und die Lage der Frau radikal verändert

„Es gibt einen Teil unseres Volkes, der in Städten arbeitet und lebt, die von den marokkanischen Truppen besetzt gehalten werden. Jedesmal, wenn die marokkanischen Truppen Verluste durch die Angriffe der VBA erleiden, werden an diesen Arbeitern Kollektivstrafen verübt, sie werden geschlagen, festgenommen und gefoltert. Aber sie sind gezwungen, in den Städten zu bleiben, weil sie sonst keine Arbeitsmöglichkeiten haben. Aber der größte Teil unseres Volkes lebt in Zeltlagern. Hier, wie auch im bewaffneten Kampf spielt die saharauische Frau eine entscheidende Rolle. Sie verwaltet die Lager, hat die Verantwortung für die Beseitigung des Analphabetentums und der Erziehung der Kinder sowie für die medizinische Versorgung.

Frauen sind in der Regierung wie auch im Komitee für internationale Beziehungen der FPOLISARIO. Frauen bilden auch Einheiten der Volksmiliz und der VBA aus. Frauen übernehmen Kurierdienste in die Städte, die von den marokkanischen Soldaten besetzt gehalten werden. Es gibt natürlich noch Widerstände seitens der älteren islamischen Geistlichen, die in den Lagern leben, weil sie meinen, dies sei gegen die Religion. Aber wir versuchen sie zu überzeugen, daß ohne die aktive Teilnahme der Frau an der Revolution diese Revolution zum Scheitern verurteilt ist."

„Die saharauische Frau wurde vor Beginn des Volksbefreiungskrieges doppelt unterdrückt: Vom Vater, vom älteren Bruder und dann, wenn sie heiratete, vom Ehemann. Sie war aber auch, wie das gesamte saharauische Volk, vom spanischen Kolonialismus unterdrückt. Im Jahre 1970, als die Revolution im Dienste des Volkes sich entwickelte, brauchte keiner den Frauen ihre Lage zu erklären: Ihr ganzes Leben spielte sich im Zelt ab, bis sie schließlich ins Grab getragen wurden.

Innerhalb der Front gründeten die Frauen ein eigenes Komitee. Es organisierte zuerst die militärische Ausbildung der Frauen. Ab 1973 beteiligten sie sich aktiv an allen Formen des Kampfes gegen den spanischen Kolonialismus. Wir müssen sogar zugeben, daß sie viel mutiger im Kampf waren als ihre männlichen Genossen. Sie wichen weder vor den Kugeln noch vor den Schlägen der spanischen Soldaten aus. Sie ergriffen immer die Initiative bei jeder Konfrontation und ließen die Genossen manchmal weit hinter sich zurück. Seite an Seite kämpfen sie jetzt mit den Genossen zusammen, nachdem sie erfolgreich den spanischen Kolonialismus aus dem Land vertrieben haben. Ihr Anteil am Kampf und an unseren Siegen ist unermeßlich.

Es sind natürlich Widersprüche aufgetaucht, auch zu den jüngeren Genossen. Aber hauptsächlich eigentlich mit den älteren Leuten. Sie argumentierten, eine Frau dürfe keine Waffen tragen, keine Hosen anziehen, und vor allem dürfe sie den Männern keine Befehle erteilen. Dies stünde alles im Koran, was natürlich gar nicht stimmt und leicht zu widerlegen war. Der Koran verbietet der Frau weder das Tragen von Hosen noch die militärische Ausbildung und den bewaffneten Kampf. Er hat ihr auch nicht verboten, die Revolution zu machen. Das sind jedoch alles Nebenwidersprüche. Das Entscheidende ist, daß sowohl die jüngeren Genossen wie die älteren Menschen als auch die Frauen gegen ein und denselben Feind kämpfen, daß sie alle ihren Beitrag leisten in diesem Kampf. Die Frauen dienen den Massen, und diese Erfahrung ist es, die diese Nebenwidersprüche lösen wird.

Die bewaffnete Revolution hat die saharauische Gesellschaft grundlegend verändert. Wir haben natürlich immer noch mit Stammesstrukturen zu kämpfen. Davon hat sich die Frau im Vergleich zu den Männern radikal befreit. Früher wurden die Frauen wie ein Stück Vieh vom Vater oder vom Bruder an den Ehemann verkauft. Sie hat diesen würdelosen Zustand durch ihre aktive Teilnahme an der Revolution beendet. Für diese Befreiung hat sie gekämpft, sie ist ihr von keinem geschenkt worden. Nehmen wir ein Beispiel: Eine Frau heiratet. Nach der Eheschließung verringert der Mann von ihr, daß sie ihre revolutionäre Tätigkeit einschränkt. Sie kann sich sofort an das Frauenkomitee wenden. Wenn das Frauenkomitee es nicht schafft, die Überreste der Stammes- und religiösen Ideologie zu zerschlagen, so wird die Sache vor das Komitee des Lagers gebracht, in dem die beiden zusammenleben. Wenn die Diskussion auch dort ergebnislos verläuft, trennt sich die Frau von dem Mann, weil sie nicht bereit ist, ihre Arbeit unter den Massen aufzugeben, nur weil sie geheiratet hat. Hier gibt es keine Unterschiede zwischen Mann und Frau. Wir befinden uns in einer revolutionären Phase, die sehr wichtig ist für die Zukunft unseres Volkes, die aber auch neu ist für uns, und wir versuchen, für die Nebenwidersprüche, die auftreten, revolutionäre Lösungen zu finden. Es ist unabdingbar für die saharauische Frau, daß sie die Freiheit, die sie sich im revolutionären Kampf errungen hat, verteidigt und weiterentwickelt.

Die Solidarität mit dem Befreiungskampf in der Westsahara wächst unter den Volksmassen in Mauretanien und Marokko

In beiden Ländern wächst die Solidarität unter den Volksmassen. Am 3. Volkskongreß des saharauischen Volkes Ende August nahmen marokkanische Revolutionäre als Gäste teil. In Marokko hat die Führung der Solidaritätsbewegung, die besonders von den Revisionisten und den bürgerlichen Parteien bekämpft wird, die Arbeiterklasse.

„Schon 1970 besuchte der Genosse El-Ouali (bis zum Sommer Generalsekretär der FPOLISARIO, gefallen bei einem Einsatz vor der mauretanischen Hauptstadt Nouakchott) Mauretanien und führte dort Gespräche mit der Partei der Werktätigen Mauretaniens. Diese Partei ist entstanden im Kampf gegen die Ausbeutung Mauretaniens durch den französischen Imperialismus. Die Partei der werktätigen Mauretaniens hat die Aggression des mauretanischen Regimes gegen unser Volk verurteilt. Das mauretanische Volk selbst hat gezeigt, daß es auf unserer Seite steht. In Dakhla, im Grenzgebiet zwischen Mauretanien und der DARS, fanden gemeinsame Demonstrationen von Saharauis und Mauretaniern gegen die Besetzung der Sahara und Mauretaniens durch die marokkanischen Truppen statt. Sogar gemeinsame militärische Operationen wurden durchgeführt. Während der Demonstrationen nahmen die marokkanischen Truppen dreißig Menschen fest, darunter 10 Frauen. Das hat uns ein marokkanischer Soldat, der gegen diese Aktion eingesetzt worden war, berichtet. Die Zahl der Toten und Verwundeten ist unbekannt.

Wir haben ebenfalls Kontakt aufgenommen zu den Parteien und Organisationen in Marokko. Das ist sehr viel komplizierter. Ihr Standpunkt war, daß die Westsahara zu Marokko gehört, aber nur im Rahmen einer Konföderation mit Marokko und Mauretanien. Aber das läuft auf die Beibehaltung des Hassan-Regimes oder auf ein faschistisches Regime wie das in Mauretanien hinaus mit der Folge der Aufteilung der Sahara zwischen beiden Staaten. Solch eine Lösung lehnen wir natürlich ab, weil sie die Liquidierung des saharauischen Volkes und seiner bewaffneten Revolution bedeutet.



Wir haben Kontakte zu den marokkanischen Arbeitern in Frankreich, in Belgien und in Holland. Wir haben ebenfalls enge Kontakte zu den marokkanischen Studentenorganisationen, vor allem in Frankreich. Vor kurzem hat die marokkanische Arbeitervereinigung in Belgien eine Erklärung abgegeben, in der sie die marokkanische Invasion der DARS verurteilt und das Recht auf Selbstbestimmung des saharauischen Volkes unterstützt. Allerdings ist es so, daß diese Kontakte nicht öffentlich sind, da die Pässe der Arbeiter nur für kurze Zeit gültig sind. Um den Paß zu verlängern, müssen sie nach Marokko zurück. Jeder, dem Kontakte zur FPOLISARIO oder irgendeine andere Art politischer Betätigung nachgewiesen werden, kommt sofort ins Gefängnis und wird anschließend als Soldat in die Sahara geschickt. Vor fünf Tagen fanden Massendemonstrationen in Marokko statt unter der Führung gerade der Arbeiter, die aus dem Ausland zurückgekehrt sind.

Durch den Krieg in der Sahara ist das marokkanische Regime in eine ziemliche wirtschaftliche Krise geraten, die es natürlich versucht, auf dem Rücken der Arbeiter und der Lohnabhängigen durch Sondersteuern auszutragen. In den letzten sechs Monaten ist der Kriegsetat des Königs von 450 Mill. dirham auf 1 000 Mill. dirham angestiegen. (1 dirham gleich 58 Pf) Gegen diese Ausplünderung wehrt sich die Arbeiterklasse, die immerhin 30 % aller Erwerbstätigen in Marokko ausmacht.

Den politischen Parteien hat der König den Köder der Parlamentswahlen hingeworfen. Die Saharafrage sehen sie als gelöst, wenn in Marokko eine parlamentarische Demokratie herrscht. Bis dahin raten sie dem saharauischen Volk, mit dem Kampf ein wenig zu warten, vielleicht ist es dann möglich, daß sie das Selbstbestimmungsrecht unseres Volkes anerkennen."

Verstärktes Ringen der beiden Supermächte um die Hegemonie über das nordwestliche Afrika

„Die USA haben nicht nur ökonomische Interessen in Nordafrika, sondern auch strategische gerade im Maghreb, nämlich die Militärstützpunkte in Agadir, Marrakesch, Casablanca und Kuneitra.

Es ist sicherlich so, daß der US-Imperialismus angefangen hat, seine Taktik in Nordafrika zu ändern, nachdem es sich gezeigt hat, daß die Eroberung der Sahara mit ihrem Phosphatreichtum nicht eine Sache von ein bis zwei Monaten ist. Er setzt nämlich den zweiten Teil seines Planes um und versucht, den Sturz der antiimperialistischen Regimes in Algerien und Libyen zu betreiben. Die marokkanische Armee besteht aus 50000 bis 60000 Soldaten, 35000 davon sind in der Sahara. Der Rest ist konzentriert entlang der algerisch-marokkanischen Grenze bis zum Mittelmeer hin. Auf diese Provokation hat Algerien richtigerweise bis jetzt nicht reagiert, denn es strebt keinen Krieg mit Marokko an, der nur den Interessen der Imperialisten dienen würde.

Was Mauretanien anbetrifft, so spielt es als solches eine untergeordnete Rolle für die Imperialisten. Das mauretanische Volk besteht aus einer Million Menschen. Dort leben zwischen 30000 und 600000 Franzosen. Nach der Operation von Nouakchott, bei der sowohl die französische, die spanische und die Botschaft der BRD getroffen wurden, schickte der französische Innenminister ein Telegramm an die Franzosen, die dort leben. Darin forderte er sie auf, das Land so schnell wie möglich zu verlassen, da eine Eskalation der Operationen der FPOLISARIO zu befürchten sei. Einen ähnlichen Brief schickte er an die französischen Touristen, die sich in Marokko aufhielten. Sie sollten das Gebiet zwischen Tan Tan und Tarfaya meiden. Eins ist sicher, die FPOLISARIO ist in der Lage, genauso wie gegen Nouakchott auch Operationen gegen Rabat durchzuführen.

Was den französischen Imperialismus im Süden, in Mauretanien anbetrifft, kann er ohne weiteres nicht an die Phosphatlager der Sahara herankommen. Auf jeden Fall aber will er weiterhin die Rohstoffe Mauretaniens ungestört plündern können.

Über die Grenzen Mauretaniens ließ er deswegen senegalesische Truppen als auch Truppen aus Mali und Kamerun aufmarschieren. Sie werden alle zusammen mit den 10000 marokkanischen Soldaten gegen die FPOLISARIO und gegen das mauretanische Volk eingesetzt.

Unsere erste Erfahrung mit der Sowjetunion haben wir gemacht, als sie im UNO-Sicherheitsrat Algerien unterstützte mit ihrem Protest gegen den grünen Marsch, ein Punkt, zu dem sich die Volksrepublik China nicht geäußert hat. Es bestehen gar keine Verbindungen zwischen der FPOLISARIO und der Sowjetunion. Die Sowjetunion hat Algerien aufgefordert, sich nicht in die Saharafrage einzumischen. Waffenlieferungen an Algerien hat sie davon abhängig gemacht, daß Algerien die Gründung einer moskauhörigen Kommunistischen Partei zuläßt. Algerien hat beide Bedingungen abgelehnt. Bis heute hat sich die Sowjetunion zur Frage des Selbstbestimmungsrechts des saharauischen Volkes nicht geäußert. Wir haben jedoch in fast allen Operationen gegen die marokkanischen Truppen russische Waffen erbeutet, was für uns ein Beweis ist, daß die Sowjetunion auf der Seite des marokkanischen Regimes steht. Daraus schließen wir, daß die Sowjetunion das Selbstbestimmungsrecht des saharauischen Volkes auf seinem nationalen Grund und Boden nicht anerkennt."

Dieser Kampf des saharauischen Volkes für Selbstbestimmungsrecht und nationale Unabhängigkeit findet immer breitere Unterstützung. Während ihrer letzten Sitzungsperiode haben die Außenminister der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) mit 30 zu 6 bei 10 Enthaltungen einen Resolutionsentwurf unterstützt, der den sofortigen Abzug aller Invasionstruppen verlangt. Die Gipfelkonferenz der OAU hat dann eine Sondersitzung über die Saharafrage beschlossen. In der BRD hat im März des Jahres eine Rundreise mit einem Vertreter der FPOLISARIO stattgefunden. Auf allen Veranstaltungen erlebte der Genosse große Sympathie und Unterstützung. Insgesamt wurden dabei fast 18000 DM zur Unterstützung des Befreiungskampfes des saharauischen Volkes gespendet. Schließlich hat er ebenfalls an dem 3. Volkskongreß, an dem über 40 ausländische Delegationen als Gäste teilnahmen.

Spenden für den Befreiungskampf des saharauischen Volkes
Konto des KBW
Commerzbank Mannheim
Nr. 32 58 589
Stichwort: FPOLISARIO

4 Lastwagen für den Befreiungskampf in Zimbabwe

Mörfelden. Erfolgreiches Solidaritätsfest für Zimbabwe im Mörfelder Jugendzentrum. Mitte September fand im Jugendzentrum Mörfelden eine Solidaritätsveranstaltung für das kämpfende Volk von Zimbabwe statt. Die Initiative zu dieser Aktion ging von der Kommunistischen Gruppe Mörfelden aus und wurde durch die Jugendlichen des Jugendzentrums unterstützt. Die Besucher der Veranstaltung konnten sich durch einen Dia-Vortrag, Wandzeitungen und einen Infostand über die Situation des Volksbefreiungskrieges in Zimbabwe informieren. Außerdem sangen die Mainzer Songgruppe und Hartmut Barth aus Frankfurt Lieder der Befreiungsbewegungen der Dritten Welt. Durch einen Flohmarkt, eine Versteigerung, verschiedene Spiele und den Verkauf von Getränken, Schmalzbroten und Grillwürstchen konnten insgesamt 460 DM für die vier Lastwagen für den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe gesammelt werden. – (dt, Kommunistische Gruppe Mörfelden)

Bremen. Die GEW-Spitze hat auf der letzten Landesvertreterversammlung am 16.9.76 allen Landesvertretern ein „Fahrgeld“ erstattet, mit dem man gut und gerne per Taxi zum Versammlungsort hätte kommen können. Der Geldausgabe folgte daher gleich ein Umschlag mit einem Zettel, der zur Unterstützung für die Lastwagen der ZANU aufrief, mit dem Hinweis auf die noch fehlenden 110000 DM. Innerhalb von zehn Minuten waren 220 DM zusammen. Dieser Erfolg wird uns ein Ansporn sein für die Geldsammlung unter allen anderen Kollegen. – (pg, Bremen)

Speyer. Während dreier Aktionstage und einer Solidaritätsveranstaltung Mitte September wurden rund 400 DM zur Unterstützung des Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe gesammelt. An der Veranstaltung nahmen 27 Menschen, in der Mehrheit Arbeiterjugendliche und Lohnabhängige, teil. Während der Straßensammlungen griffen die Mitglieder der Ortsgruppe des KBW die bürgerlichen Parteien, die mit „Wahlinformationsständen“ in der Stadt vertreten waren, als „Werberimperialistischer Expansion“ an. Der rheinland-pfälzische Kultusminister Vogel (CDU) mußte nach kurzer Zeit abziehen. Gegen einen Polizeieinsatz konnte die Sammelaktion verteidigt werden. – (Nach einer Korrespondenz von j., Speyer)

Frankfurt. Bis Mitte September sind in Frankfurt insgesamt 58560 DM zur Unterstützung des Befreiungskampfes in Zimbabwe und für die vier Lastwagen gesammelt worden. – (Aus: Bezirksbeilage Frankfurt zur KVZ N. 38)

Hannover/Celle. In der Celler Innenstadt in der Fußgängerzone hat am vorletzten Samstag die Ortsgruppe des KBW zur Unterstützung des Befreiungskampfes in Zimbabwe eine Sammelaktion durchgeführt: „Mit einem Transparent, Plakaten und einer Ian-Smith-Henkermaschine wurde zu Spenden aufgerufen für vier Lastwagen für die ZANU. Wir haben ein Zimbabwe-Lied, ‚Chimurenga Zimbabwe Chimurenga‘, vorgetragen und dargestellt, daß der BRD-Imperialismus auch in Zimbabwe in der ersten Reihe der Ausbeuter steht.“ Der Celler Landkreis, der die Spendensammlung unter Verbot gestellt hatte, konnte sein Verbot nicht durchsetzen. In drei Stunden wurden kanpp 50 DM gesammelt, zahlreiche Zeitungen, Broschüren und Programme des KBW verkauft.

Düsseldorf. Auf der Veranstaltung des Bezirksverbandes Düsseldorf zum Tode des Genossen Mao Tsetung wurden 210 DM für den bewaffneten Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe gesammelt. Die Sammlung auf der Veranstaltung „Die russische Oktoberrevolution von 1917“ ergab 114,72 DM.

Neuss. Anläßlich einer Veranstaltung des Bezirksverbandes Düsseldorf zum Programm der bürgerlichen Parteien sowie mit einem in der Innenstadt aufgestellten Basar wurden in der vorletzten Woche 152 DM zur Unterstützung des Befreiungskampfes in Zimbabwe gesammelt. (Nach Bezirksbeilage Düsseldorf zur KVZ Nr. 38)

Teroson Heidelberg / Ein Stundenlohn für Zimbabwe – 77 DM gesammelt. Am 17.9. führte die Zelle Teroson (Teroson ist eine Fabrik der Chemieindustrie) mit Unterstützung der Stadtteilzelle Pfaffengrund eine Sammlung „Ein Stundenlohn für vier LKW für Zimbabwe“ vor den Werkstoren durch. Die Aktion war zwei Tage zuvor in der Betriebszeitung angekündigt worden. Die Geschäftsleitung setzte Werkschutz und die Polizei ein, um die Sammlung zu verhindern. Das gelang nicht. Die Geschäftsleitung beobachtete, was vorging. Die Teroson-Arbeiter ließen sich dadurch nicht abhalten, die Stände anzuschauen und zu diskutieren. Insgesamt wurden 77,27 DM gesammelt, zwei Zimbabwe-Broschüren und drei KVZ verkauft sowie drei Unterschriften gesammelt gegen den Ausschluß der Gemeinderätin des KBW, H. Rosenbaum, durch die bürgerlichen Parteien aus dem Heidelberger Gemeinderat.

Internationale Seerechtskonferenz in New York

Länder der Dritten Welt fordern neues Seerecht

Nach bisher dreijähriger Verhandlungsdauer ist die Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen erneut um ein Jahr vertagt worden. Zwischen den verschiedenen Standpunkten der Konferenzmitglieder konnte keine Einigkeit erzielt werden. Die dritte Runde der Konferenz, so berichtete die bürgerliche Presse, endete deshalb wieder ohne Ergebnis. Richtig ist, daß die Konferenz noch nicht zur Verabschiedung eines neuen Seerechts geführt hat. Falsch ist, daß sie ohne Ergebnis geendet hat. Denn die Imperialisten und allen voran die beiden Supermächte konnten den Völkern der Welt ihre Vorstellungen über die zukünftige Ausbeutung der Schätze des Meeres nicht aufzwingen – ein höchst erfreuliches Ergebnis.

Das Ziel der Imperialisten ist die Beherrschung der ganzen Welt, die Ausbeutung der Arbeiterklasse aller Länder und die Unterdrückung und Plünderung aller Völker. Dieses Ziel verfolgen sie auch in der gegenwärtigen Periode, in der die unterdrückten Völker sich von der Herrschaft des Imperialismus befreien, mit unveränderter Hartnäckigkeit. Doch die Haupttendenz in der Welt ist Revolution, und die Niederlagen der Imperialisten werden immer häufiger, und ihre Siege halten immer weniger vor. Die Länder der Dritten Welt schließen sich zusammen zur Verteidigung ihrer natürlichen Reichtümer. Immer schwieriger wird es für die Imperialisten, die Rohstoffschätze der armen Länder auszuplündern.

Die Imperialisten sind in Schwierigkeiten. Um sie zu überwinden, wollen sie ihren Vorsprung in der Entwicklung der Produktivkräfte dazu nutzen, die Schätze des Meeres für sich in Anspruch zu nehmen. Sie wollen Rohstoffe aus dem Meer fördern und damit den Bemühungen der Dritten Welt um Kontrolle über ihre eigenen Bodenschätze begegnen. Doch dieser Plan geht nicht auf. Drei Jahre Seerechtskonferenz „ohne Ergebnis“ haben ihn bereits weitgehend zunichte gemacht.

Was sind die bisherigen Ergebnisse der Seerechtskonferenz? Die imperialistischen Staaten hatten bereits begonnen, in den flachen Meeresgebieten vor den Küsten der armen Länder Öl und Mineralien zu fördern. Obwohl sie in Sichtweite der Küste operierten, waren die armen Länder machtlos; denn jenseits von wenigen Seemeilen vor der Küste war das Meer „internationales Gewässer“. Jeder Kapitalist konnte es ausrauben.

Die erste Runde der Seerechtskonferenz brachte den Imperialisten die erste Niederlage. Die Schätze des Meeres vor der Küste wurden in einer 200 Seemeilen breiten Zone zum Eigentum des Küstenstaates erklärt. Die Imperialisten wehrten sich heftig. Als einer der letzten Staaten mußte sich jedoch schließlich auch die Sowjetunion geschlagen geben: Im vergangenen Jahr stimmte auch der Sozialimperialismus der 200-Meilen-Wirtschaftszone zu, nachdem die USA, die EG und Japan den Kampf gegen die 200-Meilen-Zone schon vorher aufgegeben hatten.

Jetzt hofften die Imperialisten, sich eine Hintertür offenhalten zu können. Sie verlangten freien und unkontrollierten Zugang zur 200-Meilen-Zone für die Meeresforschung. Forschung, erklärten sie, dient allen und schadet niemandem. Doch die armen Länder wissen es besser. Seit Jahrzehnten beobachten sie die Forschungsschiffe der USA, der UdSSR, der EG-Staaten und Japans vor ihren Küsten und stellen fest, daß sie stets der Erkundungstrupp für imperialistische Plünderung der Meeresschätze sind. Die zweite Runde der Seerechtskonferenz brachte deshalb die zweite Niederlage für die Imperialisten: Schon seit dem vergangen Jahr steht praktisch fest, daß Forschung in der 200-Meilen-Zone nur noch unter der Hoheit der Küstenstaaten erlaubt sein wird.

Wie notwendig diese Maßnahme ist, beweist der Kongreß der Internationalen Meeresforschung, der vor einer Woche in Edinburgh (Schottland) zu Ende gegangen ist. Schon die Beteiligung an diesem Kongreß der „internationalen Meeresforschung“, der die Meeresforschung der ganzen Welt umfassen soll, zeigt den imperialistischen Charakter dieser Forschung: In der offiziellen Teilnehmerliste sind 180 Teilnehmer der beiden Supermächte, 248 Teilnehmer aus den EG-Ländern, Kanada, Japan, der DDR und den Kolonialstaaten Israel und Südafrika. Nur 36 Teilnehmer aus der Dritten Welt verzeichnet. Die Wissenschaftler der Supermächte und der übrigen imperialistischen Länder zogen die Konsequenz aus der Niederlage des Imperialismus im Kampf um die „Freiheit der Meeresforschung“: Sie lösten die von der internationalen Vereinigung der Wissenschaftler eingerichtete Arbeitsgruppe zur Untersuchung der Küstenregionen „Küstenauftrieb“ entgegen den erklärten Interessen der armen Länder auf und empfahlen stattdessen die Einrichtung einer Arbeitsgruppe zur Erforschung der äquatorialen Hochseeregionen. Entschiedenster Verfechter der Auflösung der Arbeitsgruppe „Küstenauftrieb“ war der Vorsitzende der Arbeitsgruppe selbst, der sowjetische Meeresforscher Fedorov.

Die imperialistischen Wissenschaftler folgten damit der Politik ihrer imperialistischen Regierungen, die jetzt ihre letzte Hoffnung auf die Ausbeutung der Schätze der Hochsee setzen. Seit 100 Jahren ist bekannt, daß auf dem Meeresboden der Tiefsee riesige Mengen an Mineralien in den Manganknollen lagern. Vor 10 Jahren erst haben die Imperialisten plötzlich „entdeckt“, daß es sich lohnt, diese Mineralien abzubauen. Warum, hat der holländische Professor Velzeboer auf dem Kongreß in Edingburgh gesagt: Die Politik der Dritten Welt blockiert den ungehinderten Zugang der Imperialisten zu den Lagerstätten auf dem Land. Es muß deshalb garantiert werden, daß der Abbau der Lagerstätten auf dem Meeresboden „jedermann“ offensteht.

Jedermann, das sind diejenigen, die über die dafür notwendigen Maschinerien verfügen, also die Imperialisten. Ihnen soll die Profitproduktion weiter garantiert werden. Die dritte Runde der Seerechtskonferenz läßt bereits erkennen, daß es so nicht kommen wird. Die armen Länder bestehen unbeirrt darauf, daß der Abbau der Meeresschätze in der Tiefsee ausschließlich durch eine internationale Meeresbehörde erfolgt, die direkt von den Vereinten Nationen verwaltet und damit von der großen Mehrheit der armen Länder kontrolliert wird.

Die Imperialisten sind auch an dieser Front bereits auf dem Rückzug. Sie stimmen der Errichtung der internationalen Behörde zu, wollen aber unbedingt erreichen, daß industrielle Großunternehmen dieselben Rechte erhalten sollen wie die neu zu bildende Behörde. Dieselben Rechte, das heißt: Ausbeutung der Schätze bestimmter Meeresgebiete für den eigenen Profit.

Wie in allen bisherigen Auseinandersetzungen um das neue Seerecht, sind sich Imperialisten und Sozialimperialisten auch hier einig gegen die armen Länder. Die Sowjetunion, selbst der größte Manganproduzent der Welt, hat mit ihrem Forschungsschiff „Vitiaz“ bereits mit der Erfassung der Manganknollen-Vorkommen im Pazifik begonnen. Doch die Pläne der Imperialisten und der Sozialimperialisten werden auch diesmal scheitern. Die Seerechtskonferenz mußte vertagt werden, weil sie sich noch nicht geschlagen geben wollten. Die armen Länder rückten von ihren Zielen nicht ab: ein ausgezeichnetes Ergebnis.

Das nächste Jahr wird für die Nutzung der Schätze der Hochsee die Entscheidung bringen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Imperialismus sich dabei auf Kriegsabenteuer einläßt. Die Bundesrepublik versucht gegenwärtig, den Eindruck eines friedlichen Verlierers zu erwecken. „Ob es nun die Vereinten Nationen sein werden, die als alleinige Bewirtschafter dieses ‚Erbes der Menschheit‘ auftreten, oder ob es noch nicht industrialisierte Länder sind, die ihre küstennahen Meere ausbeuten wollen – sie alle sind auf das technische Know-how (Wissen) der Industriestaaten angewiesen. Einen guten Teil davon könnte die Bundesrepublik Deutschland liefern“ (gegen von ihr diktierte Bedingungen, versteht sich), schreibt die „Frankfurter Rundschau“ am 28.8. Doch es gibt auch andere Stimmen. Im „Europa-Archiv“ 31 (4), zu dessen Herausgebern Politiker der BRD-Regierung und -Opposition gehören, schreibt ein Graf Vitzthum: „Sollten die Verhandlungen jedoch trotz ernstlicher Bemühungen aller Beteiligten in die Sackgasse geraten, so könnten die ... allein den Abbauproblemen gewachsenen Industrieländer, ehe sie sich mit einem solchen Zustand abfänden, selbst ... mit dem Abbau beginnen. Die politischen Kosten eines derartigen Vorgehens einiger Mächte und selbsternannter Treuhänder wären hoch.“

Von der Höhe der „politischen Kosten“ allein macht der Imperialismus es abhängig, ob er das neue Seerecht anerkennen wird oder nicht. Doch die Arbeiterklasse und die unterdrückten und ausgebeuteten Völker der ganzen Welt werden ihm die Gesetze eines neuen Zeitalters aufzwingen und ihn schließlich gänzlich besiegen. – (m.t., Kiel)

Sarkis libanesischer Staatspräsident

„Neue Hoffnungen“

Donnerstag, den 23. September, ist der neue Staatspräsident des Libanon, Sarkis, vereidigt worden. Die Vereidigung fand in der von syrischen Truppen besetzten Staat Chtaura statt. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vermeldet anläßlich der Wahl „neue Hoffnungen“.

Bis zu seiner Ernennung zum Staatspräsidenten war Sarkis Präsident der libanesischen Zentralbank. Zuvor war er Berater des General Chehab. Dieser wurde von den USA-Imperialsiten 1958 nach ihrer Invasion in den Libanon als Vertrauensmann zum Präsidenten gemacht. Der jetzt aus dem Amt ausscheidende Frandschieh machte Sarkis 1967 zum Zentralbankdirektor. Sie alle sind Vertreter der libanesischen Kompradorenbourgeoisie. Diese bereichert sich über Spekulationen, wozu ihr die Banken die nötigen großzügigen Kredite gewähren. Bloß ein Beispiel: Der Quadratmeter im Beiruter Reichenviertel Al Hamra kostete 1967 200 DM, er stieg bis 1975 auf 16000 DM. An- und Verkauf wird vom Staat nicht besteuert.

Die „Neue Zürcher Zeitung“ schrieb, Sarkis sei ein Mann von Gesetz und Ordnung. Worin bestehen diese? Im Süden des Libanon wird außer Südfrüchten und Oliven am meisten Tabak angebaut. Der Staatsapparat, Instrument des imperialistischen Kapitals, der Kompradorenbourgeoisie und des Großgrundbesitzes, besitzt das Tabakmonopol und kauft die Ernte zu von ihm festgesetzten Preisen. So unterliegen die Bauern der dreifachen Ausplünderung: durch den Großgrundbesitzer, der ihnen das Land verpachtet, durch den Verwalter, der ihnen die Lizenz für den Tabakanbau verkauft, und durch den Staat. Im Osten des Landes, in der Bekaa-Talebene, wird größtenteils Haschisch angebaut. Das bringt den Großgrundbesitzern große Profite; gesetzlich ist der Haschischanbau verboten. Dieses Verbot ist Drohung zur Niederhaltung der Bauern. Die Bekaa-Talebene war einst ein blühender Landstrich, aus der Geschichte berühmt als Kornkammer des alten römischen Imperiums. Heute berichtet ein Bauer: „Ich würde lieber Kartoffeln anbauen, die auch rentabler sind, aber die Saat und die Düngemittel sind zu teuer, deshalb bin ich gezwungen, eine illegale Beschäftigung wahrzunehmen. In der Tat, die Anpflanzung von Haschisch ist verboten, und ich kann jederzeit auf drei Jahre ins Gefängnis wandern. Genauso wie alle anderen Bauern des Gebietes, die insgesamt 3500 Hektar mit Haschisch bestellen. Dennoch bin ich während 25 Jahren deswegen niemals besorgt gewesen. Der Grund ist einfach: Die etwa 20 großen Drogenhändler, die uns unsere Produktion zu einem Spottpreis abkaufen, um damit ein Vermögen zu machen, sind die Großgrundbesitzer oder Leute direkt in der Nähe der politischen Macht.“ (Le Monde, 23.9.75)

Die Hoffnungen, die Sarkis trägt, sind die Hoffnungen des Imperialismus und der Reaktion. Bei seinem Amtsantritt hat er sich für den vorläufigen Verbleib der syrischen Truppen ausgesprochen: „Die Zukunft der militärischen Präsenz Syriens hängt vom Willen der verfassungsmäßigen Autorität des Libanon ab, die über Ausmaß und Dauer dieser für den Aufbau des neuen Libanon notwendigen Präsenz zu entscheiden hat.“ (Neue Zürcher Zeitung, 15.9.76) Dennoch hat er sich für die Respektierung des Kairoer Abkommens, das dem palästinensischen Volk das Recht sichert, vom Libanon aus gegen den Besatzerstaat Israel zu kämpfen, aussprechen müssen.

Camille Chamoun hat erneut den Vorwurf erhoben, die PLO würde sich in die inneren Anglegenheiten des Libanon einmischen. Wer ist Camille Chamoun? Seine Truppen bekämpfen die Volksmassen. Er selber ist an der Firma Protein beteiligt, die einem Konsortium englischer und kanadischer Firmen gehört. Dieses Konsortium war es, das sich letztes Jahr von der libanesischen Regierung das Monopol der Fischerei an der Küste von Saida (Südlibanon) und Umgebung sichern ließ. Die Fangweise sollte sein, daß mit Dynamit gefischt wird, was unweigerlich die natürlichen Fischkulturen zerstört und auf Vernichtung der Existenz von 12000 Fischerfamilien abzielte. Die Fischer, die Volksmassen setzten sich heftig zur Wehr, kämpften gegen die libanesische Armee, die Proteingesellschaft mußte wieder abziehen.

Die Anschuldigung, die PLO mische sich in die inneren Angelegenheiten des Libanon ein, soll den Imperialisten und Reaktionären die Rechtfertigung für den Vernichtungsfeldzug gegen die PLO liefern. Abu Iyad hat im Namen der PLO geantwortet: „Darum handelt es sich überhaupt nicht. Ob wir wollen oder nicht, wir sind Bestandteil der libanesischen Krise. Wir stehen einem Komplott gegenüber, das auf die Zerschlagung des palästinensischen Widerstandes abzielt. Wir haben das Recht, unsere Revolution zu schützen, und wir lassen uns von jenen keine Lektionen erteilen, die die Invasion Syriens und die Besetzung eines Teils ihres Landes erlaubt haben. Ebenso hat Chamoun Israel gestattet, sich direkt durch die Lieferung von Waffen und durch andere Mittel in die libanesische Krise einzuschalten.“ Abu Iyad sagte weiter, daß man die „Anwesenheit des palästinensischen Widerstandes im Libanon als eine Brücke mit der arabischen Welt begreifen muß bis zu jenem Zeitpunkt, wo wir in unser Heimatland zurückkehren. Wir sind hier nur auf dem Durchmarsch. Wir haben nicht vor, den Libanon an die Stelle unseres Heimatlandes zu setzen.“ „Wir sind für die Respektierung der Kairoer Verträge, die die Beziehungen zwischen dem libanesischen Staat und dem palästinensischen Widerstand regeln.“ Er schließt: „Es ist nötig, daß die Weltöffentlichkeit weiß, daß es sich nicht um einen Zusammenstoß zwischen Libanesen verschiedener Konfession handelt oder um Zusammenstöße mit dem palästinensischen Widerstand. Dieser Krieg wird geführt, um eine Lösung zu erreichen, die gegen die Interessen unserer Völker gerichtet ist. Aus diesem Grund müssen alle Völker der Welt uns ihre Unterstützung geben, damit wir frei unsere Geschicke bestimmen können.“ (El Moudjahid, 21.9.76) – hjh



Austrittserklärung aus der DKP

DKP: "Politik der Versöhnung mit der herrschenden Klasse"

Kiel, den 8.9.76

An den Kreisvorstand Kiel
der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP)
2300 Kiel, Stoschstraße 10

Betr.: Austritt der Stadtteilgruppe Friedrichsort des Kreisverbandes Kiel der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP)

1. **Willi Mahler, Arbeiter, Mitglied der KPD seit 1928, Mitglied der DKP seit 1968, Mitglied im VVN**
2. **Erna Mahler, Arbeiterin und Hausfrau, Mitglied der DKP seit 1968, Mitglied der KPD seit 1945**
3. **Jonny Winkelmann, Schuhmachermeister, Mitglied der FDJ seit 1949, Mitglied der KPD seit 1951, Mitglied der DKP seit 1968**
4. **Ruth Winkelmann, Verkäuferin und Hausfrau, Mitglied der DKP seit 1968**

Hiermit erklären wir mit sofortiger Wirkung unseren Austritt aus der Deutschen Kommunistischen Partei. Die Stadtteilgruppe Friedrichsort der DKP erklären wir mit unserem Austritt für aufgelöst.

Begründung:

Als die DKP im Jahre 1968 gegründet wurde, traten wir trotz erheblicher Widersprüche zu der in der Grundsatzerklärung festgelegten Linie in die Partei ein – geblendet von dem Gedanken, nach jahrelanger Arbeit in der Illegalität und politischer Verfolgung wieder offen als Kommunisten auftreten und arbeiten zu können.

Die Widersprüche zu der in der Grundsatzerklärung festgeschriebenen Linie beziehen sich vor allem auf die Aufgabe wesentlicher Prinzipien des Marxismus-Leninismus: Der Kampf gegen die Kapitalistenklasse und ihren Staat wird eingeschränkt auf die „Zurückdrängung des Monopolkapitals und seiner Vorherrschaft über die Wirtschaft" (Grundsatzerklärung, Seite 34). Den Klassencharakter des Staates hat die DKP völlig aus den Augen verloren. Statt der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates und der Errichtung der proletarischen Diktatur als unerläßliche Vorbedingung der sozialen Revolution propagiert die DKP „die volle Wiederherstellung und Anwendung der im Grundgesetz verkündeten demokratischen Rechte für alle Bürger" (Grundsatzerklärung, Seite 32), hält den bürgerlich-demokratischen Rechtsstaat hoch und protestiert gegen seinen „Abbau". Aus den Augen verloren hat die DKP dabei die Erkenntnis, daß dieser – bürgerliche – Staat von vorneherein der Staat der herrschenden Kapitalistenklasse war und nicht ab-, sondern aufgebaut wird. Verweigerte doch die KPD dem Grundgesetz ihre Zustimmung, indem unser Abgeordneter Renner die im Grundgesetz festgelegten Rechte als Rechte bezeichnete, die nirgends über die egoistischen bürgerlichen Freiheitsrechte hinausgehen, die sich das Bürgertum in der französischen Revolution gesichert hat.

Unsere Einwände wurden damals abgetan mit den Worten, daß aus taktischen Gründen zumindest auf dem Papier einige Zugeständnisse an die Bourgeoisie gemacht werden müßten, um wieder in den Genuß der Zulassung als Partei zu gelangen. Einer Diskussion der Grundsatzfragen ging der Kreisvorstand jedoch stets aus dem Weg. Im Gegensatz zu uns gaben sich viele alte Genossen mit dieser Erklärung nicht zufrieden und ließen sich nicht in die DKP locken. In Friedrichsort beispielsweise traten von etwa 40 Genossen, die sich noch zur KPD bekannten, nur sechs in die DKP ein.

Im Laufe der vergangenen sechs Jahre setzte sich jedoch bei uns die Erkenntnis durch, daß die DKP die Abstriche am Marxismus-Leninismus nicht nur aus taktischen Erwägungen heraus vorgenommen hat, sondern daß das, was in der Grundsatzerklärung festgeschrieben wurde, tatsächlich die politische Linie der DKP ist.

Statt als Vorhut der Arbeiterklasse das Volk unter der Führung der Arbeiterklasse gegen den bürgerlichen Staat zusammenzuschließen, hat die DKP eine Politik der Versöhnung mit der herrschenden Kapitalistenklasse auf ihre Fahnen geschrieben, die Arbeiterbewegung durch falsche Parolen geschwächt und gespalten und sich bestenfalls als Fisch- und Kartoffelhändler und Pop-Festival-Veranstalter einen Namen gemacht. Wir werden im folgenden die Politik der Versöhnung mit der herrschenden Klasse an einigen Beispielen verdeutlichen.

1. Bundestagswahlkampf

Mit dem Ziel, den Einfluß der Monopole zurückzudrängen, ist die DKP zum diesjährigen Bundestagswahlkampf angetreten. Wie aber will die DKP den Einfluß der Monopole zurückdrängen, ohne ihre Grundlagen, die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse, aufzuheben und den bürgerlichen Staatsapparat, der eben diese Eigentumsverhältnisse schützt, zu zerschlagen. Die Monopole sind doch kein zufälliger Ausdruck, sondern zwangsläufiges Ergebnis der Entfaltung der kapitalistischen Produktionsweise. Aber die Forderung nach Zurückdrängung der Monopole ist nicht nur unsinnig, sondern schafft auch Illusionen über die Reformierbarkeit der kapitalistischen Gesellschaft und lenkt von den politischen Aufgaben der Arbeiterklasse, der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates und der Errichtung der Diktatur des Proletariats, ab.

2. Mitbestimmung

Es gehört zum Grundwissen eines Kommunisten, daß der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit unversöhnlich ist. Zwischen Kapital und Arbeit gibt es keine Einheit, sondern nur Kampf – Klassenkampf!! Statt aber, ausgehend von dieser Erkenntnis, für uneingeschränkte gewerkschaftliche und politische Rechte im Betrieb zu kämpfen, tritt die DKP für die Mitbestimmung ein, die u.a. die Einführung technischer Neuerungen, die Festlegung von Investitionen und Gewinnen, Fusionen usw. umfassen soll. Das ist nichts Geringeres als die Forderung nach Mitbestimmung über die eigene Ausbeutung. Zugleich lobhudelt die DKP rechten Gewerkschaftsführern vom Schlage Klunckers als Vorkämpfer der Arbeiterklasse: „Nach Kluncker sind der Gewerkschaft auch in Zukunft die Interessen der Mitglieder wichtiger als Lob und Tadel der Regierung." (UZ vom 22.6.76) Angesichts der letzten Tarifrunde ist diese Einschätzung ein Schlag ins Gesicht der Arbeiterklasse. Zugleich betreiben Mitglieder der DKP durch ihre Denunziantentätigkeit Ausschlußverfahren von Kollegen, die sich in Gewerkschaft und Betrieb konsequent für die Interessen der Arbeiterklasse einsetzen und Unterschriften gegen den § 218 oder für die 135 DM-Forderung sammeln. So etwas nennt man dem Klassenfeind direkt in die Hände arbeiten.

3. Tarifrunde

In der letzten Tarifrunde des öffentlichen Dienstes hat die DKP im Verein mit der Gewerkschaftsführung und den Staatsorganen noch spalterische Prozentforderungen vertreten, als die Große Tarifkommission der ÖTV nach gründlicher Beratung und breiter Beschlußfassung auf allen Ebenen der Gewerkschaft die Forderung nach 135 DM für alle gleich aufgestellt hatte, die allein in der Lage war, ein Absinken der unteren Lohngruppen ins Elend zu verhindern und die Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst um eine einheitliche Forderung zusammenzuschließen.

4. § 218

Die DKP hat die immer noch gültige und aktuelle Forderung der KPD nach ersatzloser Streichung des § 218 aufgegeben und sich stattdessen die Fristenlösung zu eigen gemacht, die dem bürgerlichen Staat auch weiterhin das Recht zugesteht, den Schwangerschaftsabbruch als Gegenstand der bürgerlichen Strafjustiz durch Staatsanwalt und Polizei zu verfolgen. Die Arbeiterklasse und das Volk brauchen aber das Recht auf Abtreibung als Notwehrrecht, solange es ihre soziale Lage unmöglich macht, ihre Kinder unter menschenwürdigen Bedingungen aufzuziehen. Die DKP hat mit ihrer Forderung nach der Fristenlösung die breite Bewegung gegen den § 218 gespalten und geschwächt und damit dem bürgerlichen Staat direkt in die Hände gearbeitet.

Was ist das Wesen einer Politik, die es dem Kreisvorstand erlaubt,

– historisches Filmmaterial der Arbeiterbewegung, u.a. die Filme „Thälmann, Sohn seiner Klasse" und „Der lange Marsch", das Genossen über die Illegalität hinweggerettet hatten, zu vernichten mit den Worten, daß diese Filme heute nicht mehr aktuell und politisch zweifelhaft seien;

– einen Artikel mit Enthüllungen über Machenschaften der Kieler Werkswohnungen AG und der zwielichtigen Rolle, die die Stadt Kiel dabei spielt, vor der Veröffentlichung dem zuständigen Stadtrat zur Kenntnis- und Stellungnahme vorlegt und schließlich weitere Aktionen abbläst, weil der Stadtrat Abhilfe versprochen hat – die übrigens bis heute nicht geleistet wurde?

Das Wesen dieser Politik ist die Linie der Klassenversöhnung und der Klassenzusammenarbeit. Statt der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates und der Errichtung der Arbeitermacht geht es der DKP nur um den Austausch der bürgerlichen Politiker durch ihre eigenen Funktionäre. Um dieses Ziel zu erreichen, ist ihr jedes Mittel bis hin zur offenen Prostitution an die bürgerliche Klasse recht. Nicht zuletzt offenbart die DKP in völliger Übereinstimmung mit der SED durch die Aufgabe der Einheit der Nation, daß sie mit der proletarischen Revolution in Westdeutschland und dem Kampf um ein unabhängiges, vereintes sozialistisches Deutschland nichts mehr im Sinn hat. Wo hat denn jemals die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse eines Landes, die in einem Teil des Landes die Macht erobert und die Diktatur des Proletariats errichtet hat, auf die Durchsetzung der Herrschaft der Arbeiterklasse im ganzen Land und die Einheit der Nation verzichtet? China, Nordvietnam und Nordkorea zeigen, daß eine *revolutionäre* Partei der Arbeiterklasse niemals die Einheit der Nation aufgibt und wie die DKP von zwei deutschen Nationen spricht.

Ihre Ursache hat diese durch und durch revisionistische Linie der DKP – so bitter und schmerzhaft diese Erkenntnis auch für uns ist – in der Wandlung der Sowjetmacht von der ersten sozialistischen Macht und dem Mutterland der proletarischen Revolution in eine imperialistische Macht:

– Ausplünderung der Länder des Warschauer Paktes und der Dritten Welt durch ungleiche Verträge, Wucherzinsen und ökonomische Erpressung.

– Militärische Einmischung in die inneren Angelegenheiten dritter Länder wie der Tschechoslowakei und Angola.

– Beteiligung an der imperialistischen Aufteilung des Weltmarktes durch Beitritt in supranationale Kartelle.

– Unterdrückung der Arbeiterklasse im eigenen Land und Herausbildung einer privilegierten Bürokraten- und Funktionärsklasse.

– Und letztlich Aufgabe der Grundprinzipien des Marxismus-Leninismus vom Fortbestehen des Klassenkampfes im Sozialismus und der Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats, die Leugnung des Klassencharakters des Staates und die Umbenennung der Sowjetmacht in „Staat des ganzen Volkes".

Wenn wir jetzt mit der DKP und der politischen Linie, die diese Partei verfolgt, brechen, so heißt das nicht, daß wir uns resigniert ins Privatleben zurückziehen. Im Gegenteil: Wir betrachten uns nach wie vor als Mitglieder der KPD und werden unsere ganzen Kräfte und politischen Erfahrungen für den Wiederaufbau der KPD einsetzen.

Weg mit dem KPD-Verbot! Vorwärts im Wiederaufbau der KPD!

Wir fordern den Kreisvorstand der DKP auf, sich unserer Kritik in einer öffentlichen Diskussionsveranstaltung zu stellen.

NACHRICHTLICH AN: alle Mitglieder der DKP – Kreis Kiel, UZ, Die Tat, Kommunistische Volkszeitung

Im Kampf gegen die rechte Strömung Fortschritt im Parteiaufbau auf dem Lande

Verden/Niedersachsen. Die rechte Strömung innerhalb der Organisation, die im Monat Juli und August in der Organisation vorherrschte, war der Hemmschuh, der dafür sorgte, daß die Verankerung des Marxismus-Leninismus in Verden auf dem Lande nicht nur stagnierte, sondern zurückging. Nur einige Beispiele: Der Verkauf des Zentralorgans ging in den letzten drei Monaten von 70 auf 40 bis 45 Exemplare zurück. In den Monaten Juli und August wurden sechs Programme verkauft. An den Wochenenden im Schnitt vier bis sechs Exemplare revolutionärer Literatur. Dieses hat nun sicher nichts damit zu tun, daß die Arbeiterklasse und die Volksmassen sich mit der herrschenden Ausbeuterordnung einrichten wollen und ihr Ziel der Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung an den Nagel hängen wollen.

Dafür war die rechte Strömung in der Organisation verantwortlich. Die rechte Strömung, die vorherrschte, wollte sich einrichten mit den Verhältnissen, die Kräfte schonen und sich hauptsächlich auf einzelne Tagesfragen der Arbeiterklasse und der Volksmassen beschränken. Dementsprechend traten dann auch die Genossen auf. Die Stellwände am Agitationszentrum behandelten immer und einzig in allgemeiner Form die Widersprüche in dieser Gesellschaft. Meilenlange Texte und schlechter äußerer Gesamteindruck vervollkommneten das Bild. Einzelne Genossen standen müde vor den Wänden und vor dem Büchertisch herum. Die Massen konnten so nur den Eindruck haben: Die Kommunisten tun heute mal wieder ihre Pflicht. Das einzige, was getan wurde von seiten der Genossen in Diskussionen, war die Beschreibung des Elends in dieser Gesellschaft. Wir Kommunisten konnten so nur als Elendsprediger dastehen. In keiner Weise wurde der Angriff gegen die Ausbeuterordnung und die bürgerlichen Parteien als ihre Vertreter gesucht. Und wenn, dann nur individuell von einzelnen Genossen, die bis zu diesem Zeitpunkt von der rechten Strömung innerhalb der Organisation unterdrückt wurden. Diese Lage war unerträglich. Theoretisch, mit Worten wurde die Notwendigkeit der revolutionären Veränderung dieser Gesellschaft und der Aufbau der Kommunistischen Partei als Vorhut der Arbeiterklasse zu diesem Zeitpunkt von den Rechten behandelt, in der Praxis jedoch wurde zurückgewichen vor dem Klassenfeind. Dieses zeugte von einem krassen Mißtrauen in die revolutionären Interessen der Volksmassen und behandelt sie immer nur als Zaungäste, die noch nicht so weit sind, um den wissenschaftlichen Sozialismus zu begreifen.

Anhand der Fehler und Niederlagen in den letzten Monaten wurde die Linie in der Organisation überprüft und die rechte Strömung an der Praxis kritisiert und zurückgeschlagen. Schon wenige Tage später zogen die Genossen mit neuer revolutionärer Kraft im Vertrauen auf die Volksmassen in die Innenstadt. Dort hatten in der Fußgängerzone SPD, DKP und CDU sich breit gemacht. Die CDU hatte sich auf den Platz gestellt, wo sonst der KBW stand.

Zunächst bauten die Genossen mehrere Stelltafeln direkt vor dem SPD-Stand auf. Auf diesen Tafeln waren die „Modell Deutschland"-Plakate aufgeklebt und die Machenschaften der bürgerlichen Parteien in der Stadt enthüllt. Mehrere kurze Ansprachen wurden vor dem SPD-Stand gehalten, die darauf ausgerichtet waren, daß die SPD eine Partei des Finanzkapitals und eine Partei zur Unterdrückung der Kämpfe des Volkes ist. Des weiteren auf das Jugendarbeitsschutzgesetz und die „Rentenreform". Zwischen und nach diesen Reden entwickelten sich lebhafte Debatten, es hatten sich inzwischen über hundert versammelt. Ein Flugblatt wurde von den Genossen verteilt. Dieses beinhaltete den brutalen Polizei- und Feldjägereinsatz am Vortage in Verden bei einer Heeresschau des 120. Pionierbataillons. Hier waren etwa 30 Arbeiter und Schüler zusammengeschlagen und sechs Personen inhaftiert worden wegen Landfriedensbruch, weil sie sich gegen die imperialistische Armee aussprachen. Anhand dieses Beispiels wurde eine erneute Rede gehalten, worin genau aufgezeigt wurde, daß gerade die SPD in den vergangenen Jahren „viel geleistet" hat, um den Staatsapparat zu vergrößern und die Unterdrückungsgesetze zu verschärfen. Breiter Protest der Umstehenden richtete sich gegen die SPD. Die sozialdemokratischen Politiker kamen ins Schwitzen, und ihre Erfrischungstücher, die sie an diesem Tage verteilten, brauchten sie nun selbst. Es war ein schöner Anblick, und es gab viel Gelächter. Keiner der SPD-Menschen traute sich aus seiner Wahlkampfhütte heraus. Durch das Vertrauen und durch die Verbindung mit den Massen bestärkt, gingen jetzt vier Genossen im Vertrauen auf die eigene Kraft daran, das Seifenlied vor dem SPD-Stand zu singen. Dieses war noch nicht eingeübt worden. Jeder Genosse zog sich ein SPD-Fähnchen aus ihrem Stand, und sie trugen es vor. Es gab viel Beifall und Gelächter. Aus den Läden kamen immer mehr heraus und beteiligten sich an den Aktionen. Mehrere verteilten die Wahlzeitungen des KBW, von denen über 200 und 50 Wahlaufrufe an diesem Tage innerhalb einer Stunde verteilt werden konnten. Schüler und Arbeiter sprachen uns an und sagten, wir sollten doch weitermachen. Wir machten weiter. Das Krisenlied, das Lied der jugendlichen Arbeitslosen, das Solidaritätslied folgten. Zwischendurch hielten Genossen immer kurze Redebeiträge. Gegen 12 Uhr, nach einer Stunde, machten uns mehrere Schüler darauf aufmerksam, daß man die CDU jetzt rannnehmen müßte. Fünf Genossen und 50 Kollegen zogen zum CDU-Stand, der etwa 50 Meter weiter auf unserem Platz aufgebaut war. Eine Ansprache zum Programm der CDU leitete den Angriff ein. Bürgermeister Friedrichs wurde es zu heiß, er verzog sich gleich. Die anderen vier meinten, wir sollten doch in die DDR gehen. Ein Genosse machte klar, daß die Arbeiterklasse in der DDR selbst ihre Geschicke in die Hand nehmen und die Ausbeuterordnung zerschlagen wird. Auf den Satz des Genossen: „Ihr wollt durch die Ausbeuterordnung in der DDR nur Wasser auf eure Mühlen lenken und von der politischen Unterdrückung und verschärften Ausbeutung hier im Lande ablenken", fragte ihn ein CDU-Mensch, ob er sich als Arbeiter ausgebeutet fühle. Für diese dumme Frage bekam er Gelächter als Quittung, und einige Kollegen riefen: „Du hast wohl noch nie gearbeitet!" Der Genosse berichtete dann über die Lage in seinem Betrieb, entwickelte, daß die Arbeiterklasse die Werte schafft, welche die Kapitalistenklasse, weil sie das Privateigentum an den Produktionsmitteln hat, sich aneignet; die Arbeiterklasse nur den Besitz der Arbeitskraft hat und im schroffen Gegensatz zu den Kapitalisten steht. Im Laufe der Debatte stellte sich dann heraus auf die Frage eines Arbeiters, was er als CDU-Mann denn verdiene, daß dieser der Rittergutsbesitzer Hesse ist und er auf seinem Landbesitz, der sich über mehrere Dörfer im Umkreis erstreckt, selbst kräftig seit Jahrzehnten Landarbeiter ausbeutet. Die Wut der über 100 Umstehenden war so groß, daß einzelne sagten: Räumt doch endlich den CDU-Stand ab! Dies war nicht nötig. Mit der Begründung, es sei schon spät, bauten sie selbst ab. Dieser Samstag war ein Erfolg im Kampf gegen die Reaktion und ihre Parteien. Das Interesse am Kommunismus war groß, und der Aufbau der Kommunistischen Partei wurde von Vielen unterstützt. Innerhalb einer Stunde wurden acht Programme, 29 revolutionäre Schriften, 15 Kommunistische Volkszeitungen, 200 Wahlzeitungen, über 50 Wahlaufrufe und 300 Flugblätter verkauft oder verteilt. Eines wurde an diesem Tage ebenfalls deutlich: Die DKP spielt keine Rolle außer der des Zaungastes. Sie ist eingeklemmt zwischen den Revolutionären und den Parteien der Reaktion. Die Arbeiterklasse hat kein Interesse an einer vierten oder fünften bürgerlichen Partei, sie hat ein Interesse an Befreiung von den Fesseln der bürgerlichen Klasse. An diesem Tage wurde es auch den Rechten innerhalb der Organisation des KBW klar: Der Erfolg in der Verbreitung und Verankerung des Marxismus-Leninismus konnte nur deshalb erzielt werden, weil man im Vertrauen auf die eigene Kraft und das Programm, im Vertrauen in die Volksmassen den Angriff gegen die bürgerliche Klasse geführt hat und die rechte Strömung in der Organisation, die den Drang der Volksmassen in Richtung Revolution leugnet, dadurch schlagen konnte.

Lassen wir uns von diesen Gedanken leiten, werden wir große Fortschritte im Klassenkampf machen können und die Partei der Arbeiterklasse aufbauen. – (w., Verden/Red.)

ZWEI GEDICHTE

MAO TSETUNG

Den Djinggangschan wieder hinauf

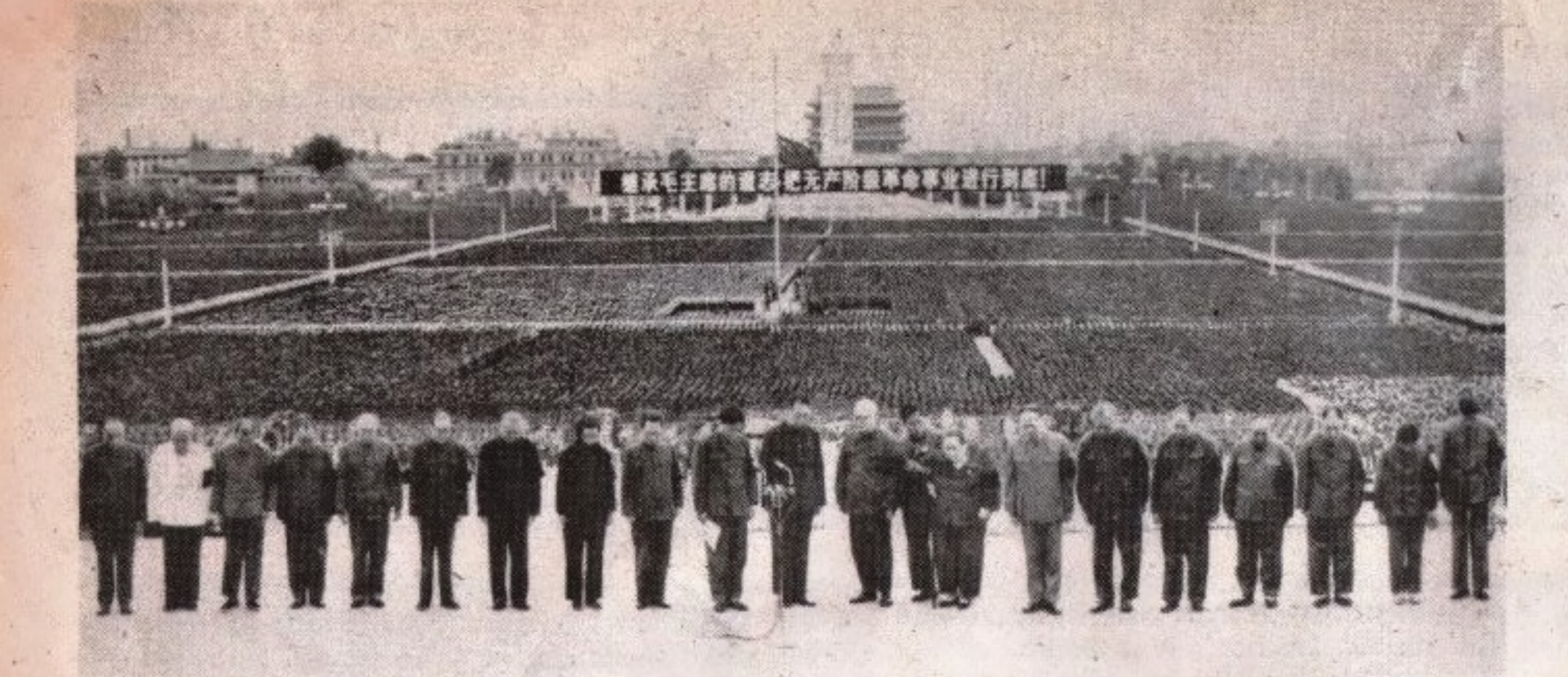
Mai 1965

Mein Wille schon immer, die Wolken zu erreichen,
Besteig erneut ich den Djinggangschan,
Komme von fern zu unserm frühern Aufenthalt.
Die Szene gewandelt, ein neues Gesicht:
Gesang der Pirole, Sirren der Schwalben,
Murmelnde Bäche, überall.
Und der Weg führt zu ragender Höhe.
Einmal den Huangyang-Paß überschritten,
Ist keine gefährliche Stelle des Blickes mehr wert.

Winde toben, Donner rollt,
Fahnen und Banner wehen,
Wo Menschen sind.
Achtunddreißig Jahre
Vorbei im Handumdrehn.
Wir können den Mond im Neunten Himmel umfassen
Und die Schildkröten fangen tief in den Fünf Meeren;
Wir kommen zurück – lachend und singend im Sieg.
Nichts ist schwierig in dieser Welt,
Ist da der Wille, die Höhen zu erklimmen.



Vorsitzender Mao Tsetung auf der 2. Plenartagung des 7. Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas im Jahr 1949



Feierliche Trauerversammlung zum Tod des Vorsitzenden Mao Tsetung am 18. September in Peking (Bild: China Features). In den Tagen zuvor wurden in der Trauerhalle in Peking Kränze niedergelegt, darunter von Uwe Kräuter, KVZ-Korrespondent in Peking, und einer weiteren Genossin der Kranz des Zentralen Komitees des Kommunistischen Bundes Westdeutschland. In das Kondolenzbuch trugen sie ein: „Der Kommunistische Bund Westdeutschland ist in tiefster Trauer, denn die Kommunistische Partei Chinas, die chinesische Volksbefreiungsarmee und alle Nationalitäten Chinas haben ihren großen und geliebten Führer verloren und das internationale Proletariat, die unterdrückten Nationen und unterdrückten Völker haben ihren großen Lehrer verloren."



Studentinnen der Pekinger Hochschulen aus den Reihen der Arbeiter, Bauern und Soldaten trauern um Mao Tsetung. Die Trauer ist verbunden mit der Entschlossenheit, auf dem vom Vorsitzenden Mao Tsetung gewiesenen revolutionären Weg weiter voranzuschreiten.

Gespräch zweier Vögel

Herbst 1965

Der Riesenvogel schlägt die Schwingen,
Stößt neunzigtausend Li empor,
Aufrührt einen Wirbelsturm.
Den blauen Himmel tragend, sieht er
Die Menschenwelt mit ihren Städten.
Geschützfeuer steigt zum Firmament,
Granaten graben ihre Spur.
Im Busch der Spatz zu Tod erschrocken:
„Die Hölle ist los,
Nur weg von hier!"

„Darf man fragen, wohin?"
Darauf der Spatz:
„Zum Berg der Götter, ins Jadeschloß!
Weißt du nichts vom Vertrag der Drei,
Geschlossen unter hellem Herbstmond vor zwei Jahren?
Auch zu essen gibt es dort,
Kartoffeln, schon fertig,
Und Rindfleisch dazu."
„Hör' auf mit diesem Furz!
Sieh', die Welt wird umgewälzt!"